



26. Heft | 31. Dezember 1908

EDMUND FISCHER · ZUR POLITISCHEN ENTWICKELUNG DEUTSCHLANDS



IE politische Entwicklung Deutschlands — dies ist jedem Einsichtigen und sogar bürgerlichen Radikalen in Westeuropa klar — treib. unerbittlich einer Revolution entgegen. Diese Revolution wird zugleich die proletarische Revolution sein, das heisst, sie wird sich zu einem Ringen zwischen der Staatsmacht und der ganzen besitzenden Klasse einerseits der Arbeiterklasse andererseits gestalten.◊

Als diese Weisheit am 20. August 1908 in einem *Prinzipielles zur süddeutschen Partairevolte* benannten Leitartikel der *Leipziger Volkszeitung* verkündet wurde, machte sich wohl ein Teil der bürgerlichen Presse darüber lustig; von den sozialdemokratischen Blättern indes hat, soweit mir bekannt ist, keins von dieser kindlichen Auffassung Notiz genommen, wohl aus der richtigen Erkenntnis heraus, dass solche Ergüsse der *Leipziger Volkszeitung* im allgemeinen unbeachtlich sind. Nun aber hat auch K. Kautsky in der *Neuen Zeit* diesen gleichen Gedanken mit erfreulicher Offenheit entwickelt. Da die ganze Phraseologie und die Taktik der sogenannten *Radikalen* überhaupt nur einen Sinn haben, wenn man der Meinung ist, die Entwicklung treibe zu einer baldigen Revolution, einem Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin, der die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und die *Einführung* des Sozialismus bringen werde, so haben wir allen Anlass uns über die Gestaltung der politischen Verhältnisse Klarheit zu verschaffen, zumal der Gang der politischen Verhältnisse auch in vielen Fragen unsere Haltung bestimmen muss. Dabei wird es sich herausstellen, ob die politische Entwicklung Deutschlands sich nach der Richtung bewegt, die jene *Radikalen* zu sehen vermeinen.

Im Vorwort seines Buches *Der Ursprung des Christentums* schreibt Kautsky: »Nirgend kommt man weit mit blossem Zusehen ohne praktisches Eingreifen . . . Ein praktischer Politiker wird politische Geschichte, bei genügender wissenschaftlicher Bildung, leichter begreifen und sich eher in ihr zurechtfinden als ein Stubengelehrter, der mit den treibenden Kräften der Politik nie die geringste praktische Bekanntschaft gemacht hat.«¹⁾

Diese Tatsache erklärt uns auch, warum Kautsky sich in der politischen Geschichte der Gegenwart nicht zurechtfindet: Er scheint mit den »treibenden Kräften der Politik« gar keine »praktische Bekanntschaft« gemacht zu haben.

¹⁾ Vergl. Karl Kautsky *Der Ursprung des Christentums*, Stuttgart 1908, pag. VI ff.

Nur so liesse es sich begreifen, dass er glaubt, wir ständen vor einer revolutionären Situation, vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, während jeder, der praktisch im politischen Leben tätig ist, sehen muss, dass eine Revolution immer unwahrscheinlicher wird, dass Deutschland sich politisch nach einer Richtung hin entwickelt, die sich von der revolutionären Situation immer mehr entfernt, und dass die Zeit noch in ziemlich weiter Ferne liegt, da das Proletariat die politische Macht ergreifen kann. Revolutionen, gewaltsame politische Kämpfe entstehen gewöhnlich doch nur aus zwei Ursachen heraus: entweder, wenn kein rechtlicher Boden, keine politischen Freiheiten und Rechte bestehen, die es einem *politisch erwachten* Volk oder einer aufstrebenden Klasse ermöglichen ohne gewaltsame Kämpfe genügenden Einfluss auf die Gesetzgebung und die Regierungsgeschäfte zu erlangen oder die politische Macht überhaupt an sich zu bringen — dies war gewöhnlich der Grund —; oder aber, wenn in einem demokratischen Gemeinwesen eine Minderheit zur Gewalt greift, um die Regierung an sich zu reißen, in der Hoffnung, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich mitfortziehen lassen und den neuen Zustand stützen werde, sobald er einmal zur Tatsache geworden sei. Der zweite Fall ist nur bei einem politisch unreifen Volk, das leicht dem einen oder anderen Abenteuerer folgt, möglich; in Ländern mit alter und hoher demokratischer Entwicklung ist es ganz undenkbar, dass man mit einem solchen Gewaltstreich die Mehrheit terrorisieren kann. In demokratisch hochentwickelten Ländern sind deshalb Revolutionen so gut wie ausgeschlossen. Wer in England von Revolution redet, macht sich einfach lächerlich. Es ist aber gar kein Grund vorhanden anzunehmen, dass die Entwicklung in Deutschland andere Wege einschlagen werde als in England. Tatsächlich entwickelt sich trotz allem auch Deutschland nach der demokratischen Richtung hin. Kautsky freilich sieht kein Wachsen sondern ein Stocken der Demokratie. Er schreibt:

»In den höchstentwickelten Stadien wird der Bourgeoisie die Demokratie immer unbequemer; sie braucht diese nicht, um die Staatsgewalt zu beherrschen, die ihr ohnedies untertan ist. Die Demokratie kann da nur noch Mittel sein und wird es immer mehr die politische Organisation und Machtentfaltung des Proletariats zu fördern: des Todfeindes der kapitalistischen Ausbeutung. In den höchstentwickelten Staaten sehen wir daher ein Stocken der demokratischen Entwicklung, vielmehr eine Vermehrung des Ansehens und der Macht der Regierungen.«²⁾

Nun, das »höchstentwickelte« England lässt das gerade Gegenteil erkennen. Vielleicht nie zuvor ist die Demokratie in England so sehr gewachsen wie in den letzten zwanzig Jahren, in denen das demokratische System der kommunalen Selbstverwaltung völlig ausgebaut wurde, das übrigens den wesentlichsten Teil der demokratischen Einrichtungen Englands ausmacht; denn das Wesen der modernen Demokratie besteht eben in der Selbstverwaltung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Wenn in England das allgemeine Wahlrecht noch nicht durchgeführt ist, so liegt dies nicht an den Regierungen. Der Wille der Regierung ist in England immer nur ein Ausdruck des Willens der Mehrheit des Volkes. Wenn in England die Arbeiter einmal mit Nachdruck die Erweiterung des Wahlrechtes verlangen, wird die Demokratie auch in dieser Hinsicht wachsen.. Die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, bildet in England, wie in den anderen Ländern, nur eine kleine Minderheit und kann die politische Entwicklung des Landes gar nicht allein bestimmen. Reformen ge-

²⁾ Vergl. Karl Kautsky *Die Budgetbewilligung in der Neuen Zeit*, 1907-1908, 2. Band, pag. 817.

langen in demokratischen Ländern zur Durchführung, wenn die Mehrheit oder ein wesentlicher Teil des Volkes dafür ist. Einen anderen Massstab für den Willen des Volkes kann es in einem demokratischen Land aber nicht geben als den, der bei den politischen Wahlen zum Ausdruck kommt.

Denn die politische Entwicklung eines Landes vollzieht sich zunächst durch die politische Betätigung des Volkes; die Gesetzgebung ist nicht in erster Linie massgebend für die Beurteilung des politischen Standes. Als die Regierung unter dem Reichskanzler Hohenlohe sich bereit erklärte das *Verbindungs-
verbot* für politische Vereine aufzuheben, war die Aufhebung *de facto* längst vollzogen: die politischen Vereine aller Parteien standen mit einander in Verbindung, und kein Gesetz konnte es mehr verhindern; die Aufhebung des Gesetzes war eine reine Formalität, die Anerkennung eines bestehenden Zustandes. Weiter kam dann die freiheitliche Entwicklung Deutschlands im *Reichsvereinsgesetz* zum Ausdruck, das immerhin einen Fortschritt darstellt, den man auch ruhig anerkennen kann: gebührt doch das Verdienst daran fast ausschliesslich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Auch das *Vereinsgesetz* hat den politischen Fortschritt nicht etwa geschaffen sondern nur gesetzlich anerkannt. Die alten reaktionären Vereinsgesetze waren längst den Behörden und der Regierung lästiger geworden als den politischen Parteien, und die völlige Zwecklosigkeit der polizeilichen Schranken musste schliesslich auch eingefleischten Bureaukraten einleuchten. Einer gut organisierten Polizei mag es möglich sein einige Hundert oder Tausend Revolutionäre zu überwachen und zu verfolgen oder durch Schikanen zu quälen; aber die Millionen Mitglieder der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Vereine zu überwachen, sie und ihre Hunderttausende von Versammlungen und Sitzungen zu überwachen, zu kontrollieren und gar ihre Ausbreitung verhindern zu wollen: das ist eine Unmöglichkeit. Als mit dem Wachsen der Sozialdemokratie das ganze politische Leben ein regeres wurde, auch die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung — beeinflusst oder getrieben von der Sozialdemokratie — zur Politik geschoben wurden, alle Klassen sich organisierten und sich in Vereinen und Versammlungen mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, fielen die Polizeischranken ganz von selbst. Alle politischen Vereine und Parteien haben in den letzten Jahren fast täglich gegen die Vereinsgesetze verstossen, und keine Polizei konnte das mehr verhindern. Die alten Vereinsgesetze wurden also von der Entwicklung des *tatsächlichen* politischen Zustandes des Volkes bei Seite geschoben, und deshalb war es eine politische Kurzsichtigkeit und Feigheit, dass die liberalen Parteien sich bei der gesetzlichen Festlegung des Gewordenen dazu hergaben der Polizei mit dem *Sprachenparagrafen* abermals ein Mittel an die Hand zu geben eine bestimmte Partei schikanieren zu können. Im übrigen aber wird im *Vereinsgesetz* ein Stück politischer Freiheit anerkannt. Natürlich werden deshalb die berechtigten Klagen auch auf diesem Gebiet so bald nicht verschwinden. Die Behörden müssen erst politisch erzogen werden. Es kommt eben alles auf den Geist an, der im Volke selber lebt, und in dem dann die Regierung die Gesetzgebung handhaben muss. Dass in den grossen Städten des einst wegen seines brutalen und oft lächerlich kleinlichen Polizei-geistes berüchtigten Sachsen Zehntausende von Sozialdemokraten in geordnetem Zuge, mit Fahnen und Standarten, demonstrierend durch die Strassen ziehen, auf grossen Plätzen der Stadt Riesenmeetings abhalten, Umzüge am 1. Mai ver-

anstalten, dass Gewerkschaften und politische Vereine mit Musik in geschlossenen Zügen zu ihren Sommerfesten gehen, dass die Gewerkschaften keinerlei vereinsgesetzlichen Bestimmungen mehr unterworfen sind, die politischen Vereine die Mitglieder nicht mehr bei der Polizei anzumelden brauchen, politische Vereinsversammlungen keiner Anmeldung mehr bedürfen und keiner polizeilichen Überwachung mehr unterworfen sind: dies alles wird man heute bereits als etwas ganz Selbstverständliches betrachten und gar nicht begreifen, dass es anders sein konnte. Und auch die im neuen Vereinsgesetz noch enthaltenen Bevormundungen haben sich zum Teil schon überlebt, und nicht lange mehr wird es dauern, bis sie ganz ausser Wirkung gesetzt sind. Die polizeiliche Überwachung der öffentlichen Versammlungen wird heute bereits von vielen Behörden als zwecklos angesehen und deshalb unterlassen, ebenso die Anmeldung. Noch einige Zeit, und das ganze Vereinsgesetz gehört der Vergangenheit an, und Deutschland unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht mehr von England und anderen, freien Ländern.

So geht die politische Entwicklung in Deutschland aber auch auf allen anderen Gebieten, ganz entsprechend dem politischen Leben, das im Volk sich zeigt. Wer will bestreiten, dass die *Pressfreiheit*, ohne Änderung der Gesetze, heute wesentlich grösser ist als sie vor zehn Jahren war? Was das Gesetz am Majestätsbeleidigungsparagraphen noch gelassen hat, wurde von der Entwicklung der politischen Verhältnisse bei Seite geschoben. Die Ausbreitung der Presse reisst schliesslich auch die letzten Schranken des Pressgesetzes nieder. Am stärksten und deutlichsten kommt aber die politische Entwicklung Deutschlands jetzt in dem Verlangen nach einem *parlamentarischen Regierungssystem* zum Ausdruck, das das gesamte Volk, mit wenigen Ausnahmen, erfasst hat. Mag auch noch ein Jahrzehnt darüber hinweggehen, ehe dies System bei uns zur Durchführung gelangt, mag es selbst noch etwas länger dauern: die Frage ist in Deutschland aufgerollt und muss ihre Lösung finden. Wir haben ein *politisches Erwachen* — so lautet der gebräuchliche Ausdruck — der Nation in Deutschland zu verzeichnen, eine neue Generation ist unter lebhaften politischen Kämpfen herangewachsen und politisch gereift.

Der *Klassenstaat* besteht eben nicht nur aus einer Bourgeoisie, einer Kapitalistenklasse, die alles beherrscht, auf der einen und dem Proletariat, der Lohnarbeiterklasse, auf der anderen Seite. Wie unglaublich konfus im Kopfe einzelner *Radikaler* unser Staatswesen sich malt, zeigte ein Artikel der *ap-Korrespondenz*, der im September in einer Reihe von Parteiblättern stand; darin hiess es:

•Weshalb baut der Staat Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel? Etwa damit das ganze Volk bequem reisen kann? Die Proletarier müssen sich rasch und billig von einem Ort zum andern begeben können, um sofort massenhaft zur Hand zu sein, wo die Produktion ihrer bedarf . . . Weshalb baut der Staat Spitäler, in denen die Armen kostenlos gepflegt werden? Etwa aus Mitleid mit den kranken Proletariern? Die künftigen Ärzte haben an einer rein theoretischen Ausbildung nicht genug; sie brauchen zu ihrer praktischen Ausbildung Erfahrung, also Demonstrations- und Versuchsmaterial, das ihnen in den Krankenhäusern die kranken Proletarier liefern . . . Weshalb baut der Staat Schulen? Etwa weil er den Arbeiterkindern die Schätze des Wissens und der Kultur zugänglich machen und sie zu allseitig gebildeten Menschen erziehen will? Die Bourgeoisie braucht in ihren Lohnarbeitern eine gewisse Elementarbildung und Intelligenz . . .
Die bürgerliche Presse bemerkte damals zu diesem Artikel, man sollte es nicht

für möglich halten, dass ein solcher Blödsinn Menschen mit eigenem Denken vorgesetzt werden könne; und man muss sich wirklich schämen sagen zu müssen, dass die bürgerliche Presse damals recht hatte. Noch vor fünfzehn Jahren wäre es ausgeschlossen gewesen, dass ein sozialdemokratisches Blatt eine solche Verhöhnung der marxistischen Lehre abgedruckt hätte. Und doch lässt sich auch der Standpunkt Kautskys nur erklären, wenn man alle nicht direkt zum Proletariat gehörenden Schichten der Bevölkerung, die Intellektuellen, Ärzte, Gelehrten, alle Beamten, Kleinbürger, Bauern usw. zur *Bourgeoisie* wirft und glaubt, dass sie Krankenhäuser nur zum Studium der Ärzte und Eisenbahnen nur zum Herbeischaffen von Ausbeutungsmaterial bauen. Denn die Bourgeoisie, die reine Kapitalistenklasse, die kein anderes Interesse kennt als das ihres Kapitals, ist auch in Deutschland nur eine kleine Minderheit, und sie allein kann die politische Entwicklung des Landes nicht bestimmen. Zwischen ihr und dem eigentlichen Lohnproletariat ist heute in Deutschland noch eine grosse Schicht, die sich aus den verschiedensten Elementen mit verschiedenen Interessen zusammensetzt, die zurzeit aber den ausschlaggebenden Einfluss in der Gestaltung der politischen Verhältnisse besitzen. Die Erfolge der Sozialdemokratie für die Arbeiter und dann die des *Bundes der Landwirte* für die agrarische Bevölkerung haben alle die verschiedenen Interessengruppen angeregt sich ebenfalls politisch zu organisieren, und so entstand das rege politische Leben in bürgerlichen Kreisen, dem wir auch unsere Niederlage bei den letzten Reichstagswahlen zuzuschreiben haben. Aber auch diese bürgerlichen Elemente können nur etwas für sich erreichen, wenn die politischen Rechte und Freiheiten erweitert werden, und es ist ganz natürlich, dass sie eine parlamentarische Regierung wünschen. Dieses *politische Erwachen* jener Kreise hat auch mit dazu beigetragen, dass in einer Reihe von Bundesstaaten das Wahlrecht erweitert wurde; das Proletariat allein konnte weder in Bayern noch in Württemberg, in Oldenburg oder Baden die Wahlreform zur Durchführung bringen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in einer Reihe von Bundesstaaten, die Sicherung der geheimen Wahl beim Reichstagswahlrecht, die Einführung des Proportionalwahlsystems bei den Kommunalwahlen in Bayern: alles dies zeigt doch eine politische Entwicklung nach der demokratischen Richtung hin. Der Einfluss der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist dabei überall unverkennbar, und von ihr wird es auch zum nicht geringen Teil abhängen, wann auch in Preussen die Demokratisierung einsetzt. Hier wird es voraussichtlich zu harten und sehr heftigen Kämpfen kommen; aber deren Zweck wird immer nur der sein können das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu erringen, und wenn dies erreicht ist, wird sich die Entwicklung auf dieser gesetzlichen Grundlage weiter vollziehen.

Mit besonderer Deutlichkeit kommt die Entwicklung zur Demokratie auch in der Wahlrechtsbewegung in Sachsen zum Ausdruck. »In Sachsen drängt die Entwicklung zur Demokratie, sagte Genosse Seger, ein Redakteur der *Leipziger Volkszeitung* am 11. Dezember in einer Parteiversammlung in Leipzig.³⁾ Und unser einziger sächsischer Landtagsabgeordneter, Goldstein, zeigte in einer Artikelserie, die unter dem Titel *Die sächsische Krisis* am 28. April und den folgenden Tagen im *Sächsischen Volksblatt* erschien, dass Sachsen vor

³⁾ Vergl. den Bericht über die Parteiversammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises in der *Leipziger Volkszeitung* vom 12. Dezember 1908.

einer liberalen Epoche stehe, und dass diese kommen müsse. Aber: »Mit der kommenden liberalen Epoche stehen wir erst am Anfang. So viel steht hier fest: Ohne die Beihilfe der organisierten Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie, erscheint ein baldiges Kommen der liberalen Ära unmöglich . . . Nur unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Forderungen und Einräumung der Parität ist auch der politische Ökonomismus, der Liberalismus im stande die 40jährige agrarisch-konservative Ära ohne schwere Erschütterung zu überwinden.«

Goldstein, der zur *radikalen* Richtung gehört und wegen dieser Anschauungen auf der sächsischen Landeskonferenz von Leipziger Delegierten heftig angegriffen wurde, hat die kommende politische Entwicklung Sachsens ganz richtig gekennzeichnet. Wir haben auch in Sachsen ein Erwachen des Bürgertums, und es gibt kein richtiges Bild von dem heutigen Zustand, wenn der freisinnige Abgeordnete Günther am 30. November im sächsischen Landtag sagte, in den letzten 30 Jahren sei man in Sachsen »politisch stark heruntergekommen«. Im Jahre 1868, als das frühere Wahlrecht zur Einführung kam, war das politische Leben in Sachsen ganz minimal, und bis zur Wahlrechtsänderung war ausserhalb der sozialdemokratischen Bewegung kaum ein Hauch eines politischen Lebens im Volk zu spüren. Wie fast überall in Deutschland hat sich auch das Bürgertum in Sachsen nach 1871 lediglich dem Erwerb hingegeben; der Politik blieb es fern. Das Wort des Herrn Günther bezieht sich auf die Änderung des Wahlrechts. Diese war aber nur durch die politische Gleichgültigkeit möglich geworden, in der das sächsische Volk Anfang der neunziger Jahre noch lebte. Das ist alles heute nun anders, Es ist nicht mehr nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die nach politischem Einfluss, nach grösserer politischer Freiheit und nach Selbstverwaltung drängt; zurzeit nehmen in Sachsen alle Schichten der Bevölkerung Anteil am politischen Leben. Zwar wollen die Nationalliberalen und Mittelständler offiziell noch nichts vom gleichen Wahlrecht wissen, aber die Unmöglichkeit mit einem anderen Wahlrecht in Sachsen fernerhin auskommen zu können hat sich bereits dargetan. Auch in allen bürgerlichen Kreisen, besonders in der jüngeren Generation, wächst die Neigung für ein gleiches Wahlrecht ständig, und wenn auch jetzt noch einmal ein Klassenwahlrecht Gesetz werden sollte: in abermals einem Jahrzehnt wird auch Sachsen beim gleichen Wahlrecht angekommen sein.

Mit diesen Ausführungen will ich nicht etwa dartun, Deutschland sei bereits ein Land der Freiheit und Demokratie: davon sind wir noch ein grosses Stück entfernt. Deutschland ist politisch noch ein rückständiges Land, aber es entwickelt sich keineswegs reaktionär, sondern demokratisch, politisch fortschrittlich. Das geht etwas langsam, aber so ist es schliesslich in anderen Ländern auch gewesen. Ganz verfehlt wäre es etwa aus einzelnen Attentaten auf die Freiheit, wie jetzt bei dem kommunalen Gewaltstreich in Rixdorf, allgemein auf eine trostlos rückschrittliche Tendenz für Deutschland schliessen zu wollen. Solche Manifestationen reaktionärer Brutalität zeigen nur die Kurzsichtigkeit ihrer Urheber, die der anschwellenden, vor allem in der Arbeiterklasse verkörperten Demokratie ratlos gegenüberstehen und durch kurzfristige Mittelchen sich behaupten zu können glauben. Stupide Klassenverbohrtheit nützt aber auch der eigenen Klasse nicht, und noch weniger wird das politisch werdende dadurch verhindert. Auch Deutschland wird sich in dem selben Tempo demokratisch entwickeln wie die demokratische Bewegung im Volk wächst. Mit der

Demokratisierung des Landes schwindet immer mehr die Wahrscheinlichkeit, auch die Möglichkeit einer Revolution.

Nun sagt Kautsky, gerade unser *reformatorisches* Wirken treibe zur Revolution, mache diese »unvermeidlich«, denn dieses Wirken stosse alle nicht proletarischen Elemente, Bauern, Handwerker, Bierwirte usw., von uns ab, und die »Isolierung des Proletariats« nehme zu.⁴⁾ Wenn dies zuträfe, dann würde die Sozialdemokratie bald nichts anderes mehr sein als die politische Vertretung der Gewerkschaften, und sie bliebe darauf beschränkt noch Jahrzehnte hindurch eine Minorität zu sein, und dann wäre es erst recht nichts mit der Revolution. Die sozialdemokratischen Arbeiter denken auch gar nicht an eine Revolution, so viel auch manche *radikale* Schriftsteller darüber schreiben mögen. Mit demokratischen und sozialen Reformen, die wir in dem Masse erreichen, in dem die demokratische und sozialistische Bewegung Macht entfalten kann, wird die Gesellschaft langsam umgestaltet. Eine soziale Revolution ist immer nur ein Vorgang, der sich durch Generationen und Jahrhunderte vollzieht. Die soziale Revolution ist die Evolution. Eine politische Revolution könnte immer nur ein Zwischenspiel sein, um ein gewaltsames Hindernis dieser Entwicklung zu beseitigen, um einen verletzten Rechtsboden wiederherzustellen, auf dem sich die Entwicklung vollzieht. Dann bleibt immer einzig die Umgestaltung der Gesellschaft durch Reformen. Den Sozialismus mit Gewaltmitteln einführen wollen: das ist so kindlich naiv, dass man darüber ernstlich nicht reden kann. Deshalb ist die Sozialdemokratie auch keine Partei, die ihr Ziel durch eine Revolution zu erreichen hofft, sondern eine Reformpartei, allerdings keine bürgerliche sondern eine sozialistische. Wir müssen unsern reformistischen Charakter auch der Wahrheit gemäss betonen, damit in den anderen Kreisen nicht durch legendarische Befürchtungen oder Hoffnungen eine richtige politische Wertung unserer Partei verhindert und damit die Politik selber unfruchtbar gemacht wird.

XX

EDUARD BERNSTEIN · MODERNITÄT IM KAMPF



U den gern gebrauchten Adjektiven des sozialdemokratischen Sprachschatzes gehört das Wort *modern*. Fast öfter noch als von der kapitalistischen Entwicklung sprechen unsere Redner von der *modern* Entwicklung der Gesellschaft, berufen sie sich auf die *modern* Verhältnisse, und wenn unsere Arbeiter ihre vom sozialistischen Geist durchdrungenen freien Gewerkschaften in Gegensatz stellen wollen zu anderen Gewerkschaften, dann bezeichnen sie sie mit Vorliebe als die auf dem *Boden der modernen Arbeiterbewegung* stehenden Gewerkschaften.

Zum Teil ist diese Bezeichnung ein Erbe aus der Zeit des Sozialistengesetzes, wo Rücksichten auf Staatsanwalt und Polizei oft die Umschreibung des Wortes *sozialdemokratisch* nötig machten. Aber sie ist nicht lediglich das Ergebnis solcher Rücksichten. Sie entspricht der ganzen Auffassung, wonach das Sozialistische das auf der Höhe der Zeit Stehende ist. Es erübrigt sich fast zu betonen, dass diese Gleichsetzung grundsätzlich nur anzuerkennen ist. Die Arbeiterschaft als Klasse ist wie keine andere Gesellschaftsklasse an der fortschrittlichen Entwicklung der materiellen und geistigen Faktoren des gesell-

⁴⁾ Vergl. Karl Kautsky *Reform und Revolution in der Neuen Zeit*, 1908-1909, 1. Band, pag. 253.

schaftlichen Lebens interessiert. Ihr Reich ist die Zukunft, sie hat nur fortzuentwickeln, nur zu erobern. Insofern ist sie in der Tat die modernste Klasse, die von ihren geschichtlichen Tendenzen erfüllte Bewegung ist viel mehr in umfassendem und dauerndem Sinn als irgend eine Kunst- oder Literaturrichtung grundsätzlich *moderne* Bewegung.

Aber was man grundsätzlich ist, ist man darum nicht immer auch tatsächlich. Es ist an dieser Stelle oft schon gezeigt worden, wie sehr die Sozialdemokratie in Gefahr ist gerade auf dem Gebiet zurückzubleiben, wo sie einst am stärksten war: auf dem Gebiet der Theorie, und wo die Ursache dieser Gefahr zu suchen ist. Die deutsche Sozialdemokratie betrachtet und ehrt mit Recht Marx, Engels und Lassalle als ihre geistigen Bahnbrecher. Aber während sie zu Lassalle bereits das richtige Verhältnis gefunden hat und sein geistiges Erbe in freier Kritik würdigt, steht sie zu Marx-Engels, und zwar namentlich zu Marx, noch im Verhältnis übermässiger geistiger Abhängigkeit. Bildlich gesprochen könnte man es, zum Unterschied vom Verhältnis des Schülers zum Lehrer, mit dem Verhältnis des Zöglings zum Erzieher vergleichen. Marx' Sätze werden nicht ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt gewürdigt, dass sie helfen die Dinge zu erkennen, sie werden ganz schematisch als fertige Axiome behandelt, nach denen die Dinge zu deuten sind.

Man hat das jetzt wieder gesehen, als die ersten Ergebnisse der Betriebs- und Gewerbezahlung vom Juni 1907 bekannt wurden. Nicht danach wurden sie untersucht, was sie uns über die Entwicklung der Betriebe etwa Neues sagen, sondern einfach danach, ob sie das Schema der Marx'schen Lehre von der *Konzentration der Betriebe* bestätigen. Dabei wurde dann natürlich wieder übersehen, dass dies Schema so wenig die Ehre hat von Marx herzustammen wie etwa das Einmaleins, und dass, wer die blossе Tatsache, dass wieder Konzentration stattgefunden hat, als einen Beweis für die Marx'sche Theorie ausruft, sich auf die selbe geistige Höhe stellt wie jemand, der den Satz $6 \times 6 = 36$ als Beweis für die Richtigkeit irgend einer Zahlentheorie ausgibt. Und zweitens wurde übersehen, dass, was im speziellen als Marx'sche Konzentrationstheorie ausgegeben zu werden pflegt, der Satz vom Verschwinden der Klein- und Mittelbetriebe, durch jene Ergebnisse gerade nicht bestätigt worden ist. Sie zeigen nämlich, dass lediglich die Zwerg- respektive Alleinbetriebe zurückgehen, die Klein- und Mittelbetriebe aber immer noch beträchtlich zunehmen. In Preussen zum Beispiel haben von 1895 auf 1907 die Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe, sowohl als solche wie nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen, immer noch stärker zugenommen als die Bevölkerung. Die Zuwachsrate der Bevölkerung war 19 %, die des Personals der Betriebe mit 2 bis 5 Personen dagegen 24,5 %, des Personals der Betriebe mit 6 bis 10 Personen 33 % und die des Personals der Betriebe mit 11 bis 50 Personen 61 %. Alles in allem absorbierten die Betriebe mit unter 50 Personen fast genau die Hälfte des ganzen Zuwachses der Beschäftigten. Das illustriert die Zähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe als soziale Gruppen aufgefasst. Im einzelnen sind sie in Tausenden von Fällen Eintagsfliegen, aber die Gruppe wird darum nicht kleiner, für den Ausfall erhält sie immer noch stärkeren Ersatz. Neben diesen Gruppen nimmt selbstverständlich die der Grossbetriebe heute einen immer grösseren Raum ein; auch ist nicht zu übersehen, dass ein erheblicher Prozentsatz der gezählten

Betriebe nur Teile grösserer Unternehmungen sind. Aber all das selbst berücksichtigt sieht das Gesamtbild der Betriebsentwicklung doch wesentlich anders aus als jenes, das Marx im *Kapital* als Schema der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation aufgestellt hat. Konnte das Marxsche Schema seiner Zeit als auf der Höhe des damals möglichen Voraussehens und damit als modernstes Produkt sozialer Erkenntnis betrachtet werden, so erfordert heute das Streben im Erkennen modern zu bleiben wesentliche Korrekturen an ihm.

Nun ist jenes Schema aber, wie bekannt, kein rein ökonomisches. Es soll mit der ökonomischen auch die im weiteren Sinne des Wortes soziale Entwicklung der Gesellschaft, die sozialen Kämpfe prognostizieren, die sich aus der zur Anschauung gebrachten ökonomischen Entwicklung ergeben. Es ist das Schema des *ökonomischen Untergrunds* des Klassenkampfes der um Lohn arbeitenden Klasse gegen die Kapitalistenklasse in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, und dieser Klassenkampf ist nicht als rein ökonomischer sondern als überwiegend politischer Kampf aufgefasst, der, zugespitzt, als grosse soziale Katastrophe sich abspielt. Dass die Katastrophenidee in dieser Zuspitzung aufgegeben werden muss, ist nachgerade ein Gemeinplatz geworden, über den kein Wort mehr verloren zu werden braucht. Sie ist so *unmodern* geworden, dass selbst unsere Supramarxisten sie heute verleugnen. Aber mit der blossen Abstreifung dieser Idee ist es nicht getan. Es muss auch mit Vorstellungen gerechnet werden, die von ihr abgeleitet sind und, wie das auch sonst vorkommt, ohne ihre ursprüngliche Voraussetzung weiter in den Köpfen fortleben und das Handeln beeinflussen. Manche dieser Ableitungen können gleichfalls als überwunden gelten. So die falsche Einschätzung der Genossenschaftsbewegung, die Betonung der Produktivgenossenschaften und Geringschätzung der Konsumgenossenschaften. Namentlich aber gilt dies für die Unterschätzung der Potenz der Gewerkschaften. Ehedem als der politischen Bewegung untergeordnet, als ihre Vorstufe und ihr Hilfsorgan aufgefasst, wird die Gewerkschaftsbewegung jetzt allgemein als ihr nebengeordnet, als ihre Ergänzung gewürdigt.

So weit, so gut. Ich teile nicht die hohe und da auftauchende Anschauung, die aus der Tatsache, dass die Gewerkschaftsbewegung, nachdem sie sich aus einem der politischen Bewegung untergeordneten zu einem ihr nebengeordneten Organ entwickelt hat, dabei nicht stehen bleiben sondern im weiteren Verlauf eines Tages das ihr übergeordnete Organ sein werde. In solchen einfachen Linien spielen sich die sozialen Entwicklungen nicht ab. Wohl steht meines Erachtens der Gewerkschaftsbewegung noch eine grössere Zukunft bevor als es sich die meisten träumen lassen. Wenn wir in betracht ziehen, dass in Deutschland erst im Durchschnitt etwas über 25 % der gewerblichen Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert sind, während wir in gewissen Ländern schon den doppelten Prozentsatz haben, so dürfen wir uns sagen, dass es durchaus nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, selbst unter Voraussetzung der jetzigen Zahl und Gliederung der gewerblichen Bevölkerung, es zu über 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Deutschland zu bringen. Aber mit der gewerkschaftlichen wird, sofern sie sich nicht innerlich trennen, stets auch die politische Bewegung wachsen und, während jene die quantitativ umfassendere ist, die qualitativ umfassendere bleiben.

Denn die gewerkschaftliche Bewegung hat nur bestimmte Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und hält nur unter ihrem Gesichtspunkt ihre Mitglieder zusammen, die politische Bewegung aber ist die Sachwalterin der gesamten Arbeiterinteressen und darüber hinaus der Interessen der gesamten nicht-besitzenden Bevölkerung wie sie der Anwalt der grossen Kulturinteressen der Menschheit ist. Das verpflichtet und befähigt sie auch die an sie herantretenden Fragen unter weiteren Gesichtspunkten zu behandeln als es den Gewerkschaften oft möglich sein wird. Der von mir jüngst an dieser Stelle betonte Umstand, dass der gewerkschaftliche Arbeiter materielle Erfolge sehen will, während der Arbeiter im politischen Kampf solche oft hintanstellt, ist unter diesem Gesichtspunkt ein Vorzug der politischen Bewegung. Sie wird daher, was geistige Regsamkeit, Opferwilligkeit und Tatenlust der Mitglieder anlangt, einen günstigeren Durchschnitt aufweisen als die Gewerkschaften und, da ihre Mitglieder in ihrer grossen Mehrheit auch Gewerkschafter sind, durch sie eine starke Rückwirkung auf die Gewerkschaften ausüben. Der Geist der Leitung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist der sprechende Beweis dafür.

Nun hat aber die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Erstarkung eine Bahn beschritten und als Bedingung ihres weiteren Wachstums beschreiten müssen, deren Richtung eine andere ist als sie nach der Formel sein müsste, die aus dem Marxschen Entwicklungsschema abgeleitet worden ist: die Bahn der paritätischen Beziehungen zur Unternehmervklasse. Ich verstehe darunter nicht nur die Tarifverträge sondern auch die paritätischen Arbeitsnachweise, die Abkehr von den freien Hilfskassen zu den zwar nicht mathematisch, aber doch sachlich paritätischen Ortskrankenkassen und andere Formen dessen, was die französischen Syndikalisten als *Zusammenwirken der Klassen* (*coopération des classes*) verfemen. Auch bei uns ist man nur mit zögernden Schritten auf diese Bahn gegangen, und nicht ohne jedesmaligen Einspruch der Hüter der Bundeslade, die jenes marxistische Schema birgt. Indes, die Umstände waren stärker als das Wort, und vor der Tatsache, dass die Arbeiterorganisation durch die neuen Mittel an Ausdehnung und Kraft gewonnen, um mit Engels zu reden, prallere Muskeln bekommen hat, haben auch die besagten Hüter ihren Einspruch fallen lassen. Sie trösten sich damit, dass der Klassenkampf, wenn die Gewerkschaften kampffähiger gemacht werden, schliesslich doch nur eine Steigerung erfahren, dass das Ende nur eine noch *schärfere Zuspitzung der Gegensätze* sein könne.

An dieser Deduktion ist indessen nur so viel richtig, dass die paritätischen Einrichtungen die Gewerkschaften im Klassenkampf stärken, soweit dieser zwischen Unternehmern und Arbeitern als wirtschaftlichen Widerparten spielt, und dass diese Entwicklung zu unvermitteltem Gegenübertreten von stark organisierten Arbeitern und stark organisierten Unternehmern führt. Wenn das Wort von der *schärferen Zuspitzung der Gegensätze* nicht mehr sagen soll, so hat es seine Berechtigung. Aber dann heisst *Zuspitzung* noch durchaus nicht häufigerer Kampf und Kampf in schärferen Formen. Die Erfahrung spricht vielmehr dafür, dass sie wohl Kämpfe in grösserem Umfang, aber gerade darum Abnahme der Zahl und der scharfen Form der Kämpfe heissen wird. Organisationen, die sich als solche gegenseitig anerkennen, messen im Kampf ihre Kräfte, aber sie werden in ihren Gefühlsregungen durch das Bewusstsein beeinflusst, dass sie schliesslich doch sich wieder zu verstehen haben. Nicht

die starken sondern die schwachen Organisationen führen die leidenschaftlichste Sprache gegen die Unternehmer, und auch die Neigung zu Gewalttätigkeiten ist bei den schwach organisierten Arbeitern am lebhaftesten. Die ganz starken Gewerkschaften, die naturgemäss die beste Übersicht über die Marktbedingungen ihres Berufs haben, sind schon deshalb gegen jene Streiks, die nur verbittern, ohne faktische Besserung zu bringen. Sie erreichen in 9 von 10 Fällen das nach der Marktlage Mögliche ohne Streik und führen allmählich zu ständigen gemischten Lohnnämtern. Dahin tendiert die gewerkschaftliche Entwicklung schon deshalb mit Notwendigkeit, weil es weder in der Macht noch in der Aufgabe der Gewerkschaften liegt das Unternehmertum zu beseitigen und den ganzen Unternehmungsgewinn an sich zu ziehen. Solange es Privatunternehmer gibt, ist der Profit nicht auszurotten, und wo die Gesellschaft als Staat oder Gemeinde an die Stelle des Privatunternehmers tritt, wird sie gewisse Überschüsse der Unternehmungen für das Gemeinwesen beanspruchen. So oder so wird die Gewerkschaft nach *sozialer Teilhaberschaft*, nicht aber nach Aneignen des Ganzen streben. Je mehr indessen die Entwicklung zu jener sozialen Kooperation, wie Tarifämter, paritätische Nachweise, Lohnkommissionen und dergleichen, führt, und diese sich einbürgern, um so mehr wird die Sprache und Argumentierung sich ausleben und hinfällig werden, die wir aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung überkommen haben. Sie mit Gewalt erhalten oder neu auffrischen wollen ist alles mögliche, nur nicht *modern*.

Mit den nötigen, das heisst in der Natur der Dinge liegenden Modifikationen findet nun das Gesagte auch auf den politischen Kampf Anwendung. Auch hier macht sich vieles als modern breit, was durchaus nicht der Höhe der Erkenntnis unserer Zeit entspricht. Namentlich werden in ihn Momente von aussen hineingetragen, die seine der Entwicklung der politischen Formen und Einrichtungen entsprechende Fortbildung geradezu hemmen. Es sei nur an die neuere Entwicklung der *Tagespresse* erinnert, mit ihrem Kultus des Schreienden und Sensationellen, der Gewöhnung der Leser an das flüchtige Hinschauen und der Entwöhnung vom Lesen. Diese Entwicklung, der sich selbst unsere sozialdemokratische Presse nicht entziehen kann, wirkt unter anderem auch auf die Wahlkämpfe zurück, und nicht gerade im Sinne grösserer Sachlichkeit. Darüber zu lamentieren hat nicht viel Zweck, es muss nach und nach überwunden werden. Inzwischen soll man aber aus diesen Äusserlichkeiten keine Folgerungen auf die soziale Natur der politischen Kämpfe ziehen, über der äusserlichen nicht die *innere* Modernität des Kampfes vergessen. Es ist ein Widerspruch, der fast komisch anmutet, wenn Sozialisten, die in ihren Anschauungen über Kriminalistik, Ethik, Erziehungs- und Umgangswesen auf der höchsten Stufe der Modernität zu stehen sich bestreben, sofort womöglich ins Mittelalter zurückkehren möchten, wenn von Klassenkampf und Politik die Rede ist. Selbstverständlich ist die politische Arena keine Kinderstube, auch kein Gerichtssaal, aber es ist darum nicht alles hier umgekehrt wie dort.

So ist es ein Aberglaube, dass man in der Politik stets *tadeln* muss, um Fortschritte zu erzielen. Ein Aberglaube, der obendrein den Verdacht geringen Zutrauens in die innere Stärke der sozialistischen Forderungen wecken muss. Was kann es diesen Abbruch tun, wenn ein Fortschritt in ihrer Richtung ruhig

als solcher anerkannt wird? Gerade weil die Sozialdemokratie die Partei der grossen, vorwärtsdrängenden und stetig wachsenden Arbeiterklasse ist, sollte und kann sie in diesen Dingen viel freier sein als sie sich gibt. Sie sollte es, weil ewiger Tadel auch in der Politik sein Ziel verfehlt. Er entmutigt viele, die den guten Willen haben, und liefert denen Entschuldigungsvorwände, die ihn nicht haben. Unsere *Radikalen* berufen sich in ihren Polemiken gegen den Reformismus gern darauf, dass man heute von Reformen, die der Mühe wert seien, überhaupt nichts mehr höre. Aber da sie es sind, die seit Jahr und Tag den Ton in der Partei angeben, stellen sie ihrer Politik mit diesem Hinweis kein glänzendes Zeugnis aus. Die innere Rückständigkeit unserer *Radikalen* verrät sich gerade dadurch, dass sie Reformen am liebsten weglegen, Reaktionsmassregeln aber immer wieder fast mit Jubel begrüßen.

Das sieht man jetzt wieder bei der Massregelung des bayerischen Landtagsabgeordneten Hoffmann durch die pfälzische Kreisregierung. »Die Herren Podewils, Wehner und Konsorten tun ein gutes Werk«, schreibt die *Leipziger Volkszeitung*, »wenn sie unseren bayrischen Revisionisten Anschauungsunterricht über das Wesen des Klassenstaats erteilen und sie so wieder auf den rechten Pfad lenken.« Der »ärgste Feind aller revisionistischen Annäherungsbestrebungen« sei »die bestehende Gesellschaftsordnung und der bürgerliche Staat«. Ich will gar nicht davon reden, dass der Schreiber nur über die schwarzweissroten Grenzpfähle hinauszublicken braucht, um auf *bürgerliche Staaten* zu stossen, wo man als Staats- und Gemeindebeamter sozialdemokratischer Abgeordneter sein kann, ohne gemassregelt zu werden. England, Frankreich, Belgien, Dänemark, die Schweiz scheinen auf dem Atlas der *Leipziger Volkszeitung* nicht zu existieren. Aber davon abgesehen, welcher Widersinn läge darin innerhalb des *bürgerlichen Staats* ernsthaft irgend welche Mühen und Opfer für Reformen aufzuwenden, wenn dieser Staat so entwicklungsunfähig wäre wie ihn die *Leipziger Volkszeitung* hinstellt. Unsere sächsischen Parteigenossen haben mit höchst erfreulicher Wucht den Kampf für eine demokratische Wahlreform aufgenommen. Sie geben sich schwerlich dem Glauben hin in diesem Kampf schon gleich die ganze Staatsmacht in ihre Hände zu bekommen. Nach der Theorie der *Leipziger Volkszeitung* hiesse das vorausichtliche Ausbleiben dieses Resultats, dass der Kampf dann überhaupt keine Wirkung auf die Gestaltung des Wahlrechts haben kann. Ich bin anderer Ansicht und hoffe demgemäss, dass die Agitationsarbeit der sächsischen Genossen schon jetzt solche Wirkung ausüben wird.

Auch der Vorgang in Rixdorf bei Berlin, wo die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten die letzte Sitzung vor Einführung der neugewählten Stadtverordneten dazu benutzten, um eine Wahlrechtsverschlechterung gewaltsam zum Beschluss zu erheben, während sie die dazu erforderliche Zweidrittelmehrheit nur noch formell, nicht aber gemäss dem Ergebnis der soeben vollzogenen Ergänzungswahl hatten, da für einen Teil der Mitglieder dieser Mehrheit Sozialdemokraten gewählt waren: dieser durch nichts zu rechtfertigende Gewaltakt, für den keinerlei mildernde Umstände ins Feld geführt werden können, wäre nach der Argumentierung der *Leipziger Volkszeitung* wohl zu bekämpfen, aber nicht zu brandmarken. Ein Appell an das Rechtsgefühl, der über die direkt beteiligte Partei Widerhall fände, wäre danach ein Unding. Der bornierte Standpunkt der Rixdorfer Spiessbürger und die engherzige Interessenpolitik mit

ihnen verbündeter Grundbesitzer, die solche Eintagsfliegen gegenüber der allgemeinen politischen Entwicklung zeitigen, wären unter *bürgerlichem* Gesichtspunkt höhere Vernunft als irgend welche demokratische Reformpolitik. Und in der Tat lässt sich dieser Argumentierung nicht abstreiten, dass sie einer gewissen Folgerichtigkeit nicht entbehrt. Konsequenz durchdacht führt die *radikale* Doktrin zu dieser Apotheose der krassen Klassenborniertheit. Aber das gerade beweist auch, wie falsch sie ist, und wie sehr sie bei solchen Vorkommnissen wie die Rixdorfer Wahlrechtskonfiskation unsern Protest entkräften würde. Der Reformismus aber liefert der um ihr Recht kämpfenden Arbeiterklasse die kräftigsten, am tiefsten auf die Gemüter einwirkenden Argumente und verschafft ihnen dadurch, dass er die Möglichkeiten des Reformwegs zeigt, den weitesten Widerhall.

Der *bürgerliche Staat*, die *bestehende Gesellschaftsordnung* sind so wenig politisch entwicklungsunfähig wie sie es ökonomisch sind. Die Umsetzung der ökonomischen Verschiebungen, die wir vor uns sehen, in eine Änderung der politischen Verfassungen kann hier und da durch besondere Verhältnisse verzögert werden; aber damit ist nicht bewiesen, dass sie nicht möglich ist. Mit der Taktik der *Leipziger Volkszeitung* wäre die österreichische Sozialdemokratie niemals dazu gelangt das allgemeine Wahlrecht zu erobern und im österreichischen Parlament eine Machtstellung einzunehmen, die, soweit Sozialdemokraten in betracht kommen, in Europa kein Beispiel kennt. Unsere *Radikalen* geben sich grosse Mühe zu beweisen, dass, wenn die Sozialisten im österreichischen Reichsrat jetzt den Posten des Vizepräsidenten angenommen und die Annahme des provisorischen Budgets möglich gemacht haben, das *ganztwas anders* sei als wenn das gleiche in Deutschland geschähe. Sie können sich die Mühe sparen. Natürlich ist es ganz etwas anderes. Aber nicht nur wegen der anders gearteten staatlichen Verhältnisse. Selbst bei gleich gearteten staatlichen Verhältnissen würden die Resolutionen des Dresdener und Nürnberger Parteitags, deren *Aufklärungsarbeit* nach der *Leipziger Volkszeitung* durch die Massregelung des Lehrers Hoffmann *vollendet* wird, deutschen Sozialdemokraten das nämliche Tun verbieten. Wir verrammeln uns selbst die Türen, durch die wir hindurch müssen. Und das nennt man bei uns *Modernität im Kampf*.

XX

MAX SCHIPPEL · KOMMUNALE UND EINZELSTÄATLICHE LEBENSMITTELAUFLAGEN



ALLEM Anschein nach wird während der laufenden Reichstagssession endgültig darüber mitentschieden werden, ob, wie seinerzeit geplant und beschlossen, die allernotwendigsten Lebensmittel vom Jahre 1910 ab der gemeindesteuerlichen Belastung entzogen bleiben sollen. Der Kampf gegen die unbequeme Beschränkung des kommunalpolitischen Schlendrians und der sozialpolitischen Kurzsichtigkeit hat bekanntlich seit dem Erlass des Reichsgesetzes vom 25. Dezember 1902 niemals geruht, und soeben hat der Beigeordnete und Kämmerer Wiesbadens, Dr. Ernst Scholz, wiederum zum mindesten eine Hinausschiebung des Reformtermins »auf eine Reihe von Jahren« befürwortet: »aufs wärmste«, wie er selber hinzufügt, und noch dazu

an beachtenswertester Stelle, nämlich in den *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*.¹⁾

Der Zufall fügt es, dass ungefähr gleichzeitig die mehrbändigen, dem Reichstag vorgelegten Finanzdenkschriften eine überaus reichhaltige Statistik sowohl über die einzelstaatlichen wie die kommunalen Aufwand- und Verbrauchssteuern darbieten, wohl das vollständigste Ziffernwerk, das bisher überhaupt nach dieser Richtung zusammengestellt wurde.²⁾ Bei der unzweifelhaften Bedeutung der ganzen Frage sei daher nochmals kurz auf die tatsächliche Lage und die erhobenen Bedenken und Forderungen der Widersacher eingegangen.³⁾

§ 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 würde, wenn die längst eingeleitete Minierarbeit nicht etwa zum Ziele führt, vorschreiben:

»Für Rechnung von Kommunen oder Korporationen dürfen vom 1. April 1910 ab Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backware, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden.« Ausgenommen ist dabei zunächst ausdrücklich »das zur Bierbereitung bestimmte Malz«, das von den Kommunen also weiter nach Gutdünken belastet werden dürfte, soweit einzelstaatliche Gesetze nicht im Wege stehen. Strittig wäre ferner, wenigstens wenn die Auslegungskünste mancher Gegner Gehör fänden: ob zum *Fleisch* auch Wildpret und Geflügel zu rechnen sind. Aber das preussische Oberverwaltungsgericht sah sich bereits aus anderm Anlass in der Lage diese Genussmittel ausdrücklich unter den Begriff *Fleisch und Fleischwaren* zu subsumieren (Erkenntnis vom 1. Februar 1901). »Man wird also«, gibt selbst Dr. Scholz zu, »damit rechnen müssen, dass auch Wildpret und Geflügel künftig als Besteuerungsobjekte der Gemeinden in Wegfall kommen.«

Welche deutschen Landstriche und was für Gemeinden werden am fühlbarsten von der reichsgesetzlich vorgeschriebenen Reform berührt? Was man in unbestimmterer Umgrenzung schon immer wusste, lässt sich jetzt aus den Tabellen des Reichsschatzamts genauer und beweiskräftiger herauschälen. Es ist ganz überwiegend der deutsche Süden und Westen, der am tiefsten in den Oktroiüberlebseln stecken geblieben ist, während Preussen mit diesem Gestrüpp altertümlischer, ebenso ungerechter wie verkehrsbelästigender Steuereinrichtungen am gründlichsten und liberalsten aufgeräumt hat, am gründlichsten vor allem in seinen älteren Landesteilen, so dass gegenwärtig im wesentlichen nur noch die spät einverlebte Provinz Hessen-Nassau in übertriebener Schonung ihrer Eigenart das preussische Bollwerk der Oktrois darstellt. Die amtliche Denkschrift berichtet lückenlos über alle Städte und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Preussen allein umfasst von dieser grossgemeindlichen Einwohnerschaft 15,15 Millionen Köpfe, das ganze übrige Deutschland nur 6,87 Millionen, also bei weitem noch nicht die Hälfte des preussischen Bestandes; speziell Bayern nur 1,82 Millionen Köpfe, Sachsen 2,07, Württemberg 0,57, Baden 0,59, Hessen 0,31 Millionen Köpfe. Aber an M a h l -

¹⁾ Vergl. *Gemeindefinanzen* (126. Band der *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*) /Leipzig 1908/, pag. 279 bis 318: *Das heutige Gemeindebesteuerungssystem in Preussen*. × Auch sonst bieten die letzten Publikationen dieses Vereins viel hierhergehöriges Material, das ich demnächst in einem Heft der von der Buchhandlung *Vorwärts* edierten Serie *Sozialdemokratische Gemeindepolitik* mit zu verarbeiten gedenke.

²⁾ Vergl. die Reichstagsdrucksachen zu Nr. 1035, 1043 und 1087. In betracht kommt vor allem der 1. Teil *Das Finanzwesen in den öffentlichen Körperschaften Deutschlands*.

³⁾ Vergl. meinen Artikel *Städtische Lebensmittelvertreuer* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 1. Band, pag. 24 ff.

steuer erhoben diese Grossgemeinden (in 1000 Mark): in Preussen nur 129,8, dagegen in Bayern 1868,5, in Sachsen 892,6, in Baden 372,7, in Hessen 158,6. Nur Württemberg hat hier seine Hand ganz davon gelassen. Für die Schlacht- und Fleischsteuer (einschliesslich Wild und Geflügel) sind dann allerdings die Gegensätze nicht ganz so krass. Es nahmen hierdurch ein (abermals in 1000 Mark); die Grossgemeinden in Preussen 4689,2, in Bayern 1332,4, in Sachsen 933,1, in Württemberg 488,4, in Baden 427,3, in Hessen 727,6. Das ist, wenn wir die entsprechenden elsass-lothringischen Gemeinden mit 0,47 Millionen Einwohnern und 826 000 Mark Schlacht- und Fleischsteuern hinzunehmen, eine noch grössere Fleischsteuersumme als in Preussen (4 734 800 Mark), bei noch immer nicht der Hälfte der Einwohnerschaft.

Auch die Gruppierung in Preussen selber ist bei diesen Grossgemeinden überaus charakteristisch. Die Malsteuer finden wir nur bei Kassel, Göttingen und Emden, lauter Erwerbungen spätester Zeit; die Schlacht- und Fleischsteuer ausser in Breslau, Posen, Gnesen und Neuruppin (hier jedoch mit fast verschwindendem Ertrag) in Aachen, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Göttingen, Hanau, Emden, Eschwege, Fulda, Leer, Marburg, also ganz überwiegend abermals im Westen des Reichs und bei fortschrittsgewohnten *Musspreussen*. Die vom statistischen Amt der hellen Stadt Dresden ausgearbeitete Denkschrift über die unheildrohende Wirkung des angefeindeten § 13 des Zolltarifgesetzes zieht auch die kleineren preussischen Gemeinden, wohl so gut wie vollständig, ziffernmässig mit heran. Dabei stellt sich gleichfalls heraus, dass von 41 überhaupt am § 13 interessierten preussischen Gemeinden nicht weniger als 30 auf die Provinz Hessen-Nassau entfallen: »Der Westen Preussens, in ihm wieder besonders die Provinz Hessen-Nassau wird am schlimmsten betroffen, da hier seit alters die Verbrauchsabgaben im Gemeindehaushalt eine wesentliche Rolle spielen«, sagt Dr. Scholz.

Einzelne deutsche Städte zeichnen sich durch ein geradezu skandalöses Missverhältnis zwischen den bezeichneten Lebensmittelabgaben und den direkten Steuern aller Art¹⁾ aus. So schlägt zum Beispiel die Stadt Dresden 1 809 600 Mark aus den unstrittenen Lebensmittelaufgaben und nur 5 393 400 Mark aus allen seinen direkten Steuern heraus; das ist ein Verhältnis wie 33,55 zu 100. Den Gipfel erreicht freilich, unter den in der Denkschrift behandelten Grossgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, Metz mit 320 400 Mark Lebensmittelaufgaben gegenüber nur 432 200 Mark als Summe aller direkten Kommunalsteuern; das wäre ein Verhältnis wie 74,13 zu 100.

Nun haben jedoch, neben dieser kommunalen Belastung, einzelne deutsche Gebiete noch weiter ihre s t a a t l i c h e n Auflagen auf den notwendigsten Lebensunterhalt. Wir finden für das Königreich S a c h s e n (Staatssteuern) vermerkt: »Die Abgabe von geschlachtetem Fleisch besteht aus einer Schlachtsteuer für die im Königreiche geschlachteten Rinder und Schweine, einer Übergangsabgabe für zollvereinsländisches Fleisch und einer Verbrauchsabgabe für zollausländisches Fleisch. I. Schlachtsteuer.

a) Ochsen:	für 1 Stück
1) in den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz	21 Mark,
b) in den übrigen Städten und auf dem platten Lande	18 „

¹⁾ Zu den direkten Steuern rechnet hierbei die Denkschrift Einkommen-, Lohn- und Berufs-, Kapitalrenten-, Grund- und Gebäude-, Wohn- und Miets-, Gewerbe-, Schankgewerbe- und Betriebs-, Wandergewerbe- und Wanderlager-, Marktstands-, Warenhaussteuer, ferner noch einige persönliche und nichtzerlegbare sonstige Steuern.

2. Übrige Gattungen des Rindviehs:

a) bei einem Gewicht von 150 Kilogramm und darüber 12 Mark,

b) bei einem Gewicht von unter 150 Kilogramm (mit Ausnahme der steuerfrei bleibenden Kälber von nicht über 62,5 Kilogramm) 6 „

3. Schweine von über 20 Kilogramm 2 „

II. Übergangsabgabe von zollinländischem Fleischwerke. für 1 Doppelzentner

1. Frisches Rind- und Schweinefleisch 8 Mark,

2. Geräuchertes, gepökeltes oder sonst zubereitetes Rind- und Schweinefleisch, Speck, Würste aller Art, Fett und Insekt 10 „

III. Verbrauchsabgabe von zollausländischem Fleischwerke.

Für zollausländisches Fleischwerk gelten, soweit solches nach Lage der Reichsgesetzgebung über die Fleischbeschau überhaupt eingeführt werden darf, die nämlichen Sätze wie unter B [?].

Für Baden (das heisst hier immer: für die Staatsbesteuerung) lauten die gleichen Angaben:

Der Verbrauch des Fleisches von Rindvieh mit Ausnahme von Milchkälbern unterliegt der Fleischsteuer. Diese wird bei der Schlachtung nach der Stückzahl des Schlachtviehs, bei der Einfuhr von Fleisch in das Grossherzogtum nach dem Gewichte des Fleisches erhoben.

Die Steuer beträgt für jedes Stück bei einem nach der Schlachtung sich ergebenden Gewicht (Schlachtgewicht):

von weniger als 200 Kilogramm 4 Mark,

200 bis ausschliesslich 250 Kilogramm 6 „

250 Kilogramm und mehr II

Für Kühe und Farren ist auch bei einem Schlachtgewicht von 250 Kilogramm und darüber nur eine Steuer von 6 Mark zu entrichten.

Steuerfrei ist Schlachtvieh, das wegen einer Beschädigung oder Erkrankung geschlachtet werden muss, sowie Schlachtvieh, das auf Anordnung der Polizeibehörde geschlachtet und von dieser für ungeniessbar erklärt wird. Die bereits gezahlte Steuer wird für solches Schlachtvieh wieder zurückerstattet.

Für ausgeschlachtetes Fleisch, das frisch oder zubereitet (eingesalzen, gekocht, geräuchert usw.) eingeführt wird, ist die Steuer mit 8 Pfennig pro Kilogramm zu entrichten. Würste und sonstige aus gehacktem Fleisch bestehende Waren sind der Besteuerung nicht unterworfen.

Ebenso bleibt steuerfrei das unter Beachtung der vorgeschriebenen Kontrolle durchgeführte Fleisch.

Als drittes Land mit besonderer staatlicher Fleischbesteuerung wird Sachsen-Altenburg angeführt:

Fleischsteuer ist zu entrichten für jedes Stück Vieh, das innerhalb des Herzogtums geschlachtet wird, sowie für Fett- und Fleischwaren im Gewichte von mindestens 5 Pfund, die aus anderen Staaten eingeführt werden.

Steuerfrei sind die noch nicht abgesetzten jungen Schweine, Ziegen, Kälber, Schafe sowie die den Abdeckern verfallenen Viehstücke.

Zur Entrichtung der Steuer ist der verpflichtet, für dessen Rechnung das Vieh geschlachtet wird, oder der ein der Steuer unterliegendes Gewicht Fett- oder Fleischwaren in seine Behausung aufgenommen hat. Die Steuer ist fällig im ersten Falle, bevor das Schlachtvieh getötet wird, im anderen in den ersten 24 Stunden nach Aufnahme der eingeführten Waren.

An Steuer ist zu entrichten:

1. für ein weibliches Rind bis zum Ende seines 2. Lebensjahres 3,50 Mark,

2. für ein männliches Rind bis zum Ende des 2. Lebensjahres 4,00 „

3. für eine Kuh oder Kalb über 2 Jahre 6,00 „

4. für einen Ochsen oder Stier über 2 Jahre 11,00 „

5. für ein Schwein 0,80 „

Aus dem späteren statistischen Tabellenwerk⁵⁾ ergeben sich folgende Erträge dieser drei Schlachtsteuern:

⁵⁾ Die Zusammenfassung der Gesetzgebung ist in der 1. Denkschrift, pag. 186, 201, 260, die Statistik *ibid.*, pag. 390 ff. enthalten.

Land	Roherttrag Mark	% des staatlichen Gesamtsteuer- ertrages	auf den Kopf Mark
Sachsen	5,889,800	8,37	1,30
Baden	767,700	1,77	0,38
Sachsen-Altenburg	134,000	6,48	0,65

Dass Preussen mit seinem regeren Verkehrsleben, mit seinem grosstaatlichen Drang nach fortschreitender Verkehrserleichterung diesem verknöcherten Mittel- und Kleinstaatskonservatismus längst entwachsen ist, weiss man. Seit 1873 sind in Preussen die letzten Reste einer staatlichen Anteilnahme an den kommunalen Mahl- und Schlachtsteuern gefallen; nur unter bestimmten Voraussetzungen blieb einzelnen Stadtgemeinden die Forterhebung erlaubt: mit welchem Erfolg, sahen wir oben. Nach dem Miquelschen Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 durften alsdann kommunale Steuern auf den Verbrauch von Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennstoffe aller Art nicht neu eingeführt oder in ihren Sätzen erhöht werden. Was in Preussen seit anderthalb Jahrzehnten und seit mehr als einem Menschenalter möglich war, das wird wohl auch anderswo nicht über die Kraft gehen.

Gefährlich wäre nur, wenn man die vom § 13 des Zolltarifgesetzes Betroffenen von neuem noch länger bei dem Glauben liesse: sie brauchten nicht rechtzeitig für Einnahmeersatz zu sorgen, weil die Aufhebung der Esswarensteuern lediglich auf dem Papier stehen bleiben werde. In den *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* macht Dr. Eichelmann-Strassburg, der Bearbeiter der elsass-lothringischen Gemeindefinanzen und im allgemeinen kein Gegner des in den Reichslanden noch immer herrschenden altfranzösischen Oktroisystems, auf diese unbestreitbare Gefahr aufmerksam: mache man sich in den betroffenen Gemeindeverwaltungen nicht frühzeitig an das Reformwerk, warte man mit verschränkten Armen ab, während man nur erfolglosen Protest auf Protest absende, so werde man später in die hilfloseste Verlegenheit geraten. Das ist ein durchaus richtiges Urteil, und Sache des Reichstags müsste es deshalb sein jede Zweideutigkeit und Unsicherheit nunmehr bei den neueren Finanzgesetzen gründlich zu beseitigen. Die Zeit bis zum 1. April 1910 wird bereits für viele Gemeinden nur dürftig genügen sich auf das Unvermeidliche vorzubereiten.

Endlich würden unsere Parteigenossen in den fraglichen Orten vielleicht gut tun, wenn sie sich nach Kräften zur vollen Wahrung der Konsumenteninteressen heizen rüsteten: durch Ausbildung der genossenschaftlichen Konkurrenz gegen wuchernde Brot- und Fleischhändler und durch Aufklärung über die Bedeutung der Steueraufhebung. Dass mitunter der Zwischenhandel den ganzen oder fast den ganzen Unterschied zwischen alter und neuer Belastung in seine Taschen verschwinden liess, mag die Erfahrung an diesem oder jenem Ort gelehrt haben. Aber die Schuld liegt dann vorwiegend an uns selber, und es wäre unverzeihlich, wenn wir Steuerreformen, die wir selber forderten und durchsetzen halfen, durch unseren späteren Indifferentismus in einer Schwächung der Gemeindefinanzen, in einer Bereicherung des Zwischenhandels und womöglich gar in eigener Neubelastung durch die unausbleiblichen Ersatzsteuern enden liessen. Mit dem § 13 des Zolltarifgesetzes allein ist auch für uns lediglich der erste Schritt getan; weitere Massnahmen müssen das richtige Ziel dieser Gesetzesbestimmung erst sichern helfen.

XX

RUDOLF WISELL · ARMENUNTERSTÜTZUNG UND ÖFFENTLICHE RECHTE



OR kurzem ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte zum Gegenstand hat. Der einzige Paragraph dieses Entwurfes lautet:

»Soweit in Reichsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig gemacht wird, sind als Armenunterstützung nicht anzusehen:

1. die Krankenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterstützungen zum Zwecke der Erziehung oder der Ausbildung zu einem Beruf;
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer vom Reichstag am 1. Mai 1907 angenommenen Resolution, die diese Beschränkung der Wirkung einer Armenunterstützung auf öffentliche Rechte forderte.

Die Begründung der Vorlage erkennt an, dass es in zahlreichen Fällen als eine Härte empfunden wird und mit den gegenwärtigen sozialen Anschauungen nicht vereinbar ist, wenn unterschiedslos die Gewährung jeder Unterstützung, die den äusseren Charakter der Armenunterstützung trägt, für den Bedachten den Verlust öffentlicher Rechte zur Folge hat. Sie gesteht auch zu, dass die Art der Gewährung solcher Unterstützungen sich im Lauf der Jahre ausserordentlich verändert hat. Infolge der sozialpolitischen Gesetzgebung erhielten jetzt grosse Klassen der Bevölkerung in Fällen Unterstützungen, in denen sie der Armenpflege anheimfallen würden, wenn sie die Unterstützung nicht erhielten. Da deren Empfang den Verlust öffentlicher Rechte nicht zur Folge habe, müsse es als eine Ungleichartigkeit bezeichnet werden, dass die Armenunterstützung, was die öffentlichen Rechte anlangt, noch unterschiedslos die selbe Wirkung habe wie früher. Die Armenunterstützung werde jetzt vielfach auch in Formen gewährt, die früher weniger üblich waren, und die ohne erhebliche Unbilligkeit nicht in allen Beziehungen materiell unter dem Gesichtspunkt der Armenunterstützung behandelt werden dürften. Der gesetzgeberische Grund für die Entziehung öffentlicher Rechte infolge von Armenunterstützung werde darin gefunden werden müssen, dass der Unterstützte durch die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe seine wirtschaftliche Selbständigkeit verliere, während für jeden, der sich in öffentlichen Angelegenheiten betätigen wolle, vorausgesetzt werden dürfe, dass er seine eigenen Angelegenheiten zu besorgen in der Lage sei. Deshalb würden solche Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen anzusehen sein, bei denen der Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit nicht zu befürchten sei. Das gleiche müsse von solchen Unterstützungen gelten, denen die Anschauungen der Gegenwart die Wirkungen von Armenunterstützungen beizulegen verbieten:

So viel zur Feststellung der Tatsachen.

Wir erkennen grundsätzlich nicht an, dass der Verlust öffentlicher Rechte durch Bezug von Armenunterstützung begründet ist, sondern stehen auf dem prinzipiellen Standpunkt, dass alle Staatsbürger Anteil an den öffentlichen

Rechten haben sollen, auch jene wirtschaftlich Schwachen, für die der Staat einzutreten hat. Gar viele derjenigen, die die öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen, sind im Lebenskampf unfähig geworden für sich allein zu sorgen. Sie haben in ihren gesunden Jahren oft genug mehr für das allgemeine Wohl getan als viele derjenigen, die keine Unterstützung von der Gesamtheit brauchen. Ganz abgesehen von diesem unserem prinzipiellen Standpunkt, den ich hier nicht weiter erläutern will, da er ja genau bekannt ist, leidet das Gesetz an wesentlichen Mängeln, die in nachstehendem zum Gegenstand einer Besprechung machen möchte:

1. Das Gesetz bezieht sich lediglich auf die in Reichsgesetzen ausgesprochenen Beschränkung der öffentlichen Rechte, lässt also die in Landesgesetzen vorgesehene Beschränkung unberührt. Es soll der Landesgesetzgebung überlassen bleiben für die ihrer Regelung unterliegenden öffentlichen Rechte ihrerseits entsprechende Bestimmungen zu treffen. So sagt die Begründung.
2. Es werden die Fälle nicht betroffen, wo Armenunterstützung infolge des sogenannten *abgeleiteten Unterstützungssitzes* gewährt wird, wo also nicht der Betreffende selbst die Armenunterstützung erhält sondern dritte Personen, die von ihm den Unterstützungswohnsitz ableiten.

Wie unsäglich kleinlich die Landesgesetzgebung sich benimmt, wenn sie die hier in betracht kommenden Fragen regeln soll, mag an einem Beispiel aus unserem kleinstaatlichen Parlamentsleben gezeigt werden. Im April 1907 hatten unsere Genossen im lübeckischen Parlament eine Einschränkung der Wirkungen der Armenunterstützung dahin beantragt, dass

- a. für den Verlust des Wahlrechts keine Armenunterstützung in betracht komme, die nicht dem Unterstützten selbst oder einem alimentationsberechtigten Familienmitglied gewährt sei,
- b. die einem alimentationsberechtigten Familienmitglied gewährte Unterstützung dem Familienhaupt dann nicht angerechnet werde, wenn das Familienmitglied sich bereits in wirtschaftlich selbständiger Stellung ausserhalb des Familienhaushalts, oder wenn es infolge von Siechtum oder Gebrechen sich in voraussichtlich dauernder Verpflegung befindet, oder endlich wenn die Unterstützung zu Erziehungszwecken gewährt wird,
- c. für den Verlust des Wahlrechts diejenigen Unterstützungen nicht in betracht kommen, die dem Unterstützten oder seinen Angehörigen in Form freier ärztlicher Behandlung, freier Verabreichung von Arzneien und Heilmitteln oder einer Aufnahme in eine Krankenanstalt gewährt werden, falls die Natur der Krankheit diese Aufnahme erfordere.

Diese Anträge wurden einer Kommission zur Beratung überwiesen, die den Antrag unter a für gut befand — die Bürgerschaft lehnte ihn späterhin auch ab —, die Anträge unter b und c aber als viel zu weit gehend verwarf. Sie begründete das wie folgt:

„Es ist eine gerechte Forderung des Staates, dass zur Beseitigung zu hoher Lasten, die ihm durch Gewährung von Armenunterstützungen auferlegt werden, mit dem Empfang der Unterstützungen Beschränkungen verknüpft sein müssen, welche veranlassen, dass die Leute, soweit es irgend geht, von der Inanspruchnahme der Armenunterstützung Abstand nehmen und rechtzeitig selbst für Tage, wo es ihnen schlecht geht, Fürsorge treffen. Zudem ist es durch die Versicherungsgesetze allen ermöglicht sich und die Familie gegen dringende Not zu schützen und rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass sie einer Armenunterstützung nicht bedürfen. Falls die Anträge unter b und c genehmigt würden, ist zu befürchten, dass sehr viele sich um Ver-

sicherung gar nicht mehr kümmern, und dass dem Staate in folgedessen enorme Lasten auferlegt werden, die die Allgemeinheit schliesslich aufbringen muss. Es mag immerhin hart sein, dass, wenn ein Familienmitglied, welches sich bereits in wirtschaftlich selbständiger Stellung ausserhalb des Familienhaushaltes befindet, Armenunterstützung empfängt, dann sowohl dieses als das Familienhaupt das Wahlrecht verliert, also zwei gleichzeitig des Wahlrechts verlustig gehen. Die Kommission vermochte sich aber nicht davon zu überzeugen, dass es notwendig sei solche Leute vor dem Verlust des Wahlrechts zu schützen.«

Es ist hier nicht der Ort gegen die in vielen Punkten von krassester Unkenntnis der Tatsachen und selbst der Gesetze zeugende Auffassung der Kommission zu polemisieren. Ich will an diesem Beispiel nur zeigen, was man von dem Eingreifen der Bundesstaaten zu erwarten hat. Die Hoffnung, dass die Landesgesetzgebung die Abänderung der Landesgesetze im Sinne der jetzt für das Reich vorgeschlagenen Regelung vornehmen werde, ist eine sehr problematische. Der Regierungsentwurf bedarf daher dringend der Abänderung dahin, dass an Stelle des Wortes *Reichsgesetzen* die Worte *Reichs- und Landesgesetzen* gesetzt werden.

Was die Beschränkung öffentlicher Rechte infolge einer auf grund des sogenannten *abgeleiteten Unterstützungswohnsitzes* gewährten Armenunterstützung anlangt, so handelt es sich keineswegs nur um theoretisch konstruierte Fälle sondern um Tatsachen. Man bedenke: Auf grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind die Verwandten in gerader Linie und die Ehegatten einander unterstützungspflichtig. Auch das nur mit bestimmten, hier nicht in betracht kommenden Einschränkungen. Wo nicht ein Eheverhältnis oder eine direkte Blutsverwandschaft besteht, besteht auch keine Unterstützungspflicht. Ist jemand unterstützungsbedürftig, für den keine unterstützungspflichtigen Verwandten vorhanden sind, so hat nach der Armengesetzgebung die Armenverwaltung einzutreten, und zwar die des Unterstützungswohnsitzes des Betroffenen. Den Unterstützungswohnsitz erwirbt die Ehefrau vom Mann, die Kinder vom Vater respektive von der Mutter. Heiratet eine Frau, so verliert sie vom Tag ihrer Eheschliessung ab den alten Unterstützungswohnsitz und erwirbt den des Mannes. Hat sie minderjährige vaterlose Kinder, so erwerben diese nun auch mit der Heirat der Mutter den neuen Unterstützungswohnsitz, selbst wenn sie vielleicht an einem ganz anderen Ort wohnen. Dadurch ist es denkbar, dass, falls diese Kinder etwa Armenunterstützung erhalten, die Verpflichtung zu deren Gewährung auf die Armenverwaltung des Unterstützungswohnsitzes des Stiefvaters, von dem sich ja der der Kinder auch ableitet, übergeht. Man spricht in der Terminologie des Armenwesens davon, dass die Kinder in die armenrechtliche Familiengemeinschaft des Mannes der Mutter eingetreten sind. Kann nun diese seinen Stiefkindern gewährte Armenunterstützung dem Betroffenen angerechnet werden? Können Bestimmungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes, die das Verhältnis der verschiedenen Armenverbände zu einander regeln und feststellen sollen, auf seine staatsbürgerlichen Rechte irgend welchen Einfluss haben? Unstreitig kann der Stiefvater zur Unterstützung der Kinder nicht herangezogen werden; keinerlei gesetzliche Pflicht besteht hierzu für ihn.

Die hier aufgeworfene Frage ist schon einmal Gegenstand der Erörterung des *Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit* gewesen. Das war 1896 auf seiner 16. Jahresversammlung in Strassburg der Fall. Der damalige Bericht-

erstatte, der jetzige Landgerichtsdirektor Aschrott in Berlin, sagte folgendes: »Ein Mann hat eine Frau geheiratet, die bereits früher verheiratet war: aus der früheren Ehe ist ein Kind vorhanden, das sich seit vielen Jahren in einer geschlossenen Anstalt befindet; der Mann hat gar keine Ahnung von der Existenz dieses Kindes. Eines schönen Tages bekommt er die Nachricht, dass, da die Frau, die er geheiratet hat, seinen Unterstützungswohnsitz teilt, und, da weiterhin das ersteheliche Kind dieser Frau den Unterstützungswohnsitz der Frau hat, jetzt dieses Kind als zu seiner Familie gehörig und deshalb die dem Kinde gewährte Unterstützung als ihm geleistet betrachtet wird. Soll dieser Mann des Wahlrechts verlustig gehen? Kann das der Gesetzgeber gewollt haben? Ich glaube diese Frage aufwerfen heisst schon sie beantworten: das kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben.«

Einstimmig stellte die erwähnte Versammlung bestimmte Thesen auf, darunter auch die, dass für den Verlust des Wahlrechts keineswegs eine Armenunterstützung in betracht kommen dürfe, die nicht dem Unterstützten selbst oder einem seiner alimentationsberechtigten Familienmitglieder gewährt sei.

Noch bei der letzten Reichstagswahl sind solche Fälle der Armenunterstützung für die Versagung des Wahlrechts entscheidend gewesen. In Lübeck allein in 6 Fällen. Ich führe zwei dieser Fälle hier an. Der Sachverhalt ist aus dem Protokoll des Bürgerausschusses, der zur Entscheidung über Einsprachen gegen die Wählerlisten berufenen Instanz, genau zu ersehen. In diesem Protokoll sind nämlich die betreffenden Beschwerden der aus der Wählerliste Gestrichenen wörtlich abgedruckt. Gleich die erste lautet, unter Fortlassung der Namen:

»Ich wohne seit April 1905 in . . . bin 32 Jahre und habe auch 1903 bei der Reichstagswahl schon hier in Lübeck mitgewählt. Ich bin jetzt in der Wählerliste gestrichen, weil ich Armenunterstützung erhalten haben soll. Das wird aus folgendem Umstand geschlossen: Ich habe mich vor 3 Jahren mit der Witwe J. L. verheiratet. Dieselbe brachte 3 Kinder mit in die Ehe. Für mich bestand keinerlei gesetzliche Pflicht für die Kinder irgendwie zu sorgen. Um aber die Kinder mit gross zu machen, behielt ich sie bei mir in der Familie, nachdem sich die Armenanstalt bereit erklärt hatte für jedes Kind monatlich 3 Mark, zusammen also 9 Mark, zu zahlen. Das ist nun geschehen. Zwar habe ich die Unterstützung erhalten, aber doch nicht für mich oder für solche Verwandte, denen ich unterhaltspflichtig wäre, sondern für die Kinder, denen gegenüber ich zu nichts verpflichtet bin. Das ist keine Armenunterstützung. Ich brauche wohl nicht erst weiteren Beweis hierfür anzutreten, denn das ist so offenkundig, dass ich es mir kaum erklären kann, wie die Armenanstalt mich als *Armenunterstützung empfangen* melden kann. Ich beantrage meine Aufnahme in die Wählerliste.

In der sechsten Beschwerde heisst es in dem entscheidenden Teile:

»Meine Ehefrau hat ein uneheliches, nicht von mir stammendes Kind mit in die Ehe gebracht. Das Kind wird vom Vater unterhalten. Infolge eines dem Kinde zugezogenen Unfalles kam das Kind im August vorigen Jahres in das Kinderhospital und verblieb dort bis zum 4. Oktober vorigen Jahres. Die durch die Unterbringung des Kindes in dem genannten Hospital entstandenen Kosten hat die Armenanstalt bezahlt. Die von der Armenanstalt für das Kind aufgewendeten Leistungen kann ich als mir persönlich gewährt nicht betrachten. . . .«

Der Bürgerausschuss beschloss die Einsprachen gegen die Streichung der Namen in der Wählerliste zu verwerfen, weil, so heisst es wörtlich im Protokoll,

». . . die Frage, ob eine Armenunterstützung vorliege, nicht danach zu entscheiden sei, ob zivilrechtlich für die Geschwister eine Unterhaltspflichtung den vorehelichen Kindern gegenüber vorgelegen habe, was zweifellos nicht der Fall sei, sondern nach den Grundsätzen der armenrechtlichen Familiengemeinschaft. Hiernach aber sowie nach den ständigen Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatswesen gelte armenrechtlich der Ehemann durch die einem in die Ehe gebrachten ehelichen oder ausserehelichen Vorkind seiner Ehefrau gewährte Unterstützung als unterstützt.«

Ich enthalte mich auch hier einer Kritik, da ich lediglich Tatsachen feststellen will.

Dass es dem Reichsamt des Innern nicht unbekannt ist, wie die Praxis in dieser Frage entscheidet, ergibt sich klar aus einer Äusserung des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg, die er am 6. März 1908 in seiner Antwort auf die an ihn gerichtete Frage machte, wann denn die Erhebungen zum Abschluss gekommen seien, die aus Anlass der vom Reichstag am 1. Mai 1907 angenommenen Resolution angestellt seien. Er hatte Bedenken, ob denn ein Gesetzentwurf im Sinne der Resolution zum richtigen Ziel führen werde, »namentlich im Hinblick auf diejenigen Fälle, wo Armenunterstützung infolge des sogenannten *abgeleiteten Unterstützungsa. ohnsitzes* gewährt wird«. Trotzdem hat die Regierung keine Fassung gefunden, die dieser Praxis einen Riegel vorschiebt. Das könnte am einfachsten durch eine Bestimmung geschehen, wonach Unterstützungen, die nicht dem Unterstützten selbst oder einem alimentationsberechtigten Familienmitglied gewährt sind, keinen Einfluss auf seine staatsbürgerlichen Rechte haben.

XX

EDGARD MILHAUD · SOZIALE KÄUFERLIGEN



IGEN von Käufern zu sozialen Zwecken: eine neue Erscheinung, der wir in der Zukunft vielleicht häufiger begegnen werden. Im September dieses Jahres hat in Genf die erste internationale Konferenz dieser Käuferligen stattgefunden, und mehr als 600 Personen haben an ihr teilgenommen. Die Sozialisten, die dabei waren — der Verfasser dieses Artikels gehört zu ihnen —, sind sich darüber klar geworden, dass es sich hier um eine Bewegung handelt, die mit Interesse, sogar mit Sympathie verfolgt zu werden verdient.

Der Zweck der sozialen Käuferligen besteht bekanntlich darin die Konsumenten zu organisieren, um deren ökonomische Macht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter auszunutzen. Freilich streben diese Verbände nicht danach ihre Ziele dadurch zu erreichen, dass sie die Produktion selbst in die Hand nehmen; sie wollen eben die Produktionsbedingungen nicht in dieser direkten Form beeinflussen sondern indirekt. Wie die Käufer das Recht haben einen Artikel zurückzuweisen, weil sein Material fehlerhaft ist, oder weil er ihnen aus irgend einem Grunde nicht zusagt, so haben sie auch das Recht seinen Kauf abzulehnen, wenn die in ihm verkörperte menschliche Arbeit sozial von schlechter Qualität, sozial unrein ist. Kommen nun viele Käufer überein alle Produkte sozial schlechter Qualität systematisch zurückzuweisen, und erstrecken sie ihre Kundschaft nur auf solche Geschäfte, deren Waren sozial guter Qualität sind, so üben sie einen Druck auf die Arbeitgeber aus und werden dadurch eine Verbesserung der sozialen Qualität der Produkte erzielen. An sich ist diese Idee durchaus nicht neu, und sie verdankt ihren Ursprung auch nicht den Begründern der sozialen Käuferligen. Es ist vielmehr die selbe Idee, die zu der Einführung des *Label* oder der Gewerkschaftsmarke geführt hat, um der Kundschaft die Produkte derjenigen Arbeitgeber zu empfehlen, die die von den Arbeiterorganisationen gebilligten Arbeitsbedingungen gewähren, und die in umgekehrter, negativer Form in dem Boykott ihren Ausdruck findet. Aber neu und sozial wichtig in der Bewegung der

sozialen Käuferligen ist der Umstand, dass es die Konsumenten sind, also die Elemente, an die die Arbeiter durch das *Label* oder den Boykott appellieren, die sich zusammenschliessen auf grund der Erkenntnis, dass der Käufer eine soziale Macht und dementsprechend eine soziale Pflicht hat. Bei ihrem Bestreben ihre soziale Pflicht zu erfüllen fanden sie sich jedoch Problemen gegenüber, zu deren Lösung ihre soziale Macht nicht genügte, und sie mussten einsehen, dass zur Erreichung dieses Ziels andere Faktoren nötig wären. Das haben unter anderm die Debatten der in jenen Tagen abgehaltenen Konferenz bewiesen, und das ist sicherlich nicht eine ihrer geringsten Lehren.

Die wichtigsten Fragen, die auf der Tagesordnung der Konferenz standen, waren: die Nacharbeit; die Stellung der Verkäuferinnen und die Hygiene der Arbeit im Stehen; die Aktionsmittel der Konsumenten — wie *weisse Listen* und *Labels*, Enqueten —; die Konsumenten und die industriellen Konflikte; die Genossenschaften und ihre Angestellten; der Staat als Konsument; die Heimarbeit.

In ihrem Referat über die Nacharbeit beleuchtete die Fabrikinspektorin Frau Juillerat deren unheilvolle Wirkungen auf die Gesundheit der Arbeiterinnen und zerstörenden Einfluss auf das Familienleben. Sie und mehrere andere Redner wiesen energisch darauf hin, dass es Pflicht der Mitglieder der Käuferligen sei niemals Bestellungen zu machen, deren Folge Nacharbeit sein müsste. Die meisten Redner gingen jedoch weiter und sprachen sich zu gunsten eines gesetzlichen Verbots der Nacharbeit aus. Folgende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen:

«In Erwägung, dass die Nacharbeit eine Ursache physischen und moralischen Elends gerade in denjenigen Betrieben ist, die mit der Kundschaft in direkter Beziehung stehen, bringt die internationale Konferenz der sozialen Käuferligen, die sich energisch für das gesetzliche Verbot der Nacharbeit ausspricht, ihren Mitgliedern die Verpflichtung in Erinnerung bis dahin niemals eine Bestellung zu machen, ohne ausdrücklich zu verlangen, dass sie keinerlei Nacharbeit nach sich ziehe. Wenn auch die Nacharbeit einstweilen noch nicht vollständig beseitigt werden kann, sowohl mit Rücksicht auf die Unwissenheit der Kundschaft als auch auf die Fälle höherer Gewalt und besonderer Anlässe, so spricht die Konferenz doch den Wunsch aus, dass solche Ausnahmen nur unter gesetzlichen Garantien zugelassen und genügend kontrolliert werden möchten.»

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung legte die Ärztin Fräulein Dr. Champendal alle Übelstände einer Arbeitsordnung dar, durch die Frauen eine lange Reihe von Stunden hindurch zum ununterbrochenen Stehen gezwungen werden. Sie schilderte die mannigfachen Erkrankungen, die durch permanentes Stehen verursacht werden. Frau Frederick Nathan, die Vizepräsidentin der sozialen Käuferliga in Cambridge (Massachusetts) und Förderin der sozialen Käuferbundbewegung in Amerika, erzählte, wie die New Yorker Sektion durch ihre direkte Propaganda die grössten Geschäfte der Stadt zwang den Verkäuferinnen Sitzgelegenheit zu gewähren. Henri Lorin, der Präsident des Organisationskomitees der *Semaines sociales* in Paris, einer katholisch-sozialen Organisation, berichtete über die langwierigen Bemühungen, die im Jahre 1900 zum Erlass eines Gesetzes in Frankreich geführt haben, durch das den Verkäuferinnen der Gebrauch von Sitzen während der Verkaufspausen zugestanden wird. Über diese Forderung herrschte völlige Übereinstimmung, und einstimmig wurde folgende Resolution angenommen, die auch wieder sowohl an die Tätigkeit der Ligen wie an die des Staates appelliert:

»In anbetracht der Tatsache, dass die Ladeninhaber mit Rücksicht auf das Publikum das Stehen des Ladenpersonals auch ausserhalb der Bedienung der Kundschaft verlangen, fordert die Konferenz alle Käufer auf Sitzgelegenheit für das Ladenpersonal zu verlangen. In allen Ländern, wo dahingehende Gesetze nicht existieren, sollen die Käuferligen eine eifrige Propaganda zum Zwecke des Erlasses gesetzgeberischer Massregeln machen. Wo Gesetze bestehen, sollen sie über deren strikte Anwendung wachen.«

Den eigentlichen Mittelpunkt der Tätigkeit der sozialen Käuferligen bilden die sogenannten *weissen Listen* und das *Label*. Im Gegensatz zu den *schwarzen Listen* der amerikanischen Arbeitgeber sind die Verzeichnisse der sozialen Käuferligen, die die Namen jener Geschäfte enthalten, die als anständige, die von den Ligen gestellten Minimalforderungen erfüllende ihren Mitgliedern und dem Publikum empfohlen werden können, zuerst in Amerika *weisse Listen* genannt worden. Der New Yorker Liga gelang es beispielsweise durch ihre *weisse Liste* eine umfangreiche Einführung der Sitzgelegenheit für Angestellte in Ladengeschäften zu bewirken. Auch die schweizerische Liga hat eine *weisse Liste* von 9 Schokoladenfabriken — 26 existieren in der Schweiz —, die die von ihr formulierten Arbeitsbedingungen akzeptiert haben. Die Industriellen und Geschäftsleute schätzen diese unentgeltliche Reklame keineswegs gering und zeigen sich oft geneigt ihretwillen Opfer zu bringen. Ebenso verhält es sich mit dem *Label*, das den Artikel, auf dem es angebracht ist, dem sozialdenkenden Bruchteil des Publikums empfiehlt. Bei Besprechung des *Labels* berührte man auch die Fragen, ob ausser den *Labels* der Arbeiterorganisationen auch ein *Label* der sozialen Käuferligen angebracht werden, und ob in diesem Fall das *Label* der Ligen einfach überall, gleichsam automatisch, daneben angebracht werden solle. An diese Frage schloss sich die allgemeinere über die Beziehungen der sozialen Käuferligen zu den Arbeitergewerkschaften. Was jenen ersten Punkt betrifft, so war man sofort darüber einig, dass die Ligen über ein eigenes *Label* verfügen müssten, schon deshalb, weil die Arbeiterorganisationen diese Aktionsform nicht in allen Industriezweigen einführen könnten oder wollten. Der zweite Punkt war jedoch Gegenstand einer langen, zeitweise sehr lebhaften Diskussion. Einige, wie Anatole Leroy-Beaulieu, der Bruder des berühmten orthodox-liberalen Nationalökonomens, wünschten aus ihrem Klassengeist heraus nicht, dass die Ligen »ins Schlepptau der Arbeiterorganisationen gerieten«. Andere, wie Jean Bruhnes, einer der Hauptleiter der sozialen Käuferbundbewegung in Frankreich und Hauptreferent der Konferenz, verlangten, dass die sozialen Käuferligen den Arbeitergewerkschaften gegenüber ihre Aktionsfreiheit und Unabhängigkeit des Urteils vollkommen wahren sollten, um ihr eignes Ansehen und ihren Einfluss behalten und nötigenfalls im Dienste der von ihnen verfochtenen Sache eine grössere Macht aufbieten zu können. Wieder andere, darunter Arthur Fontaine vom französischen Arbeitsministerium, wiesen darauf hin, dass die Liga in gewissen Fällen, wo zwei Gewerkschaften verschiedener Richtungen sich gegenüberständen, die Pflicht haben könnte zwischen zwei *Arbeiterlabels* zu entscheiden, und dass der Liga in anderen Fällen die Bedingungen der einzigen Gewerkschaft des Berufs für ein *Label* nicht genügen könnten. Den Vertretern der Arbeiterorganisationen gelang es zu ihrer grossen Befriedigung durchzusetzen, dass bei bestehenden Tarifverträgen die darin enthaltenen Bedingungen das notwendige Minimum für die Zuerkennung des *Labels* bilden sollten.

Was die zu veranstaltenden Enqueten, die sowohl für das *Label* wie für die

weissen Listen nötig sind, betrifft, so bewies Margarethe Faas, die hervorragende schweizerische sozialistische und gewerkschaftliche Propagandistin, dass man nur von den Gewerkschaften genaue und vollständige Auskunft über die Lage der Arbeiter erhalten würde. Sofort verlangte natürlich einer der Freunde Anatole Leroy-Beaulieu, dass man auch bei den Arbeitgeberverbänden Erkundigungen einziehe, wogegen nichts einzuwenden war, und einstimmig nahm die Versammlung, deren grösster Teil den lebhaften Wunsch geäussert hatte zu einem einheitlichen Beschluss zu gelangen, folgende Resolution an:

»Die Konferenz spricht den Wunsch aus, dass die Käufer durch Vermittlung der Liga so bald wie möglich in den Stand gesetzt werden Waren von guter sozialer Qualität mit Hilfe des *Label* zu erkennen. Dazu gehört, dass die Öffentlichkeit über die in den internationalen, nationalen und lokalen Verbänden vollständig oder teilweise erzielten Arbeitsbedingungen genau unterrichtet werde. Einstweilen muss es bis zur allgemeinen Verbreitung des *Labels* genügen mit *weissen Listen* zu arbeiten, die auf gewissenhaften Enqueten nach wissenschaftlicher Methode beruhen und bei allen Beteiligten, besonders bei den Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden, veranstaltet worden sind. Da die Arbeiterorganisationen gewisser Berufe mit vielen Arbeitgebern Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen geschlossen haben, so spricht die Konferenz den Wunsch aus, dass für diese Berufe das *Label* der sozialen Käuferliga den Firmen nicht zuerkannt werde, die das Minimum der festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht einhalten.«

Aus den oben dargelegten Ansichten und Wünschen geht hervor, dass die sozialen Käuferligen an Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht gleichgültig vorübergehen können. In der Tat haben sie sich wiederholt mit Erfolg eingemischt, wofür ich nur zwei Beispiele geben will: Im Jahre 1907 wandte sich eine Gewerkschaft der Schokoladenarbeiter an die schweizerische Liga. Die Firma Russ-Suchard in Neufchâtel-Serrières, die auf der *weissen Liste* der Liga stand, verweigerte die Wiedereinstellung von 9 Arbeitern, die an der Gründung dieser Gewerkschaft beteiligt waren. Nun machten die Delegierten der sozialen Käuferliga sie darauf aufmerksam, dass ihre Missachtung des Koalitionsrechts ihrer Arbeiter die Streichung von der *weissen Liste* zur Folge haben würde: Drei Wochen später waren die entlassenen Arbeiter wieder angestellt. In der französischen Stadt Dijon wurde die gesetzlich allgemein eingeführte Sonntagsruhe der Bäcker durch verschiedene vom Gesetz geduldete Umgehungen teilweise aufgehoben. Die Arbeitsbörse konnte dies trotz aller Anstrengungen nicht ändern, da kam die soziale Käuferliga der Stadt ihr zu Hilfe und erregte die öffentliche Meinung so stark, dass die widerspenstigen, ungesetzlich vorgehenden Arbeitgeber gezwungen waren zu kapitulieren. Durch diese Präzedenzfälle ermutigt, sprach die Konferenz vertrauensvoll den Wunsch aus:

»Die Käufer möchten den zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ausbrechenden Konflikten ihr Interesse nicht versagen und sich in jedem Einzelfall bemühen mit den jeweils angebrachten Mitteln der Sache der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.«

Sehr kurz wurde die Frage betreffend die Angestellten der Genossenschaften und die für Lieferanten des Staates oder öffentliche Körperschaften beschäftigten Arbeiter behandelt. Es wurde deshalb auch keine Resolution angenommen: allein berufene Redner verlangten unter dem Beifall der Versammlung, dass die Konsumgenossenschaften ihrem Personal wenigstens die Arbeitsbedingungen zubilligen, die die Gewerkschaften von den Arbeitgebern fordern, und dass andererseits die öffentlichen Körperschaften sich bei ihren Einkäufen vergewissern, ob ihre Lieferanten den Angestellten menschenwürdige Arbeits-

bedingungen gewähren. Der Staat müsse der gewissenhafte Käufer *par excellence* sein.

Am meisten beschäftigte und erregte die Frage der Heimarbeit die Kongressteilnehmer, deren Interesse durch eine recht anschauliche Ausstellung von Produkten der Heimarbeit lebendig erhalten wurde. Die grosse Mehrheit der Versammlung war jedoch offenbar nicht für unbedingte Abschaffung der Heimarbeit, und der Hauptkampf entspann sich einer andern Frage wegen, der Frage des vom Gesetz festgelegten Minimallohns. Die Sozialisten und Arbeiterorganisationen forderten ihn, einstimmig, und zwar mit allen Garantien dagegen, dass der Minimallohn nicht zum Maximallohn werde. Viele andere Kongressteilnehmer sprachen sich in dem selben Sinn aus. Infolge der Opposition des Vorstands, der lebhaft darauf bestand, dass Gesetzesfragen nicht in den Rahmen der sozialen Käuferligen gehören, und dass eine allgemeinere Fassung angenommen werden solle, wurde jedoch im Moment der Abstimmung die ausdrückliche Forderung eines Minimallohns ausgeschieden. Vergebens führte Professor Raoul Jay, Dozent für Arbeitergesetzgebung an der juristischen Fakultät der Pariser Universität, die Autorität der berufensten Kongresse an, die sich für gesetzliche Festlegung des Minimallohns ausgesprochen hatten: Die Ansicht des Vorstandes trug den Sieg davon. Dabei ist aber zu bemerken, dass der Vorstand selbst seine grosse Sympathie für das Prinzip des Minimallohns erklärt hatte, und dass am Tage nach der Abstimmung eines der geachtetsten Mitglieder des Vorstandes, Frau Bruhnes, die infolge eines Unfalls am Tage der Abstimmung dem Kongress fernbleiben musste, eine ganz entschiedene Erklärung zu gunsten des Minimallohns abgab, dabei aber hinzufügte, dass sie für die vom Vorstand eingebrachte Resolution gestimmt hätte. Auch dieser Punkt musste der Konferenz der sozialen Käuferligen Anlass geben sowohl an die Arbeitergewerkschaften als auch an die Regierung zu appellieren. Die angenommene Resolution lautet:

„In Erwägung, dass die Heimarbeit sehr oft für die beteiligten Arbeiter ein Sinken der Löhne, schlechte hygienische Lebensbedingungen, die die Arbeiter und auch die Kundschaft gefährden, und eine unvermeidliche Vermehrung der Arbeitszeit zur Folge hat, spricht die Konferenz der sozialen Käuferligen den Wunsch aus, dass die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter sich immer mehr entwickle, dass Enqueten veranstaltet und durch Ausstellungen von Produkten der Heimarbeit ergänzt werden, und dass eine noch näher zu bestimmende Gesetzgebung oder Reglementierung, auf deren Notwendigkeit die Konferenz die Aufmerksamkeit der Regierung lenkt, einschreite.“

So sehen wir fortwährend, wie die Konferenz der sozialen Käuferligen die Grenzen ihrer Aktionsmittel anerkennt. Das zu konstatieren ist interessant, weil es beweist, dass die Käuferligen, wenigstens in der Auffassung der grossen Mehrheit ihrer Mitglieder und aller derer, die sich einigen Ansehens in ihrer Mitte erfreuen, durchaus nicht den Anspruch machen sich an die Stelle der andern Faktoren zu setzen, deren Ziel die Verbesserung der Arbeiterlage ist. Zweifellos hat man von ihnen Mithilfe zu erwarten, denn sie streben danach jene soziale Macht, die man öffentliche Meinung nennt, und die oft die entscheidende in den Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist, aufzuklären und zu erziehen. Sie bringen also, vielmehr sie werden erst, wenn ihre Kräfte wachsen, der Arbeiterklasse eine Verstärkung bringen. Und in dieser Verstärkung sehen wir einen speziellen Fall der grossen Tatsache unserer Zeit: die notwendige Verbindung der Lohnarbeiterklasse und der

grossen Masse der Konsumenten gegen die kapitalistische Ausbeutung. Wenn die sozialen Käuferligen, die auch für die Interessen der Arbeiter als Konsumenten eintreten müssen, erst alle Konsequenzen dieser Tatsache verstehen werden, werden sie weiter gehen als viele ihrer ursprünglichen Freunde es gern möchten.

XX

SIGBJÖRN OBSTFELDER · DER LETZTE KÖNIG · EIN ERSTER AKT



PERSONEN: Der König × Die Königin × Der alte Kammerherr × Der junge Kammerherr × Der Staatsminister × General Krasewski × Gräfin van Reyter × Hjalmar × Herz × Frau Hilde.

Ein mit Stühlen, weichen Polstermöbeln, kleinen Tischehen, Gueridons und Blumenvasen reich ausgestattetes Kabinett. Grosse, breite noch geschlossene Türen im Hintergrund. Dahinter die Festhalle, aus der Musik und eilende Schritte zu hören sind.

DER GENERAL: Sie haben mit ihm gesprochen?

WEISSHAARIGER KAMMERHERR: Ja . . . Ich habe mit ihm gesprochen.

DER GENERAL: Sie sagen das so seltsam. Waren Sie nicht zufrieden?

DER KAMMERHERR: Ich weiss nicht . . . Er gebrauchte so viele merkwürdige Redewendungen.

DER STAATSMINISTER: Er hätte nicht so lange fern von seinem Lande bleiben sollen.

DER KAMMERHERR: Ach was! Er spricht von nichts andern als von seinem Lande. Oder dem Rest seines Landes.

DER GENERAL: Ist denn das so schlimm?

DER KAMMERHERR: Aber er muss doch ein wenig abgesondert stehen. Sich nicht so viel in den Tageskampf mischen. Das ist nun einmal so alter Brauch.

DER STAATSMINISTER: Und es gehört mit zu dem Königsbegriff.

DER KAMMERHERR: Sein Volk zu lieben ist ja natürlich eines Königs Pflicht . . . Aber unter den gegenwärtigen konstitutionellen Formen ist es auch seine Pflicht einen festen Standpunkt anzunehmen, einen, wenn ich so sagen darf . . .

DER STAATSMINISTER: Schwerpunkt . . . Ganz richtig, Herr Kammerherr . . . einen festen Schwerpunkt . . . Nicht der mächtigen Staatsmaschine in den Weg kommen. Aber sie wie ein kluger Ingenieur im Auge behalten.

DER KAMMERHERR: Ich kann nicht leugnen, dass ich ein wenig bange bin. Seit er heimgekehrt ist, hat er fortwährend hin und her über Ideen und Ideen und beständig neue Ideen zu reden.

DER GENERAL: Ist es auch eines Königs Pflicht keine Ideen zu haben?

DER STAATSMINISTER: Ja, gewiss, Herr General.

DER KAMMERHERR: Wie gesagt, ich bin bange. Ich fürchte, wir sehen schwierigen Konflikten entgegen, man weiss nie, worauf ein so junger Brausekopf verfallen kann.

DER STAATSMINISTER: Wir müssen ihn im Zaume halten.

DER KAMMERHERR [mit vornehmer Kammerherrnironie]: Glauben Sie, Könige sind so leicht im Zaume zu halten wie Reichstagsabgeordnete, Herr Minister?

Im Hintergrund wird inzwischen eine Türspalte geöffnet und der junge Kammerherr tritt ein. In dem Augenblick, da die Tür geöffnet wird, dringt das Brausen von Musik und Tanz herein.

DER STAATSMINISTER: Nun, ist man drinnen ungeduldig?

DER JUNGE KAMMERHERR: Es ist kein rechter Zug im Tanz. Überall höre ich die Leute wispern und flüstern: Kommt der König nicht? Gräfin van Reyter zittert vor lauter Spannung. Ihr stehen beständig Tränen in den Augen. Sie ist Tag und Nacht gereist, um ihn heute Abend zu sehen.

DER KAMMERHERR: Meine arme, alte Freundin! Wenn es nur keine grosse Enttäuschung wird.

DER JUNGE KAMMERHERR: Enttäuschung! Er ist ja prachtvoll! Dieses Antlitz! Diese Intelligenz in jedem Ausdruck! Gerade so muss ein König in unsern Tagen aussehen. Er muss wundervoll mit den königlichen Dekorationen aussehen. Grossartig!

Zur Rechten öffnet sich eine Tür. Der König kommt. Er ist mittelgross. Sein Gesicht bleich und nervös, aber dennoch ruhig. Oft ist etwas ganz Priesterliches darüber. Er ist im schwarzen Gesellschaftsanzug, ohne jede Dekoration oder Orden. Eine peinliche Pause tritt ein. Der junge Kammerherr wird fast komisch verlegen.

DER KÖNIG: Guten Abend, meine Herren. Wie verläuft das Fest?

DER ALTE KAMMERHERR: Das Fest ist nichts ohne Eure Majestät. Das Volk wartet.

DER KÖNIG [wie in Nachsinnen]: Das Volk? Wen nennen Sie *Volk*?

DER STAATSMINISTER: Wie meinen Majestät?

DER KÖNIG: Sind die Hunderte da drinnen das Volk, oder jene dort unten im Dunkeln, die Tausende, die Hunderttausende, die dieses Schloss nicht fassen könnte? Glauben Sie, dass die auf mich warten? Sind es nicht Hunderte von Jahren, dass sie etwas von einem König erwarten?

DER STAATSMINISTER [will einen längeren Vortrag beginnen]: Eure Majestät . . . hm . . . das Volk . . .

DER KÖNIG [wendet sich plötzlich zu dem jungen Kammerherrn, klopft ihm auf die Schulter]: Du siehst so verzagt aus . . .

DER JUNGE KAMMERHERR: Majestät . . . Majestät . . .

DER KÖNIG [fasst sich mit beiden Händen heftig an die Schläfen]: Ich halte das nicht aus! [Alle sehen ihn erschrocken an.] Verzeihen Sie mir! Ich bin nervös. Ich war so gespannt auf diesen Augenblick. Da ich mein Volk sehen sollte. Euch alle sehen sollte! Ich war ja so zu sagen ein Kind, als ich dies Land verliess. Und erst später lernte ich denken . . . Ich hatte an so vieles zu denken in diesen Tagen . . . Aber dieses *Majestät, Majestät, Eure Majestät*, das ertrage ich nicht. Ihr müsst mir versprechen damit aufzuhören. [Zu dem alten Kammerherrn:] Bin ich es nicht, der zu dir, meines Vaters altem Diener und Freund mit deiner Krone von weissem Haar sagen müsste *Majestät*? [Zu dem jungen Kammerherrn:] Und waren wir beide nicht Spielkameraden wie andere auch? Wo ist meine Majestät? Was habe ich getan, um *Majestät* genannt zu werden?

DER GENERAL [warm]: Sie sind geborene Majestät.

DER KÖNIG [aufmerksam]: Sie meinen, dass mein Vater eine Krone auf dem Haupte trug und auf dem Throne sass?

DER GENERAL: Ich meine mehr, junger König. [Er nähert sich dem König. Gerührt:] Sie haben hier, Majestät. [Zeigt auf des Königs Brust.

Dann streckt er die Hand aus, hält jedoch bei den Worten des Königs inne.]
 DER KÖNIG [nachdenklich]: Ich habe gehört und gelesen, dass die Blume Schmeichelei unter dem Unkraut ist, das üppig bei Hofe gedeiht. [Er sieht den schmerzlichen Zug, der über das Gesicht des Generals geht.] Ach, verzeihen Sie mir! Ich glaube Ihnen. [Er streckt eifrig seine Hand aus und behält die des Generals während der folgenden Replik.]

DER ALTE KAMMERHERR: Sie haben gewiss Ihre ganzen . . . ja, vergeben Sie dem alten Freunde Ihres Vaters . . . Sie haben gewiss zu viel gelesen, Eure, hm . . . Herr . . . mein König.

DER KÖNIG [schnell]: Kann ein König in unserer Zeit zu viel lesen?

DER GENERAL: Ich bin General Krasewski. Ich habe mich danach geseht Sie zu sehen.

DER KÖNIG: Sind Sie es? Sie sind General Krasewski? Der alte Idealist. Wie lieb ist es mir, dass Sie unter den ersten sind, die mich willkommen heissen.

DER GENERAL: Ich bin kein Idealist, Herr König. Und ich will Ihnen gleich offen sagen, dass viele Ihrer Worte mir fremd und unverständlich sind. O, junger König, ich fürchte, ich fürchte, Sie werden grosse Enttäuschungen erleiden!

DER KÖNIG [unruhig]: Das sagen Sie mir jetzt? Heute abend?

DER GENERAL: Warum nicht heute abend?

DER KÖNIG [mit leiser Stimme]: Heute abend, am Festtag.

DER GENERAL: Für einen König sind Feste eine Arbeit, und . . . und . . .

DER KÖNIG: . . . Arbeit, die ein Fest ist, hat er nicht. Sie sind klug, Krasewski.

DER GENERAL: Ja . . . nun habe ich gesagt, was ich zu sagen wünschte . . . Sein Sie auf der Hut, König! Es ist etwas Wahres an dem alten Wort von dem unsichtbaren Netz und Gespinst um den Thron. Sein Sie auf der Hut!

DER KÖNIG [der die ganze Zeit in steigender Unruhe gewesen, beinahe flüsternd]: Ich fürchte sie selber.

DER GENERAL: Wen?

DER KÖNIG: Die grossen Enttäuschungen. Die Netze. Die Gespinste.

DER GENERAL: Ich glaube, Majestät haben mich etwas missverstanden. Ich wollte durchaus nicht . . . Ich bin ja nur ein alter Schwätzer. [Mild:] Sie wissen doch, dass man mich allgemein so nennt. Fragen Sie nur die geehrten Herren!

DIE ÄLTEREN HERREN: Hm. Hm.

DER KÖNIG [sehr bedrückt]: Ich habe Sie nicht missverstanden . . . Danke. [Indem er ein paar Schritte macht:] Aber . . . wir wollen nicht in Träumereien versinken. Es gibt anderes zu tun. [Zu dem jungen Kammerherrn:] Nun, Baron, du stehst da und lässt den Kopf hängen! Was ist der Grund deiner üblen Laune?

DER JUNGE KAMMERHERR: Ja . . . ja, ich . . .

DER KÖNIG: Sprich!

DER JUNGE KAMMERHERR: Es ist eine Enttäuschung für mich, dass der König nicht in seinem Königsfestkleid kommt. Und ich glaube, es wird vielen eine Enttäuschung sein.

DER KÖNIG: Auch eine Enttäuschung.

DER STAATSMINISTER: Ich habe die selbe Wahrnehmung gemacht. Derartige Dinge haben eine Bedeutung, die Eurer Königlichen Hoheit wohl kaum bekannt sein dürfte. Das Volk fordert diese fürstlichen Embleme.

DER KÖNIG [feierlich und würdig]: Ich liebe diese Tracht. Dies Schwarz und Weiss ist schöner als alle Togas und Gewänder. Es ist die Tracht unserer Zeit. Unserer Zeit mit ihrer plötzlichen Menge von Licht in dunkeln Schattenlanden. Ja, sie ist schöner als alle anderen Trachten. Die alten Gewänder hoben die Glieder hervor. Diese lassen das Antlitz strahlen, die Seele. Zwischen den Blumenkelchen der Frauen sind die schwarzen Festkleider wie des Mannes tiefer, starker Ernst, in dem die Seele leuchtet. Wer sollte die edle Tracht der Zeit tragen, wenn nicht der König?

DER ALTE KAMMERHERR: Ein schöner Gedanke, König, doch das Volk versteht ihn nicht. Von altersher ist es gewohnt den König in Prunk und Reichtum zu sehen, etwas, das seinem mehr naiven Schönheitssinn besser entspricht. Auch hat man es oft als eine der vornehmsten Pflichten des Königs angesehen dem Drang des Volkes nach Schönheit und Farbenglanz entgegen zu kommen.

DER KÖNIG: Ist es denn nicht Königspflicht den Geschmack des Volkes zu heben?

DER STAATSMINISTER: Meinen Erfahrungen nach glaube ich nicht, dass es so aufgefasst werden würde. Und so unwesentlich diese Sache auch zu sein scheint, möchte ich doch raten wenigstens ein paar Orden anzulegen, wenn Eure Königliche Hoheit durchaus an dem Vorsatz festhalten von den gewöhnlichen monarchischen Formen und Attributen abzuweichen.

DER JUNGE KAMMERHERR: Ja, ganz recht. Ein paar Orden.

DER KÖNIG [schnell]: Kennen Sie das Volk, Herr Staatsminister? [Die beiden Kammerherren können schwer ein Lächeln verbergen.]

DER STAATSMINISTER: Ja . . . hm . . . wenn die letzten Jahre parlamentarischer Geschichte Hoheit nicht unbekannt wären, würden Sie wissen . . . ja, ich darf stolz sagen, dass meine Antezedenzen . . .

DER KÖNIG [unterbricht ihn]: Ja, ja . . . es ist wahr . . . ich erinnere mich.

DER ALTE KAMMERHERR: Auch ich darf mich wohl warm dem Herrn Staatsminister anschliessen. Sie wissen nicht, mein lieber junger König, wie viel von dem ersten, schnellen Eindruck abhängt, den ein König bei seinem Antritt auf die Menge ausübt. Nur unseres eignen Landes herrliches Ordens-
emblem zum Beispiel . . .

DER JUNGE KAMMERHERR: Ja, nur das eine. Das würde grossartig kleiden.

DER ALTE KAMMERHERR: Und eigentlich können Sie einen solchen Orden doch kaum für so hässlich halten.

DER KÖNIG: Im Gegenteil. Es gibt sogar einzelne Männer, bei denen ich ihn wunderschön finde. Er kann die schwarze Tracht schmücken. Kann sie schmücken wie eine strahlende Tat die graue Mühsal von tausend Tagen. Aber ich! Ich habe noch nicht einmal begonnen. Es ist ja Lüge ihn mir anzuhängen. [Heftig.] Es ist ja eine infame Lüge . . . Oder soll ich, ich der einzige sein, der ihn nicht ehrlich verdienen darf?

DER STAATSMINISTER: Ich möchte nur bemerken, dass diese Sache ihre

Folgen haben wird. Ich bitte Eure Hoheit zu bedenken, dass es die regierungsfreundliche Partei unliebsam berühren wird. Und nun gleich bei Ihrem Antritt zu . . .

DER KÖNIG: Ich wünsche den Festsaal zu betreten. Wollen die Herren öffnen?

Man öffnet die Türen, die den grössten Teil der Hintergrundwand einnehmen. Man sieht tief in den Festsaal hinein, der von einer strahlenden Menge, Damen in Toiletten und Herren in Uniformen oder Festkleidern mit Orden und Medaillen, gefüllt ist. Als der König eintritt, weicht man zur Seite, er verneigt sich nach rechts und links. Ein Murmeln geht durch die Versammlung. Dann strömen die Töne des Königsliedes vom Orchester herüber. Viele singen das Lied mit. Während des folgenden sieht man, wie der König sich einzelne vorstellen lässt, einige Worte mit ihnen spricht und weiter geht. Man sieht das Publikum in Gruppen plaudern, die beständig wechseln oder einzeln, paarweise und zu mehreren hin und her spazieren. Johannes Herz tritt allein ins Konversationszimmer. Hjalmar kommt ihm hurtig nach. Herz hat sich eben links im Vordergrund auf einen Diwan gesetzt, der gegen den Hintergrund fast ganz durch Pflanzen verdeckt ist, als Hjalmar kommt und sich neben ihn setzt.

HJALMAR: Nun?

HERZ [langsam]: So ist es also bei Hofe.

HJALMAR: Und er?

HERZ [schweigt].

HJALMAR: Nun? Was meinst du?

HERZ [zieht nach einem Augenblick des Schweigens eine Pistole aus der Brust und reicht sie Hjalmar].

HJALMAR [bestürzt]: Und d a r a n hast du gedacht?

HERZ [schweigt].

HJALMAR: Jetzt, heute abend? Beim Fest . . . Schurke!

HERZ [zuckt die Achseln].

HJALMAR: Und ich, der dir mit so unsäglich Mühe Zutritt verschaffte! Mich hast du zu seinem, seinem, meines herrlichen Freundes . . . Mörder machen wollen.

HERZ: Glaubst du, dass es Spass macht?

HJALMAR [sieht ihn an].

HERZ: Glaubst du, dass es Spass macht?

HJALMAR: Seltsames Rätsel . . . Mein armer König! Mit vertrauendem Auge geht er umher und liebt alles, alle, mit der Pistolenmündung im Rücken . . . Warum tatest du es denn nicht?

HERZ [nimmt die Pistole, geht zum Fenster links im Vordergrund, öffnet es und wirft die Pistole hinaus]: Sieh her! Nun ist dein König frei. Nun ist er sein Leben lang geschützt. [Er setzt sich.] Ein Bluthund bin ich nicht. [Mit zusammengepressten Lippen erhebt er die geballte Faust.] Nein, das bin ich nicht . . . Als er eintrat. In dem schwarzen Anzug. Mit diesem Gesicht. Ach, dies Gesicht! Dieses Gesicht, in dem es bebte . . . Das war der grösste Augenblick, den das Leben mir gab. Und als sie das Königslied sangen. Ich stand dicht daneben. Ich sah ihn. Ich sah seine Lippen. Er litt, dein König. Ich weiss es. Er litt.

HJALMAR: Sprachst du mit ihm?

HERZ: Nein. Nein. Das wollte ich nicht. Das brauchte ich nicht. Ich weiss, was er denkt. Ich fühle das alles. Fühle es mit. Fühle es wieder in mir selber.

Es geht ein Beben durch die Luft, wo er steht . . . Armer Mann, armer einsamer Mann! Wie Eisblöcke sind sie alle um ihn, alle diese Hofleute und Reichstagsmänner und Kammerherren und das ganze Lirumlarum. Sie sehen weder noch hören sie. Sie sehen nicht seine Lippen zittern. Sie stehen nur herum und murmeln und murren, dass er nicht Orden, Band und Fransen trägt. Man möchte sie beim Nacken nehmen, sowohl die Herren wie ihre Frauen und Buhlerinnen, und sie schütteln und sie fühlen lassen, ob sie keine Herzen im Leibe haben.

HJALMAR: Du hättest mit ihm reden sollen.

HERZ: Nein, nein. Das wollte ich nicht. [Leise:] Das wage ich nicht.

HJALMAR: Ich wusste nicht, dass du so bist.

HERZ [wirft langsam einen Blick auf ihn].

HJALMAR: Ja, entschuldige . . . Deine Worte oder deine klaren, kalten Rasonnements . . .

HERZ: Weisst du, was ein Mönch ist? Einer von den richtigen, altmodischen? [Indem er sich erhebt. Mit zusammengepressten Lippen:] Ich bin ein Mönch. Entschuldige meinen Redefluss heute abend! Habe Dank für diesen Abend! Ich weiss, dass ich richtig empfand. Ich bin nicht sentimental. Es ist viele Jahre her, seit ich es war. Ich gehe. Ich gehe wieder ins Dunkel zurück, wo ich hingehöre, ich und die Zukunft, die kommt, wenn wir tot sind, wir, wir . . . Mönche.

Da er geht, kommt Frau Hilde ihm aus dem Saal entgegen und dicht an ihm vorüber. Er geht langsam weiter und bleibt an der Tür zwischen Festsaal und Konversationszimmer stehen. Frau Hilde tritt zu Hjalmar. Sie ist in einer Toilette, die durch üppige Pracht die meisten der anderen Damen in mehr diskreter Kleidung überstrahlt.

FRAU HILDE [schnell]: Wer war der Mann, mit dem Sie sprachen?

HJALMAR: Er heisst Herz. Ein Mann von sehr revolutionären Anschauungen.

FRAU HILDE: Ich möchte ihm vorgestellt werden.

HJALMAR: Er wollte eben gehen.

FRAU HILDE: Ein Grund für Sie zu eilen.

HJALMAR: Welch ein Eifer!

FRAU HILDE: Mir ist sein Profil drinnen mehrmals aufgefallen. Einen solchen Mund sehe ich zum ersten Mal. Römisch: nennt man es nicht so?

HJALMAR: Er ist etwas unberechenbar. Ich werde versuchen.

Frau Hilde setzt sich, während Hjalmar fortgeht und mit Herz flüstert. Dann kommen beide zurück.

HJALMAR: Frau Hilde — Johannes Herz.

HERZ: So sehen Sie also in Wirklichkeit aus.

FRAU HILDE: Das ist seltsam gesagt.

HERZ: Ich meine . . . Ich habe Sie ja nur spielen sehen.

FRAU HILDE: Sahen Sie mich wirklich spielen?

HERZ: Viele Male.

FRAU HILDE: Ich habe Sie nie gesehen.

HERZ: Wie sollten Sie mich sehen? Es gibt ja Tausende . . .

FRAU HILDE: Ich sehe alle. Alle, die mitzählen.

HERZ: Ja, ich zähle nicht mit. Ich sitze zu hoch.

FRAU HILDE: So sehe ich in Wirklichkeit aus . . . Ist es denn nicht Wirklichkeit, wenn man spielt?

HERZ: Vielleicht.

FRAU HILDE: Vielleicht?

HERZ: Denn dies ist nicht Wirklichkeit.

FRAU HILDE: Nicht?

HERZ: Sie sind sehr schön in dem weiten, leuchtenden, weissen Kleide da . . . mit den Diamanten . . . Aber das sind nicht Sie.

FRAU HILDE: So?

HERZ: Da habe ich Sie ganz anders Seele ausstrahlen sehen.

FRAU HILDE: Wer sind Sie?

HERZ: Das wissen Sie ja. Johannes Herz.

FRAU HILDE: Das ist gewiss nicht Ihr richtiger Name.

HERZ: Ich bin nicht Schauspieler.

FRAU HILDE: Das sind wir alle, junger Mann.

HERZ: Habe ich Sie verletzt? Das war nicht meine Absicht.

FRAU HILDE: Sie verkennen mich.

HERZ: Das ist ja vollständig gleichgültig.

FRAU HILDE: Nein. Denn ich will nicht, dass Sie mich verkennen.

HERZ: Was wollen Sie? Was meinen Sie? Es ist wie ein Rausch um

Sie. Was wollen Sie? Es sind Tausende von Herren im Saal.

FRAU HILDE: Sie haben den schönsten Mund, den ich gesehen.

HERZ: Leben Sie wohl, gnädige Frau! Lebewohl, Hjalmar!

FRAU HILDE: Warum haben Sie solche Eile? [Sie streckt ihm die Hand entgegen].

HERZ: Leben Sie wohl, gnädige Frau!

FRAU HILDE [ihn immer noch festhaltend]: Bleiben Sie!

HERZ: Ich gehöre nicht hierher.

FRAU HILDE: Bleiben Sie!

HERZ: Niemand noch hat so zu mir gesprochen, gnädige Frau. Ich will es nicht. Es behagt mir nicht. Leben Sie wohl!

FRAU HILDE: Es ist der Mund. Sie haben den schönsten Mund, den ich gesehen.

HERZ [reisst sich los]: Pfui. [Er eilt hinaus.]

FRAU HILDE [die ihn mit den Augen verfolgt]: Ein merkwürdiger Mann . . . Aber kalt.

HJALMAR [mit eigentümlichem Nachdruck]: Sehr kalt.

FRAU HILDE: Ist er's nicht?

HJALMAR: Ja, gewiss . . . Da kommen die Kammerherren. Und der König?

FRAU HILDE: Der König! Wunderbar!

Die beiden Kammerherren sind hinten ins Zimmer getreten.

DER JUNGE: Aber was geben Sie mir für den Witz über den Staatsminister und das Volk? Hahaha. Glänzend! Der geht gewiss durchs ganze Land. Hahaha! Sahen Sie den Staatsminister? Er wand sich wie ein kleiner Junge, dem die Hosen stramm gezogen werden. Der geht gewiss durchs ganze Land [er reibt sich die Hände], durchs ganze Land.

DER ALTE: Er war wohl leider nicht absichtlich.

DER JUNGE: War er nicht absichtlich? Wohl war er es. [Er entdeckt Hjalmar und Frau Hilde] . . . Aber . . . hm . . . aha! [Er stemmt beide

Hände in die Seiten.] *Tête à tête*. Des Königs Freund — die Primadonna. Ich denke, wir ziehen uns zurück. Fängt sie ihn, so . . .

Sie gehen wieder. Der König tritt in den Saal. Hjalmar wendet den Kopf und sieht ihn.

HJALMAR: Da haben wir ihn.

FRAU HILDE: Wen?

HJALMAR: Den König.

FRAU HILDE: Wo?

HJALMAR [zeigt]: Da.

FRAU HILDE [begeistert]: Ja. [Lang:] Ah. Glauben Sie, er kommt hier herein?

HJALMAR: Ja.

FRAU HILDE: Zu uns?

HJALMAR: Ja.

FRAU HILDE: Soll ich gehen?

HJALMAR: Haben Sie Lust mit ihm zu sprechen?

FRAU HILDE: Ich?

HJALMAR: Ja, Sie.

FRAU HILDE: Ich, die Schauspielerin?

HJALMAR: Das sollte er gehört haben!

Der König ist nun an den Eingang zwischen Saal und Konversationszimmer gekommen.

FRAU HILDE [immer unruhiger, beginnt die Schleppe um sich zu raffen]: Ich muss gehen.

HJALMAR: Bleiben Sie!

FRAU HILDE: Und die da drinnen? Die Gräfinnen . . . Lassen Sie mich gehen! [Sie erhebt sich und steht in unruhiger Unentschlossenheit. Darauf:]

Nein. [Der König ist nur noch ein paar Schritte von ihnen entfernt.] Nein . . . ich gehe . . . [Sie eilt hinaus.]

DER KÖNIG [zu Hjalmar, der sich erhoben hat]: Ich habe dich gesucht. Man sagte, du wärest hier. Warum habe ich dich heute abend noch nicht gesehen?

HJALMAR: Ich wollte nicht stören.

DER KÖNIG: Komm, wir wollen uns setzen. Lass uns mit einander reden. [Sie setzen sich.] Hier ist es gut. Hier sehen sie uns nicht. Sprich mit mir, Hjalmar! Sprich wie sonst. Damit ich fühle, dass ich ein Mensch bin. *Eure Majestät! Eure Majestät!* Das ist wie zahllose kleine Lanzetten. Sprich! Sage *du!* Sage *Henrik!* Nicht *Franz!* Du sollst nicht mehr *Franz* sagen. Du musst mich *Henrik* nennen. So kann keiner von den anderen mich nennen . . . Hörst du, es flüstert und murmelt da drin! Über mich, Franz XIV., Seine Majestät. Es wispert und flüstert, hörst du?

HJALMAR: Du bist nervös.

DER KÖNIG: Nervös. Was will das sagen! Soll ich denn nicht fühlen? Soll ich nicht sehen? Habe ich keine Sinne? Und bin ich nicht König? Über hundert Millionen. Sind sie nicht zahllos wie der Sand am Meer, die Zungen, die meinen Namen verfluchen? Sind sie nicht mannigfach wie die Sterne am Himmel, die Herzen, die ihn vielleicht segnen könnten?

HJALMAR: Beruhige dich, Henrik!

DER KÖNIG: Ja, ja. Danke. Nenne mich *Henrik!* Denn ich bin ja auch

ein Mensch. Ich bin ja wie du. Du bist ja mein Freund, und ich bin dein Bruder . . . Ich werde ruhig sein. Es ist nur heute abend so, morgen beginnt die Arbeit. Ich freue mich. Mir ist angst vor Freude . . . Es ist noch so neu. Ich hegte ja Zweifel genug. Aber dass sie so wären, das dachte ich nicht. Sie sind so sicher. Sie sind wie Backsteine in einem Haus, Backsteine mit Zement dazwischen. Um sie umzustürzen, müsste man das ganze Haus einreißen. Du lächelst. Aber das müsste man, du. . . Ich sprach einer Baronesse gegenüber ein Wort aus, ein kleines, schlichtes Wort, ein Wort, von dem man annimmt, dass es jede Seele durchzittert haben müsste. Ich sagte nur: »Die Armut, gnädige Frau.« Du hättest sie sehen müssen. Du hättest ihren perlenbesetzten Fächer sehen sollen, als ich es sagte. Und als sie dann endlich Wort und Sprache wiederfand: weisst du, was sie da sagte? Willst du es wissen? »Sie sind zu edel, Majestät.« . . . Puh! [Steht auf.] Ich sehne mich nach dem morgigen Tage. Nach meiner stillen Arbeitsstube. Hast du sie gesehen? Dahinein kannst du wann immer kommen. Du darfst immer hinein. Wenn ich da drin umhergehe, ist es oft, als wäre ein grosses Ungeheuer in der Luft, unsichtbar, aber mächtig wie eine Welt. Und es kommt näher, setzt sich auf die Brust und wird schwerer und schwerer. Sieh! [Er weist auf den Saal.] Sieh, sieh! So hell und strahlend und schön! Und doch so dunkel. So fremd . . . Ich hatte Lust in die Stadt hinunter zu laufen, nach *Tivoli* hinunter, auf einen Tisch zu springen und zu rufen: Schaff mir ab mitsamt dem Schloss dort oben! Sprengt es in die Luft! Eilt euch! Noch heute abend muss es geschehen! Und dann nehmt mich! Lasst mich mitten unter euch sein, und lasst uns die Welt von neuem beginnen! . . . Ja, denn es war eine Enttäuschung, Hjalmar. Du weisst ja, wovon ich träumte. Davon, wie sie — wenigstens einige von ihnen, einzelne jedenfalls — mir in Begeisterung über das selbe, was in mir brannte, die Hand bieten würden. Keiner. Keiner. Sie verstehen nicht, was ich sage. Sie sehen mich an und starren, wenn ich rede, und weisen die Zähne.

HJALMAR: Du kennst ja noch nicht alle.

DER KÖNIG: Ich habe sie gesehen. Das genügt. [Steht auf und geht ans Fenster, das er öffnet.] Es geht auf die Stadt. Denk dir, das wusste ich nicht . . . Was ist das? Ein Gewimmel von Köpfen. Ein Meer von Köpfen ist da. Komm und sieh, Hjalmar! [Hjalmar tritt zu ihm.] Haben sie den ganzen Abend dort gestanden? Was wollen sie? Worauf warten sie?

HJALMAR: Auf einen Schimmer vom König.

DER KÖNIG: Auf einen Schimmer von Pracht, von Schönheit! Sie stehen da und blicken zu den erleuchteten Fenstern herauf. Alle Gesichter sind emporgerichtet. Die Augen wie an dies Licht gebannt. Ganz stumm stehen sie da und warten, warten nur.

HJALMAR: Die ganze Stadt ist ein Meer von Licht, alle Fenster sind illuminiert.

DER KÖNIG: Ich habe gefühlt, dass sie hier standen. Und hinter ihnen stehen andere, über das ganze Land hin. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Hundert Millionen. Die heute abend alle meinen Namen rufen . . . Was willst du, mein Volk? Was kann ich für dich tun? . . . Sieh, die Höhen winden sich weich um die Stadt. Dahinter liegt das Land. Meilen und meilenweit strotzende Acker . . . Wälder ringsum und Wasserfälle in den Tälern. Überall schwellen Kräfte, die Erde dampft vor Reichtum . . . Das Land

ist schön . . . Kann ich in ihren Jubel einstimmen? Es ist Schmerz, Schmerz, es ist Hunger und Not mitten in dem Lichtmeer drunten. Was kann ich tun? HJALMAR: Herrliches kannst du tun. Von nun an sollen von diesem Schloss aus Feuer entzündet werden, die über das ganze Land hin leuchten und in allen Herzen widerstrahlen werden.

DER KÖNIG: Steht mir bei, ihr Sterne droben! [Schliesst das Fenster. Geht dann einige Schritte auf den Saal zu.] Nun müssen wir wohl wieder da hineingehen. [Steht und blickt in den Saal.] Die Dame dort an der Tür, die, mit der du vorhin sprachst, wer ist sie?

HJALMAR: Frau Hilde.

DER KÖNIG: Mit ihr will ich tanzen.

HJALMAR: Das solltest du nicht.

DER KÖNIG: Warum?

HJALMAR: Es würde Anstoss erregen.

DER KÖNIG: Dass ich mit der grossen, herrlichen Künstlerin tanze?

HJALMAR: Ihr Ruf . . .

DER KÖNIG: Sie hat wohl geliebt?

HJALMAR: Warum willst du die Leute von dir stossen, Henrik, jetzt, gerade wo dein hartes Werk beginnen soll, wo du aller bedarfst?

DER KÖNIG: Ich will mit ihr tanzen. Ich sah sie durch das Zimmer gehen. Walzer will ich tanzen.

Er geht. Hjalmar folgt ihm. Man sieht die Vorstellung. Inzwischen kommen der General Krasewski und die Gräfin van Reyter und bleiben mitten im Vordergrund stehen.

DER GENERAL: Sehen Sie, hier ist es ja sehr behaglich. [Sie gehen zu einem Diwan.] Ist Ihnen nun ein wenig besser, Gräfin?

DIE GRÄFIN [aufatmend]: Hier ist es ruhiger . . . Wer war die Dame, mit der er an der Tür sprach?

DER GENERAL: Frau Hilde, die Schauspielerin.

DIE GRÄFIN: Schauspielerinnen . . . Schauspielerinnen, gelehrte Träumer . . . Warum wählt er sich nur all diese sonderbaren Menschen zum Umgang? . . . Nein, nein, ich will wieder heim auf meinen stillen Landsitz. Mir wurde heute abend so wunderbarlich zu Mute, General. Sie werden es kaum verstehen. Ich habe ja so lange fern von allem gelebt. Es sind vierzig Jahre her, seit ich zuletzt in diesen Sälen war. Es war anders, damals. Mon dieu, wie anders es war! Ich hätte wissen müssen, dass die Zeiten sich ändern. Aber es geht jetzt so rasend schnell. Uns schien ja damals alles schon so neu. Wohin soll das nur führen?

DER GENERAL: Ja, wohin soll das führen!

DIE GRÄFIN [flüsternd]: Je vous assure, monsieur le général, j'ai peur de ce monde là-dedans. [Lauter:] Was ist das für eine Rasse? Ich habe sie früher nie gesehen. Sie haben etwas in den Zügen, etwas . . . etwas . . . das ich früher nie gesehen, etwas . . . etwas Brutales enfin! . . . Und nicht nur die Männer. Es sind Damen von den ältesten Namen drin, ich habe mit ihren Grossmüttern gespielt . . . sie haben in ihren Zügen dies . . . dies . . . Ich will nach Hause, General.

DER GENERAL: Sie müssen erst mit dem König sprechen. Es ist Ihre Pflicht, Gräfin.

DIE GRÄFIN: Sagen Sie das nicht, sagen Sie das nicht! Ich wage es nicht.

Ich will nicht. Ich bin zu alt. Er ist so schön. Und er kann reden, das bin ich gewiss. Ich würde seinen Worten nicht widerstehen können, und ich bin zu alt, ich habe meine Ruhe nötig . . . Ja, er ist so schön. Er sieht aus, als gehöre er nicht auf diese Erde . . . Wissen Sie, was mir in der Brust quillt. Krasewski? Ach, ich hätte Lust ihn von da drinnen fortzunehmen, ihn in einen Wagen zu setzen, ihn zum Bahnhof hinunter zu fahren, spornstreichs auf meinen Landsitz zu reisen und ihn in mein liebes, kleines, warmes Zimmer zu bringen — ein Kirschbaum steht da und blüht jetzt vor dem Fenster draussen —, dann alle Türen zu verschliessen, gut zu verschliessen. Und wissen Sie, was ich dann tun würde?

DER GENERAL: Nun?

DIE GRÄFIN: On ne peut pas le dire. C'est trop bête.

DER GENERAL: Mir, Gräfin!

DIE GRÄFIN: Sehen Sie mich nicht an! . . . Ich würde ihn wie ein Kind auf meinen alten Schoss nehmen, ihm durchs Haar streichen und über die Stirn und zu den Gedanken dahinter sagen *Silence!* . . . Ja, lachen Sie mich aus! Ich mit meinen welken, alten Fingern! Meinem alten, müden Schoss!

DER GENERAL [küsst ihr die Hand]: Immer die selbe.

Eine Gruppe Reichstagsabgeordneter kommt und bleibt im Hintergrund des Kabinetts stehen.

ERSTER ABGEORDNETER: Es ist kein Zweifel. Kammerherr Oksenskjold hat es erzählt. Gerade ins Gesicht hat er den Staatsminister verhöhnt, weil er sich aus der Tiefe des Volkes treu und glorreich zur hervorragendsten Stellung des Landes heraufgearbeitet hat.

ZWEITER ABGEORDNETER: Also ein Schlag ins Gesicht unserer konstitutionellen Institutionen?

ERSTER ABGEORDNETER: Zweifellos. Aber ich denke, er soll es zu fühlen bekommen, dass diese Institutionen von Erz sind, das hält, wenn er vorhat irgendwelche Schritte zu unternehmen, die unsere herrliche Verfassung bedrohen könnten, den herrlichen Bau unserer pflichttreuen Arbeit. Wir schliessen eine Mauer, meine Herren.

DIE ANDEREN: Wir schliessen eine Mauer. [Sie reichen einander die Hände und gehen dann langsam wieder in den Saal zurück.]

DER GENERAL: Das war eine verdammte Lüge, das mit dem Staatsminister. Aber es ist ganz einerlei. Früher oder später fährt er sich doch einmal fest . . . Ich habe bange Ahnungen, Gräfin. Ich fürchte, dass nicht ein Mensch bleibt ihm aufzuhelfen, wenn er fällt, wenn wir beide es nicht sind: wir, die nichts vermögen.

DIE GRÄFIN [eifrig]: Soll ich hereinziehen?

DER GENERAL: Und Sie wollen Ihre Ruhe aufgeben und Ihren Kirschbaum verlassen?

DIE GRÄFIN: Ja, schmerzlich würde es sein. Aber antworten Sie mir: Soll ich hereinziehen? Glauben Sie, man könnte mich gebrauchen?

DER GENERAL [küsst ihr die Hand]: Ihre Ruhe ist kostbar. Aber eines Königs Leben ist auch kostbar.

DIE GRÄFIN [sehr erschrocken]: Sein Leben?

DER GENERAL: Ich habe bange Ahnungen, bange Ahnungen. Und wenn General Krasewski Ahnungen hat, wissen Sie . . .

Unterdessen wird drin im Saal ein Walzer gespielt. Man sieht den König mit der Schauspielerin tanzen. Einige Damen kommen geräuschvoll und flüsternd in das Kabinett.

EINE DAME [laut]: Denken Sie, mit ihr, der Schauspielerin!

DIE GRÄFIN: Was ist das?

Es kommen mehrere Herren und Damen herein.

STIMMEN: Der König und die Schauspielerin!

Der General und die Gräfin erheben sich und nähern sich den Gruppen.

EINE STIMME: Ein Skandal!

MEHRERE STIMMEN: Ein Skandal!

Als der Tanz zu Ende ist, kommen der König und Frau Hilde Arm in Arm schnell in das Kabinett. Die Umstehenden weichen zur Seite. Als der König den General Krasewski und die Gräfin van Reyter gewahrt, geht er zu ihnen hin.

DER KÖNIG: Ah, Krasewski, sind Sie von diesem demokratischen, gerad heraus gesagt: plebejischen Hof nicht verschwunden? . . . General Krasewski — Frau Hilde.

DER GENERAL [will die Gräfin vorstellen].

DER KÖNIG: Sagen Sie es nicht. Das ist Frau van Reyter, nicht wahr?

DER GENERAL: Sie haben recht.

DER KÖNIG: Frau van Reyter! Sie sind hier. Und ich habe Sie nicht begrüßt. Wo war ich? [Zu Frau Hilde]: Verzeihen Sie, gnädige Frau! Ich übergebe Sie Krasewski, dem besten Mann im Saal.

DER KÖNIG [entfernt sich mit Frau van Reyter]: Wir müssen uns setzen. Wir müssen von alten Zeiten sprechen, und dazu brauchen wir Ruhe. Soweit man hier eben Ruhe haben kann . . . Mir schien, sie schauten mich so wunderbar an, alle die Menschen da. Wohl, weil ich mit der Schauspielerin tanzte, wie? Bin ich König, oder bin ich nicht König? Darf ich tanzen, mit wem ich will, oder darf ich es nicht? . . . Hier setzen wir uns. [Sie setzen sich.] Kann ich mit Ihnen reden, Gräfin? Sind Sie für mich oder gegen mich?

DIE GRÄFIN: Sprechen Sie, König!

DER KÖNIG: Ja, ich spreche, ich spreche, weil Sie es sind. Ich spreche, weil Sie meiner Mutter Freundin sind. Ich muss sprechen. Geben Sie mir Ihre Hand! . . . Hu, es ist, als wäre die Königshalle drinnen ganz voll toter Ahnen. Sie gehen unsichtbar in langer Reihe hinter mir, wo ich geh' und stehe. Sie fassen mich im Nacken. Dreizehn Fränze und alle Henriks. Sie stechen mir ins Rückenmark. Hu! Ich denke, wir gehen wieder, Gräfin? . . . Ja, fürchten Sie nichts. Ich würde mich hüten zu ändern so zu sprechen: Sie können unbesorgt sein. Ich werde mich hüten zum Staatsminister so zu sprechen. Aber Sie waren meiner Mutter Freundin, waren Sie es nicht? Sie haben etwas von ihren Augen, mit denen sie mich anschaute, als ich sechs Jahre alt war.

DIE GRÄFIN: Warum sind Sie so bitter, König? Ist es die Schauspielerin, die . . .

DER KÖNIG: Die Schauspielerin war prachtvoll. Köstlich. Herrlich. Sahen Sie sie durchs Zimmer gehen? Köstlich. Sie ist, wie wenn man ein Sturzbad über den Rücken bekommt . . . Sie waren meiner Mutter Freundin . . .

DIE GRÄFIN: Ja, König.

DER KÖNIG: Woher wissen Sie, dass es meine Mutter war, dass sie meine

Mutter war?

DIE GRÄFIN: Sie dürfen so nicht sprechen!

DER KÖNIG: Sie haben recht. Ihrer Stimme Klang hat recht. Ich will nicht krank sein! Ich habe zu viel zu tun. Das, was die dreizehn Fränze und Henriks nicht taten. Ja, ja, halten Sie meine Hand! Und was sie Böses taten, was sie täuschten, betrogen, mordeten, Gewalt übten . . . halten Sie meine Hand! . . . lässt mich nicht schlafen. Werden Sie es keinem sagen? Keinem zuflüstern, dass ich so bin?

DIE GRÄFIN: Ich war vierzig Jahre fort von der Hauptstadt.

DER KÖNIG: Und Sie wohnten auf dem Lande?

DIE GRÄFIN: Ja.

DER KÖNIG: Und da waren Bauern? Und da waren stille Felder, wo die Lerchen über dem Korn schwirrten?

DIE GRÄFIN: Ja, König. Und da war mein stilles Zimmer. Davor steht ein Kirschbaum. Ach, Sie sollten ihn sehen!

DER KÖNIG: Ja, ja, ein Kirschbaum! Die weissen, stillen Blüten! . . . Sie werden also nicht sagen, dass ich so bin. Denn ich habe etwas vor, Gräfin! Kennen Sie die *Marseillaise*? [Summt:] Allons, enfants de la patrie . . .

DIE GRÄFIN: Ich habe ein stilles Zimmer, König. Hier in der Stadt.

DER KÖNIG: Sie haben ein stilles Zimmer. Hier in der Stadt. Ja, ja. Sie haben ein stilles Zimmer. Und Sie haben einen ruhigen Atem. Ja . . . [Summt:] Allons, enfants de la patrie . . .

DIE GRÄFIN: Wollen Sie mir die Ehre antun mich zu besuchen?

DER KÖNIG: Glauben Sie, ich sehe Sie nicht? Glauben Sie, ich fühle Sie nicht? Glauben Sie, ich leide nicht darunter, dass Sie nicht achtzehn Jahre sind? Höllenqualen, Gräfin! [Summt:] Allons, enfants de la patrie . . .

DIE GRÄFIN: Ob ich es wagen darf!

DER KÖNIG [aufmerksam]: Wagen? [Die Gräfin nähert ihre Hand seiner Stirn. Der König küsst sie heftig.] Wagen? [Die Gräfin streicht ihm über die Stirn.]

DER KÖNIG [atmet auf, als erwache er, und spricht folgendes ruhig]: Danke. Vergeben Sie mir. Ich will zu Ihnen in Ihr stilles Zimmer kommen. Wir wollen zusammen von alten Tagen reden. Und auch von den neuen. Heute abend kann ich es nicht. [Sieht sie an, als erblicke er sie erst jetzt.]

DIE GRÄFIN: Ja, sehen Sie mich an!

DER KÖNIG [nachdenklich]: Wohin gehört ein König? Da hinein gehöre ich nicht. Und wenn ich Sie sprechen höre, Gräfin van Reyter, und sehe die Linien Ihres Antlitzes, ist es, als wäre etwas tief innen in mir, auf das ich nicht zu lauschen wage, weil es tot ist, tot für immer, oder richtiger, weil es tot sein muss, tot sein soll. Wissen Sie, was das da draussen ist? [Zeigt auf das Fenster.] Wollen Sie sehen? [Er nimmt ihren Arm und geleitet sie zum Fenster, das er öffnet.] Sehen Sie? Wissen Sie, was das ist? [Zeigt auf seine Brust:] Das ist eines Königs Urteil . . . Verzeihen Sie, Gräfin! Ich komme. Ich komme in Ihr stilles Zimmer.

Er geht rasch in den Saal hinaus, während die Gräfin ihm langsam folgt. Er geht ganz bis zum äussersten, mittelsten Hintergrund, der vom Saal aus um ein paar Stufen erhöht ist und in einen Erker endet. Hier öffnet er die Glastüren und geht auf einen Balkon hinaus.

DER KÖNIG [ruft in den Saal hinein]: Orchester! Kommt hierher. Nehmt

die Instrumente mit! [Das Orchester bahnt sich einen Weg bis zum Balkon.] Kommt heraus! [Draussen auf dem Balkon:] Mein Volk! Nun habt ihr den ganzen Abend dagestanden und gewartet! Es ist Zeit, dass euer König euch guten Abend bietet!

DAS VOLK: Hurra!

DER KÖNIG: Ihr ruft Hurra für mich! Noch habe ich euch nicht Gutes getan, habe noch keine Gelegenheit gehabt euch Gutes zu tun. [Murren im Saal.]

DAS VOLK [ungestüm]: Hurra!

DER KÖNIG: Aber von nun an . . . meine ganze Kraft gebe ich euch!

DAS VOLK: Hurra!

DER KÖNIG: All meine Kraft, meinen ganzen Willen! Meine Seele und meinen Leib! Er, dort droben hinter den Sternen, soll mein Zeuge sein!

DAS VOLK: Hurra!

DER KÖNIG: Und nun lasst uns Hurra rufen, nicht für mich, den erbärmlichen, kleinen Sklaven, das elendeste Werkzeug, sondern für etwas, das grösser ist als ich, grösser als wir alle zusammen. Lasst uns Hurra rufen für das Schönste auf Erden! Wisst ihr, was das ist? [Mit höchster Kraft:] Das ist die Freiheit. Hurra für die Freiheit!

Starkes Murren im Saal. Der alte Kammerherr und der Staatsminister haben sich dem Balkon genähert.

DER STAATSMINISTER [bleibt in der Balkontür stehen und ruft hinaus]: Eure Majestät, wir wollten Sie bitten zu bedenken . . .

DER KÖNIG [leidenschaftlich]: Grösser als alle Könige, grösser als alle Staatsminister, ewig ist die Freiheit. Und nun lasst uns das Freiheitslied singen, das Lied der Freiheit und des Aufruhrs. Denn Aufruhr ist die Mutter der Freiheit, der Aufruhr gegen alles Alte, alles Fahle und Faule. Also: das Freiheitslied, meine Freunde und Freundinnen! Die *Marseillaise*, Mitbürger und Mitbürgerinnen! Spielt die *Marseillaise*, Orchester!

Unterdessen haben sich die Minister, Reichstagsabgeordneten, Kammerherren usw. in der Tür zum Orchester vorgedrängt.

MEHRERE STIMMEN [zum Orchester]: Pst, pst!

Starker Tumult vor dem Balkon. Es sieht aus, als sollte es zu Handgreiflichkeiten kommen. Der ganze Saal ist in Aufruhr.

DER GENERAL [drängt sich hastig vor. Gebieterisch und drohend]: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe. Brauchen Sie, das Volk, Seiner Majestät Untertanen, die *Marseillaise* zu fürchten, wenn der König selber sie nicht fürchtet?

Die Unruhe legt sich. Nachdem zwei Verse der *Marseillaise* gespielt und von dem Volk unten vor dem Schloss gesungen sind, geht der König vom Balkon in den Saal zurück. Er schreitet langsam und in stolzer Haltung durch die Menge, die einen offenen Gang bildet, indem sie schweigend und widerwillig zur Seite weicht. Nicht weit von der Türöffnung, zwischen Kabinett und Halle, steht Frau Hilde. Als der König an ihr vorüberkommt, wirft sie sich vor ihm auf die Knie. Er bleibt stehen und sieht mit einem langen, seltsamen Blick auf die Gesichter der Menge ringsum. Dann geht er weiter durch das Kabinett und die Tür rechts hinaus. Nachdem er gegangen ist, sieht man den alten Kammerherrn zum Orchester sprechen, das sich mit seinen Instrumenten zurückbegibt. Aber die ganze Zeit hört man vom Volk unten die *Marseillaise* singen. Nach einer Weile hört man Gemurmel *Die Königin, die Königin!* Im äussersten Hintergrund zeigt sich die Königin. Sie ist gross und schlank

wie ein Blumenstengel. Sie ist weiss gekleidet und trägt eine leichte Goldkrone auf dem Haupt. Sie geht mitten durch den Saal, den selben Weg wie der König eben. Es bildet sich ein offener Gang, da die Versammlung ehrerbietig zu beiden Seiten weicht. Sie spricht mit niemand, geht sehr langsam, ihr Blick ist geradeaus gerichtet. Erst als sie in den Vordergrund kommt, bleibt sie vor dem älteren Kammerherrn stehen.

DIE KÖNIGIN: Wer ist die stark dekolletierte junge Dame mit der roten Azalie im Haar?

DER KAMMERHERR: Die Schauspielerin Frau Hilde, Majestät.

DIE KÖNIGIN: Danke. [Sie geht den selben Weg weiter wie der König.]

Die *Marseillaise* braust stärker und stärker herein. [Vorhang.]

XX

ETIENNE BUISSON · BEMERKUNGEN ÜBER MAETERLINCK



IR scheint die Beschäftigung mit dem Mystischen in allen seinen Formen die edelste zu sein, der sich unser Geist hingeben kann; deswegen ist sie auch das Studium und die Sorge aller Menschen, die sich in der Wissenschaft, in der Kunst, der Literatur und Philosophie über die blosse Beobachtung und nüchterne Wiedergabe der geringfügigen Tatsachen emporheben, der dürftigen Wirklichkeiten oder der bescheidenen Wahrheiten, die wir gefunden haben.⊖ Dieser Satz Maeterlincks erklärt seine ganze Schaffensart: Maeterlinck ist der philosophische Poet der mystischen Welt, jener unbekanntten Kräfte, die unsere Empfindungen beherrschen, jener verborgenen Zukunft, die unser Leben erwartet, jener Schicksalsmacht, die das Leben lenkt, ohne dass wir die geheimen Triebkräfte ihres Waltens begreifen könnten.¹⁾ Die Anziehungskraft, die für jeden Menschen, auch für den entwickelten Geist, alles das besitzt, was an unbekannte Sphären unseres Lebens rührt, erklärt im allgemeinen den Erfolg seiner Tätigkeit, auch den Ruhm seiner rein philosophischen Werke.



HEATERSTÜCKE und philosophische Bücher bilden das Oeuvre Maeterlincks, dazwischen auch Abhandlungen über Bienen und Blumen.²⁾ Die Bühnenwerke sind sicherlich der originellste Teil der Maeterlinckschen Arbeit, der Abschnitt, in dem er wirklich eine neue Gattung gefunden hat. Es sind die kleinen Dramen, in denen man, wie der Autor selber sagt, die Bängnisse eines Geistes wahrnimmt, der sich der mystischen Welt ausliefert. »Das Reich der kleinen Dramen.« so fügt er hinzu, »war der Schauer des Unbekannten, der uns umgibt. Man glaubte daran, oder vielmehr irgendwelches düstere, poetische Gefühl glaubte an die unmessbaren, unsichtbaren und verhängnisvollen Mächte, deren Absichten noch keiner erriet, die aber die Seele des Dramas beargwöhnte in ihrer bösen Absicht. Jene dramatische Seele horcht auf alle unsere Handlungen; sie ist eine Feindin des Lächelns, des Friedens und der Liebe.« Das genügte, um all diesen Dramen einen gemeinschaftlichen Atem mystischer Furchtbarkeit zu leihen,

¹⁾ Die Kunst Maeterlincks hat hier bereits vor 10 Jahren Ria Claassen in ihrem Essay *Religiöse Kunst* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1898, pag. 31 ff., zu analysieren versucht. Damals war Maeterlinck dem allgemeinen Publikum, dem er erst durch *Monna Vanna* geläufig wurde, noch nicht bekannt.

²⁾ Von deutschen Maeterlinck-Übersetzungen ist die bei Diederichs erschienene autorisierte Ausgabe seiner Werke zu erwähnen und auch wegen ihrer schönen Ausstattung zu empfehlen.

den die Verteilung der Szenen, der allgemeine Verlauf der Handlung, selbst der Stil durch seine materielle Artung noch betonten. Es sind kurze Szenen; sie sind oft jedes festen Gehalts bar, aber doch fähig einer Seelenzustand mit der Wucht einer wirklichen Tatsache auszudrücken. Über allen Personen, über ihren Gefühlen, über ihren Charakteren lagert eine Wolke der Unbestimmtheit. Die Sprache der Menschen ist manchmal düster; sie reden in tönenden, aber verworrenen Sentenzen.

Alle diese Kunstwerke, die ein wenig überspitzt, manchmal kindlich erscheinen können, erwecken oft den Eindruck jenes mystischen Zufalls, der immer die unvorhergesehenen Erscheinungen unsichtbarer Schicksalskräfte begleitet. Nimmt man zu dieser dramatischen Herrichtung noch die Beigabe einer melodisch-rhythmischen Sprache, dann erklärt sich der Erfolg, den *Pelléas und Mélisande* in der Oper mit der Musik Claude Debussys errang. Dieser originale Komponist hat eine Partitur geschrieben, die bewundernswert dem dramatischen Gefühl des Autors angepasst ist. Man kann wohl behaupten, ohne irgendwie die Originalität Maeterlincks herabzusetzen, dass diese musikalische Mitarbeiterschaft in starkem Masse dazu beigetragen hat, dass man den poetischen Reiz jener rührenden Liebeslegende empfand. All diese Dramen sind mehr zum Lesen als zur Darstellung auf der Bühne geschrieben worden; sie vertragen im Grunde gar nicht die trotz aller neuzeitlichen Regiekünste realistische Wirklichkeit des Theaters. Die kleinen Dramen sind im Gefühl und in der literarischen Ausführung zu absonderlich, und deswegen haben sie das grosse Publikum nicht gewinnen können. Dagegen schätzen die Literaten und Künstler diese Werklein Maeterlincks sehr, und einer von ihnen hat den Satz geprägt: »Es ist ihm ein wahres Werk gelungen; er hat einen dumpfen unerhörten Schrei gefunden, einen Seufzerton, der sich zu mystischem Schauer aufhebt.« Aber die Mängel, die in die Augen springen, sind nur von geringer Wichtigkeit; denn der Poet versucht vor allem einen Eindruck von dieser unsichtbaren und unfassbaren Tragik zu geben, die in das tatsächliche Leben jedes Menschen eindringt. Die dramatischen Autoren haben bisher, mit seltenen Ausnahmen, zu viel Wichtigkeit den Worten und den Sätzen beigelegt, die auf der Bühne gewechselt werden. Aber ein Dialog kann vollkommen geschrieben sein und doch keinen wirklichen Eindruck der theatralischen Situation geben: denn das Wort ist ja immer nur ein unvollkommener, ein unzureichender, ein zu robuster Ausdruck des Gedankens und der Empfindungen, von denen wir beherrscht werden. »Was ist das Wichtigste? Das, was man dir sagt, das, was man dir antwortet? wird das Ereignis nicht entschieden durch andere Worte als die allein vom Ohr aufgenommenen und im Gespräch hin und her gespielten?« Es ist nötig das Echo dieses mystischen Dialogs hören zu lassen. Man hat auf dem Theater das Spiel der heftigen Leidenschaften missbraucht, die pathetischen Szenen und übertriebenen Situationen. Man hat den Menschen in einem Augenblick zeigen wollen, da seine physische Natur von grosser Wucht ist, da aber sein moralisches Leben, sein tiefes Leben herabgemindert wird, gleichsam als erlösche es in dem Aufruhr der Materie.

Das Theaterpublikum wandte Maeterlinck seine Gunst erst zu, als dieser sich dem alten Theater zuwandte. Sein Bühnenspiel *Monna Vanna* ist von einer Literaturgattung ganz anderen Charakters als seine früheren. Alles, was den Reiz der kleinen Dramen ausmachte, erscheint hier nicht wieder. Es ist ein

Theaterstück nach der gewöhnlichen Formel. Das Szenarium ist verworren, besonders der dritte Akt von entsetzlicher Gewöhnlichkeit, die zierlichen Dialoge der kleinen Dramen sind hier durch lange und schwerfällige Auseinandersetzungen ersetzt.

In dem andern seiner letzterschienenen Schauspiele, in der *Joyzelle*, finden wir ganz den Mystiker der kleinen Dramen wieder, aber ohne den Glanz, der sie umgab. Man hört nicht mehr das Schicksalslied, nicht mehr in der Schönheit wie in *Pelléas und Mélisande*. Dies Stück ist die szenische Darstellung der folgenden Idee, die schon im *Begrabenen Tempel* vom Autor dargelegt ist. »Es ist fast unglaublich, dass wir nichts von der Zukunft wissen sollen. Ich denke mir, dass wir der Zukunft gegenüberstehen wie einer vergessenen Vergangenheit: Wir können es versuchen an die Vergangenheit zurückzudenken. Einige Tatsachen legen die Ansicht nahe, dass das nicht unmöglich ist. Es würde sich darum handeln den Weg wieder zu entdecken und aufzufinden, den dieses Rückerinnern genommen hat, das uns vorausgeht.« Und an anderer Stelle: »Der Mensch fühlt und erkennt die Zukunft in sich als einen Teil seines Inneren; aber diese beengende und beunruhigende Erkenntnis vermag nicht durch die zu engen Kanäle des Erkenntnisinns das Bewusstsein zu erreichen; das ist jedoch der einzige Ort, an dem eine Erkenntnis sinnfällige Bedeutung gewinnt.« Für die kurze Fabel der *Joyzelle* sind fünf Akte viel zu lang. Es ist selbstverständlich, dass sich Längen und Wiederholungen in dem Stück finden. Maeterlinck hat hier nicht die Regel befolgt, die er selbst im *Doppelten Garten* über das moderne Drama aufstellt. »Wenn der Vorhang aufgeht, verwandelt sich plötzlich das hohe Begehren des Geistes, das wir mitgebracht haben; und der Denker, der Moralist, der Mystiker, der Psychologe, der in uns lebt, räumt die Herrschaft dem intuitiven Zuschauer ein, der auf der Bühne ein lebendiges Ereignis sehen will.«



ÄNDLICHE Dinge bilden die Gegenstände, die Maeterlinck in einigen Schriften behandelt; er tut es freilich auf seine Weise. »Ich habe nicht die Absicht eine Abhandlung über Landwirtschaft, über Bienenzucht zu schreiben«, lesen wir auf der ersten Seite des *Lebens der Bienen*. »Alle zivilisierten Völker besitzen darüber ausgezeichnete Bücher, die zu wiederholen überflüssig wäre. Ich werde mich darauf beschränken die Dinge ebenso gewissenhaft, aber etwas lebhafter darzustellen, sie mit einigen reicheren und freigeistigeren Überlegungen zu durchsetzen, sie etwas harmonischer zu gruppieren als es in einem praktischen Handbuch möglich ist. Wer dieses Buch gelesen hat, der wird nicht im stande sein, eine Imkerwirtschaft zu führen, aber er wird fast alles erfahren, was man Merkwürdiges, Tiefes und Absonderes über die Bewohner der Bienenkörbe weiss.« Das Buch ist wirklich vom Publikum mit einer Gunst aufgenommen worden, die schon eine Anzahl Jahre andauert: 36 Auflagen hat es schon erlebt. Es ist ohne Zweifel keine Originalarbeit, nur eine literarische und ausgezeichnete Popularisierung. Und ich denke: Der Gegenstand selber ist es, der das Publikum interessiert, nicht die Betrachtungen, zu denen Maeterlinck durch das geheimnisvolle Leben der Honigträger angeregt wird; er kommentiert mit zu viel leichter Gefälligkeit die Tatsachen aus dem Leben der Bienen und teilt dem Leser die Regungen zu emphatisch mit, die einer vor diesen Mysterien empfinden muss. Die *Klugheit der Blumen* ist eine Arbeit gleichen Wesens.



PHILOSOPHISCHER und moralischer Art sind die Bücher, die neben seinen kleinen Dramen Maeterlinck in die erste Reihe der französisch schreibenden Autoren gebracht haben. In seinem ersten philosophischen Werke, dem *Trésor des humbles*, zeigt uns Maeterlinck, mit welchem glühenden Eifer er es verstanden hat unter den mystischen Ethikern jene Meister auszuwählen, die den Ausgangspunkt seiner Lebensbetrachtungen geliefert haben, deren Schüler man ihn also nennen darf. Es ist vor allem Ruysbroeck, der am Anfang des 14. Jahrhunderts lebte, in seiner Einsiedelei bei Groenendael inmitten des Waldes von Soignes, einsam und arm. »Er wurde nicht durch den Hunger aufgebracht; trotz Einsamkeit und Fieber besass er eines der weisesten, der gewissenhaftesten, der feinsten philosophischen Temperamente, die jemals lebendig waren.« Unser Autor hat die Übersetzung des flämischen Textes der *Zier der geistlichen Hochzeit* unternommen, »eines reinsten Diamanten im reichen Schatz der Menschheit«. Auch von den *Lehrlingen zu Sais* des Novalis hat er die erste französische Ausgabe besorgt. »Hier befinden wir uns auf den Spitzen und oft gefährlichen Graten des Hirns. Aber es gibt Strecken, die voll sind von köstlichen Schatten; zerstreut sind sie über begrünte Hügelwellen, darüber aber herrscht ein ewiges Blau.« Ferner ist es der Amerikaner Emerson, »der Fröhprediger der fahlen und grünen Wiesen eines neuen natürlichen und angenehmen Optimismus«, dann Plotin, »der von allen Intelligenzen, die ich kenne, sich am meisten der Göttlichkeit näherte«. Alle, die »unsere Beziehungen mit einer abstrakten feinen und fernen Unendlichkeit geprüft haben«, sind die geistigen Brüder Maeterlincks, die er nach der Devise des Novalis auswählte, dass nur eines not sei: die Suche nach unserm transzendentalen Ich. Dieses Suchen ist die hauptsächlichste Mühe unseres Schriftstellers. Mit unermüdlicher Leidenschaft, mit entwickelter Empfindung und unendlicher Zartheit des Gewissens gräbt und grubelt der Verfasser des *Trésor des humbles*, der *Sagesse et la destinée* und des *Temple enseveli* in dieser Tiefe, aus der die unbekannte und mystische Wahrheit hervorgehen muss, die Wahrheit, die sich in den Untergründen des Bewusstseins verbirgt. Bald schürft er die unsichtbare Goldader der Güte zu finden, »deren Bewegung rings herum die unsterblichen Dinge erzeugt«, bald die der Schönheit, »die unsere Seele allerorten sucht«. Dann pilgert er hin, um die Gerechtigkeit zu suchen, nicht die von Menschen in ihren Gerichtshöfen eingesetzte und von der öffentlichen Meinung sanktionierte sondern jene andere, »die schwerer wiegt und weniger dem Irrtum unterworfen ist, nicht so sichtbar, aber innerlicher, weltumfassender und gebietender«. Dann denkt er über die wohltuende Kraft nach, die so gnädig unser gegenwärtiges und zukünftiges Leben beherrscht, über die Kraft unserer Vergangenheit: sie ist »die tote Stadt, die oft der lebendige Vorhof des Daseins ist«. Er spricht von der Zukunft, von dem Schicksal, er kämpft gegen das Übergewicht des Stofflichen, das »fast alle, denen wir im Lauf des Lebens begegnen«, in sich wach erhalten. Er mahnt den Menschen im Adel zu leben und will mit ihm die Quellen des tiefen Lebens entdecken. »Selbst der dürftigste Mensch ist lieber gerecht als ungerecht«, sagt Renan; »wir beten alle an, wir beten mehrmals am Tage, ohne es zu wissen«. Und Maeterlinck fügt hinzu: »Es gibt rings um uns Tausende und Tausende armer Wesen, die während ihres ganzen Lebens nichts Schönes gesehen haben; sie kommen und sie gehen in der Dunkelheit, man glaubt, dass alles in ihnen erstorben sei, und niemand kümmert sich

darum. Und dann lehrt uns eines Tages ein schlichtes Wort, ein unerwartetes Verstummen, eine kleine Träne, die von den eigentlichen Quellen der Schönheit kommt, dass sie ein Mittel gefunden haben sich emporzuschwingen. Sie haben es im Schatten ihrer Seele gefunden, ein Ideal, das tausendmal schöner ist als die schönsten Dinge, die ihre Ohren wahrnahmen und ihre Augen betrachteten.« Welch ein Enthusiast des Lebens, für den alles, was atmet, geheiligt ist und in sich eine geheimnisvolle Würde trägt! All seine Kraft verwendet er darauf die Menschen zu überreden, dass sie sich in das Leben vertiefen, dass sie sich in alle Schatzkammern hineinbegeben, die ihnen das Leben eröffnet, ohne dass sie wissen, wie die Truhen zu öffnen sind.

Man kann den Menschen unserer alternden Gesellschaft kein Ideal von grösserem Adel vorhalten. Das sind die belebenden Worte der Ermutigung, die uns gegen die missbrauchte Müdigkeit veralteter Kulturen aufstehen lassen. Sie geben den neuen Generationen ein lebhafteres Gefühl von der Würde, die ihnen not tut. Solchem moralischen und ästhetischen Aufschwung soll sich der Mensch unserer Tage hingeben. »Jeder Mensch findet aus sich selber die Kraft zu höherem Leben in der dürftigen und unvermeidlichen Wirklichkeit seines Alltags.«

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES · LEBEN

Wirtschaft / Richard Calwer

Arbeiterverhältnisse in England und Deutschland Es ist schon darauf verwiesen worden, dass die Ergebnisse der Denkschrift des englischen Handelsamtes über die Lebenshaltung des deutschen und des englischen Arbeiters sehr anfechtbar sind. In England bildet die Denkschrift noch immer den Gegenstand lebhafter Diskussion. Ellis Barker verurteilt in einer Flugschrift *Economic Problems and Board of Trade Methods an Exposure* Ergebnisse und Methode der amtlichen Denkschrift aufs entschiedenste. Es ist natürlich, dass die englischen Gegner der Denkschrift in ihren Ausstellungen leicht zu weit gehen und ihre statistischen Vergleiche zu gunsten Deutschlands wählen. Internationale statistische Vergleiche sind aber bei der Verschiedenheit der Methoden und Aufnahmen sehr schwer durchführbar. Leider werden die Schwierigkeiten dieser Vergleiche vielfach unterschätzt oder kommen nicht einmal den Benutzern des statistischen Materials zum Bewusstsein. Es sei nur auf ein Beispiel hingewiesen, das augenblicklich sehr aktuell ist: auf die Arbeitslosigkeit in England und in Deutschland. Barker gibt folgende Tabelle. Die Beschäf-

tigungslosigkeit unter den organisierten Arbeitern stellte sich in % wie folgt:

Jahr	Deutschland	Grossbritannien
1903	2,7	5,7
1904	2,1	6,6
1905	1,6	5,3
1906	1,1	4,1
1907	1,5	4,2
1908 (Januar bis Juni)	2,8	7,4

Dieser Vergleich ist nicht nur aus einem sondern aus einer ganzen Reihe von Gründen unzulässig. Dass die Arbeitslosigkeit in England höher ist als in Deutschland, das ist richtig; sie ist aber nicht in dem Grade höher als es nach den obigen Ziffern erscheint. Es ist nämlich sehr zu beachten, dass in England ein organisierter Arbeiter als arbeitslos gilt, sobald er zu den tarifmässigen Arbeitsbedingungen keine Beschäftigung erhalten kann, während in Deutschland überwiegend noch als Regel gilt, dass der als arbeitslos angesehen wird, der überhaupt in seinem Berufe keine Stellung findet. Schon allein aus diesem Unterschied erklärt sich ein nicht ganz geringer Teil der höheren Arbeitslosigkeit in England. Es kommen aber noch andere Gründe hinzu, die den starken Unter-

schied herbeiführen. Nur insofern ersehen wir aus der Bewegung der Arbeitslosenziffern in beiden Ländern die 1908 höhere Arbeitslosigkeit in Grossbritannien als die Arbeitslosigkeit in Deutschland gegen 1903 von 2,7 auf 2,8 %, in England aber von 5,7 auf 7,4 % gestiegen ist. Gegen 1903 ergibt sich für Deutschland eine Steigerung von 5, in Grossbritannien eine solche von zirka 30 %. Noch schwieriger als die Vergleiche der Arbeitslosigkeit sind aber die Vergleiche von Löhnen, Lebensmittelpreisen usw. Meine Ansicht geht noch immer dahin, dass die wirtschaftliche und soziale Lage der englischen Arbeiter absolut genommen günstiger ist als die der deutschen, dass aber die wirtschaftliche Hebung der deutschen Arbeiterbevölkerung während der letzten dreizehn Jahre Fortschritte gemacht hat, die die Differenz zwischen England und Deutschland schon sehr stark ausgeglichen haben. Es ist ebenso verkehrt die Verhältnisse so darstellen zu wollen, als ob der deutsche Arbeiter schon besser dastehe als der englische, wie es verkehrt ist die Fortschritte leugnen zu wollen, den die deutsche Arbeiterbevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht aufzuweisen hat.

× **Getreideernte** Erheblich reichlicher als seit Monaten angenommen wurde ist die diesjährige Brotgetreideernte Deutschlands ausgefallen. Nach der Mitte Dezember veröffentlichten Statistik des reichsstatistischen Amtes wurden nämlich geerntet (in t):

Getreideart	1907	1908
Winterweizen	2 613 826	3 349 707
Sommerweizen	865 498	418 060
Winterroggen	9 585 817	10 591 341
Sommerroggen	172 042	143 533
zusammen	13 237 183	14 504 641

Das Mehr gegenüber 1907 beträgt 1,27 Mill. t. oder fast 10 %. Die Spelzernte ist dabei noch nicht eingerechnet, da hierfür die Angaben fehlen. Der Getreidemarkt wurde durch das günstige Ergebnis einigermassen überrascht. Es hatte sich nämlich die Ansicht festgesetzt, dass die Ernte auch im laufenden Jahre knapp ausgefallen sei. Daraus ergab sich eine für die Konsumenten sehr ungünstige Entwicklung der Getreidepreise. Schon frühzeitig ist auf diese falsche Auffassung hingewiesen worden, ohne dass die Öffentlichkeit und die Interessenten sich von ihr hätten abbringen lassen. Übrigens

hat auch die Kartoffelernte noch recht befriedigende Erträge gebracht, obwohl auch hierüber die den Markt beherrschenden Ansichten recht pessimistisch lauteten. Die Ernte stellte sich nach dem amtlichen Bericht auf 46,34 Mill. t. gegen 45,54 im Vorjahr. Nur 1901 und 1905 wurde noch ein höherer Ertrag erreicht.

× **Kurze Chronik** Am 26. November wurde die Bildung einer deutschen Güterwagengemeinschaft bekannt gegeben, die vom 1. April 1909 ab in Wirkung treten wird. × Am 3. Dezember wurde das lothringisch-luxemburgische Roheisensyndikat auf 3 Jahre verlängert. × Die deutsche Marineverwaltung soll beabsichtigen eine Lieferung von 680 000 t Kohlen in England abzuschliessen. × Am 18. Dezember begann eine grosse Ausspernung von Metallarbeitern in Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal. Im ganzen sollen 14 000 Personen von der Aussperrung getroffen werden.

Politik / Max Schippel

Balkan Mit der Eröffnung des türkischen Parlaments am 17. Dezember ist das seltsamste konstitutionelle Gebilde, das vielleicht jemals unter den aussergewöhnlichsten Voraussetzungen zu stande kam, erst volle lebendige Wirklichkeit geworden. Die Religionen und die Rassen finden sich wohl nirgends in so bunter Mischung: Muhamedaner neben Christen und Juden, dazu die Christen nochmals konfessionell nicht einheitlich, Türken neben Albanesen, Griechen, Bulgaren, Arabern. Die Unversöhnlichkeit vieler dieser sich gegenseitig abstossenden Elemente verschaffte bisher dem rettenden, einheitlich zusammenfassenden Despotismus des Sultanregiments immer wieder Oberwasser. Jetzt soll der, früher nirgends zu entdeckende, gemeinsame Reichsgedanke mit einemmal die Gegensätze der Völker und Religionen überbrücken; die gleichmässige Betätigung soll allen nach aussen strebenden Anschlussneigungen und allen Unabhängigkeitsgelüsten ein Ende bereiten. Wenn das gelänge, so wäre damit allerdings den politischen Fähigkeiten der jungtürkischen Reformer ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Aber jedenfalls hat die Zeit der grössten Schwierigkeiten und Prüfungen nunmehr erst begonnen,

denn die eingewurzelten Vorurteile und Abneigungen von Jahrhunderten werden den Gang des parlamentarischen Räderwerks oft genug stören und unterbrechen, sobald man über die Grenzen der nächsten und allgemeinsten freiheitlichen Forderungen hinausschreiten und sich konkreten Tagesfragen zuwenden muss. Nicht ungefährlich war schon das Bemühen der Thronrede der nationalistischen Erregung gegen Bulgarien möglichst kräftigen Ausdruck zu verleihen; die Antwort aus Sofia und aus der Umgebung des Vali von Ostrumelien klang sofort entsprechend unfriedfertig zurück. Dagegen hat Österreich-Ungarn mildere Saiben aufgezogen; vor allem lehnt es Verhandlungen über eine Entschädigungssumme für die Annexion Bosniens nicht mehr grundsätzlich ab. Andererseits behält Serbien seine herausfordernde Haltung gegen Österreich-Ungarn bei. Für Wien ist das um so empfindlicher als der türkische Boykott dem österreichischen Ausfuhrhandel schon genug Kopfschmerzen bereitet.

× England

Den entscheidenden Wetterwinkel für Europa bildet noch immer England mit seinen Versuchen eine allseitige Koalition gegen Deutschland zu stande zu bringen und mit seiner ebenso einflussreichen wie gewissenlosen antideutschen Agitation, der nur wenige, besonnen gebliebene Kreise, freilich mit der jugendkräftigen Arbeiterpartei an der Spitze, offen die Stirn zu bieten wagen. Die Lust auf europäische Abenteuer auszugehen dürfte sich jedoch bei den Heissspornen des britischen Imperialismus um so eher abkühlen, je weniger die Ruhe und Sicherheit in den überseeischen Aussonden des britischen Weltreiches verbürgt erscheint. Hier sind es in erster Linie die Nachrichten aus Indien, die dringend vor Übereilungen warnen und zur Vorsicht mahnen. Am 11. Dezember, just zur selben Zeit, da selbst der Sultan sich anschickte in seiner Thronrede dem modernen liberalen Geist zu huldigen, musste der vizekönigliche Beirat eine summarische Rechtsprechung, eine Ausnahmegesetzgebung härtester Art, gegen oppositionell-revolutionäre Umtriebe beschliessen. Um aber nicht ausschliesslich mit der Peitsche zu regieren, sollen in Zukunft, nach dem Vorschlag Lord Morleys, des Staatssekretärs für Indien, Eingeborene in den Ausführenden Rat zum ersten-

mal, in den Gesetzgebenden Rat in etwas grösserer Zahl Aufnahme finden. ferner sollen die Provinzen in überaus bescheidenem Mass mit gewählten Vertretern, neben ernannten, beglückt werden. Soweit indische Stimmen hierüber vorliegen, wird diese Reform, für die man allenfalls früher noch dankbar gewesen wäre, heute als ganz unzulänglich beurteilt. Ist das zutreffend, dann würde der Bewegung für eine grössere Selbstregierung nur nochmals neuer Agitationsstoff zugeführt worden sein. In Ägypten wiederholen sich, obwohl wesentlich schwächer, ähnliche Selbständigkeitsbewegungen; nur die noch grössere Ungleichartigkeit der nilländischen Bevölkerungszusammensetzung verhindert vorläufig ein einheitliches Vorgehen von grösserer Kraft. Es ist nicht erhebend, dass solche für England kritische Anzeichen gerade für das ausserenglische Europa als Symptome einer ruhigeren, gefahrloseren Entwicklung gelten können.

×
Kurze Chronik Das englische Parlament wurde, nach einer wenig ergiebigen Session, am 21. Dezember geschlossen. Von den erledigten Entwürfen kommt für die Arbeiter hauptsächlich in betracht das Alterspensionsgesetz und das sogenannte *Achtstundengesetz für Kohlengruben*. × Die russische Duma bewilligte eine ausländische Anleihe von 450 Mill. Rubel, davon 150 Mill. zum Ausgleich des wahrscheinlichen Defizits für 1909 und 300 Mill. zur Umwandlung der im Frühjahr fälligen kurzfristigen Schatzscheine in eine Dauerschuld.

×
Literatur Das Interesse an den Reichtagsdebatten über das Kaiserinterview und das persönliche Regiment spiegelt sich auch in der Flugschriftenverbreitung ab. Die billigste und zugleich vollständigste Wiedergabe bietet wohl die im Verlag der Buchhandlung *Vorwärts* erschienene Schrift *Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstag*, die den stenographischen Bericht über die Verhandlungen am 10. und 11. November enthält. Bei Albert Langen in München wurde herausgegeben *Das persönliche Regiment vor dem Tribunal*, Rede, gehalten von Conrad Haussmann. Gute Dienste wird ferner manchem die Zusammenstellung der Reden und sonstigen öffentlichen Aussprüche Wilhelms II.

von Wilhelm Schröder leisten (*Das persönliche Regiment* /München, Birk/). X Schier unerschöpflich fließen auch die Kundgebungen zur Reichsfinanzreform. Es liegt dabei in der Natur der Sache, dass die oppositionelle Literatur sich mehr in der Einzelabwehr und kleineren Flugschriften, in Interessentenkundgebungen zersplittert, während die Reformatoren die umfassenderen Darstellungen liefern. Überaus klar vertritt staatsrechtlich und geschichtlich etwa den heutigen Regierungsstandpunkt Paul Laband (*Direkte Reichssteuern* /Berlin, Liebmann/). Vor allem aus dem historisch gegebenen bundesstaatlichen Charakter des Reichs folgert Laband, dass das Reich sich nach wie vor vorwiegend auf die Zölle, Verbrauchsabgaben und Verkehrssteuern stützen müsse, dass direkte Reichseinkommen- oder -vermögenssteuern bedenklich und verwerflich seien. »Andererseits müssten auch die Einzelstaaten ein Opfer bringen; und zwar könnte dies die Erbschaftsteuer betreffen.« Etwa in ähnlicher Richtung bewegt sich die bereits mehr konservativ-agitatorische Schrift des Professors Hans Köppe-Marburg (*Am Vorabend der neuen Reichsfinanzreform* /Leipzig, Duncker & Humblot/): »Die Reichsfinanzreform darf keinen destruktiven Charakter haben. Hat das Reich erst einmal einen Anfang mit der Okkupation des Gebietes der direkten Besteuerung gemacht, so ist es bei der Entwicklung des Aufgabengebietes und dem dadurch bedingten Wachstum der Ausgaben des Reiches ganz unzweifelhaft, dass diese Entwicklung dahin drängen wird das ganze Gebiet zu erfassen: Einkommen und Vermögen.« Ziemlich ungenießbar ist das Werk des vielschreibenden Regierungsrats Rud. Martin (*Die Zukunft Deutschlands, eine Warnung* /Leipzig, Hirschfeld/), der zwar die Reichseinkommensteuer, bis zu 500, ja bis zu 700 Mill. M. Ertrag im Jahre 1909, wünscht, der aber andererseits dauernde wachsende Riesenbedarfe des Reichs herausrechnet und sich zum Schluss in ziemlich phantastische Betrachtungen über die Rivalitäten zwischen England und Deutschland und über die Motorluftschiffahrt verliert. Gegen die Angriffe auf sein früheres Werk, das die Lösung der deutschen Tabaksteuerfrage im wesentlichen in dem Banderolensteuersystem sah, verteidigt sich Dr. Julius Lissner nochmals in der Schrift *Zur Klärung tabaksteuerlicher Streitfragen* /Leipzig, Deichert/.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Privatbeamte Das *Bureau für Sozialpolitik* hat mit Hilfe des *Bundes der technisch-industriellen*

Beamten eine Umfrage über die Lage der technischen Privatbeamten in Gross-Berlin veranstaltet. Das gesammelte Material, 3265 Fragebogen, hat Dr. Reinhold Jaeckel bearbeitet und unter dem Titel *Statistik über die Lage der technischen Privatbeamten* /Jena, Gustav Fischer/ erscheinen lassen. Die Arbeit wird dadurch etwas beeinträchtigt, dass aus 4 grossen Betrieben allein 1367 Fragebogen stammen, so dass die hier üblichen Anstellungs- und Einkommenverhältnisse die Statistik einseitig beeinflussen. Diese selbst erstreckt sich auf die verschiedensten Dinge, so versuchte man den Bildungsgang der Angestellten, die soziale Stellung ihrer Eltern, ihren Familienstand, ihr Alter, Einkommen und sehr detailliert die Anstellungsverhältnisse zu ermitteln. Es ergibt sich, dass von 2090 Angestellten im Alter bis zu 30 Jahren nur 284, das heisst 13,53 %, verheiratet waren. Die späte Heirat hängt mit der Unsicherheit der Anstellung und dem niedrigen Einkommen zusammen. Die Anfangsgehälter betragen bei 251 Angestellten (8,40 %) unter 900 M., bei 668 (22,34 %) 900 bis 1200 M., bei 1278 (42,74 %) 1200 bis 1500 M., bei 453 (15,15 %) 1500 bis 1800 M., bei 244 (8,16 %) 1800 bis 2100 M. und bei 96 (3,21 %) 2100 M. und mehr. Das ermittelte Durchschnittseinkommen der Angestellten steht mit 2228 M. erheblich höher als es in der Denkschrift des Reichsamts des Innern angegeben ist, denn hier wurde es auf 2064 M. beziffert. Die Ermittlungen über die Nebenbeschäftigungen, den Erwerb der Frau sind sehr dürftig, sie machen den Eindruck, als ob diese Fragen nicht unbefangenen beantwortet wurden. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen Gratifikationen, Tantiemen und Gewinnbeteiligungen im Einkommen der Angestellten; diese meist nach Gunst und Laune bemessenen Bezüge in sehr schwankender Höhe erhielten 1388 Angestellte. Auf jeden Urlaub mussten 1283 Angestellte verzichten. Die Arbeitszeit dauerte bei 2320 Angestellten, das sind 73,30 %, 8 Stunden und darüber. Durch eine Konkurrenzklausel waren 173 Angestellte gebunden, bemerkenswert ist aber, dass 717 hierüber keine Auskunft gaben; etwaige Erfindungen müssen 1344 Angestellte ganz und 257 teilweise der Firma, bei der sie beschäftigt sind, über-

geben. Auf die Ermittlungen über Wohnungs- und Lebensverhältnisse einzugehen würde hier zu weit führen. Die Bearbeitung der Statistik gibt den vielfachen Klagen der Privatangestellten über ihre recht dürftige soziale Stellung eine zweifelsfreie Unterlage und wird ihrer Organisation gute Dienste leisten. Unter dem Titel *Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten* behandelt eine Flugschrift, die im Verlag des *Vorwärts* zum Preise von 10 Pf. herausgegeben ist, die Lage der Angestellten. Sie schildert, wie die Stellung des Privatangestellten innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise mit der des Lohnarbeiters die gleichen Merkmale zeigt. Ferner werden die sozialpolitischen Forderungen der Angestellten und die Stellung der Parteien zu diesen behandelt. In einer Broschüre, die der *Verband der Bureauangestellten* herausgegeben hat, wird die staatliche Pensionsversicherung für Privatangestellte kritisch erörtert, in dem selben Sinn wie in dem Artikel Helmut Lehmanns *Die Privatangestellten und ihre Versicherung* in den *Sozialistischen Monatsheften* (in diesem Band, pag. 1351 ff.). Entgegen der Folgerung der Denkschrift der Regierung wird nicht die eigene Kasseneinrichtung sondern ein Ausbau der Invalidenversicherung mit Angliederung der Hinterbliebenenfürsorge verlangt.

× **Invalidenversicherung** Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht soeben die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten für 1907. Der Erlös aus Beitragsmarken ist im Jahre 1907 um 6 913 060,39 M. gegen das Vorjahr, das heisst auf 163 457 590,09 M. gestiegen. In dem Zurückbleiben der Zunahme um 667 852,08 M. gegen die von 1905 zu 1906 spiegelt sich der wirtschaftliche Niedergang wieder. Der durchschnittliche Wochenbeitrag beziffert sich auf 24,92 Pf., gegen 24,46 Pf. im Vorjahr. An Renten wurden 147 593 319,83 M. ausgezahlt. Die Zunahme der Renten gegen das Vorjahr beträgt 4 620 718,62 M., auch hier ist die Steigerung erheblich geringer als in den Vorjahren. Prozentual ist die Steigerung die niedrigste, die seit 1892 erreicht wurde, sie beträgt 3,2 %. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass dieses Ergebnis auf eine strengere Handhabung bei der Festsetzung der Invalidität zurückzuführen ist.

×

Bühnengehörige Unter den Schauspielern macht sich gegenwärtig ein reges Interesse an der Umgestaltung ihres Vertragsverhältnisses bemerkbar (vergl. die Rubrik *Bühnenkunst* in diesem Band, pag. 1634). Der Bühnenverein, die Organisation der Direktoren, verhandelt seit langer Zeit mit der *Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger* über ein neues Vertragsformular. Der Abschluss der Verhandlungen brachte im wesentlichen die alten, vielgehassten Bestimmungen wieder, die den Künstlern enge Fesseln auferlegen, die Direktion aber nach Willkür schalten lassen. Der Vorstand der Genossenschaft, der dem Entwurf des neuen Vertrages zustimmte, hat dem Ansturm der Opposition weichen müssen. Wir können die rege Teilnahme an der Gestaltung eines besseren, billigen Anforderungen gerecht werdenden Vertrages nur freudig begrüssen; wenn die Genossenschaft die Situation geschickt ausnutzt, wird sie auch zum Ziel gelangen. Sie sollte aber vor allen Dingen einen Schritt weiter wagen und die Theateragentur selbst übernehmen oder auf paritätischer Grundlage mit den Direktoren neu schaffen. Wenn es die Arbeiter erreichen sich den Übervertretungen privater Stellenvermittler zu entziehen, so wird das der *Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger*, namentlich wenn es mit Unterstützung der hervorragenderen Künstler geschieht, auch möglich sein. Denn mit dem sehr unwürdigen Vertrag hängt die Ausbeutung der Bühnengehörigen durch die Theateragenturen eng zusammen.

× **Kurze Chronik** Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Errichtung von Arbeitskammern zugegangen (vergl. den Artikel Severings *Kritisches zur Arbeitskammervorlage* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1504 ff.). × In Sachsen ist eine Novelle zum Berggesetz im Landtag zur Verabschiedung gekommen. Die Bemühungen der Liberalen eine Arbeiterkontrolle einzuführen fanden keine genügende Unterstützung. × Im Reichstag ist derjenige Teil der Gewerbeordnungsnovelle, der den Zehnstundentag für Arbeiterinnen einführt, zur Annahme gelangt. Das Gesetz verbietet ferner Frauen beim Lastentragen auf Bauten zu beschäftigen und bringt eine Einschränkung der Frauenarbeit im Bergwerksbetrieb. × Bei der Gewerbegerichtswahl in

Berlin, die zum erstenmal nach der Verhältniswahl stattfand, erlangten die freien Gewerkschaften in der Klasse der Unternehmer 16 Sitze, und in der Klasse der Arbeitnehmer kamen von allen nur 6 Sitze an die gegnerischen Gewerkschaften. Das Resultat zeigt, dass es sehr töricht ist sich gegen die Verhältniswahl zu wenden, wenn sie auch nur fakultativ eingeführt wird. Ganz abgesehen davon, dass die Durchführung eines demokratischen Grundsatzes nicht durch Wenn und Aber behindert werden soll. X Das entsetzliche Grubenunglück auf *Radbod* hat bei Besprechung der Interpellationen im Reichstag und im preussischen Landtag die sozialdemokratischen Redner aufs neue veranlasst, ein *Reichsberggesetz*, die Teilnahme der Arbeiter an der Kontrolle der Betriebssicherheit und die Verstaatlichung des Bergbaus zu fordern. X Eine Interpellation im Reichstag über die gegenwärtige wirtschaftliche Krise gab unseren Parteigenossen Gelegenheit zu einer eingehenden Begründung der Forderung Massregeln zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Gegenüber einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich verhielt sich der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg ablehnend. X Als Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften sind 40 000 Kr. in den dänischen Etat eingestellt worden.

X Literatur

In Iherings *Jahrbüchern für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts* verteidigt Professor Victor Ehrenberg das Recht des Unternehmers seinen Angestellten den Beitrag für Pensionskassen vom Lohn abzuziehen und missbilligt entschieden die Entscheidung der Gewerbegerichte, die die Rückzahlung der Beiträge an die Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses verlangen. Nicht nur nach dem heutigen Recht sondern auch vom sozialpolitischen Standpunkt hält der Verfasser die Rückforderung der gezahlten Beiträge für unberechtigt. Die Beweisführung ist so mühsam und einseitig, dass wohl nur scharfmacherisch Gerichtete Gefallen daran finden werden. X Über *Arbeiterverbände* informiert eine kleine Schrift aus dem Verlag der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*. Natürlich gelangt dabei der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck, nach dem *berechtigte Forderungen* der Arbeiter auch oft Berücksichtigung

bei Unternehmerorganisationen finden. X Der Geschäftsbericht des Arbeitsnachweises für das Brauereigewerbe in Berlin und Umgegend weist für das Jahr 1907 einen ausserordentlichen Rückgang auf. Vermittelt wurden im Jahre 1907 nur 6747 Stellen gegen 9782 im Vorjahre. Die Zahl der Arbeitssuchenden wuchs erheblich an, so dass von den Hilfsarbeitern viele zu anderen Berufen übergingen. Der Bericht sucht dies auf den Zolltarif und die ungünstige Witterung im vorigen Jahre zurückzuführen.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Arbeitslosigkeit Die Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten, wie zu erwarten war, ganz bedeutend verschärft. Zeigten die Stadtverwaltungen noch während des Sommers gegenüber Anträgen aus der Arbeiterschaft die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Angriff zu nehmen eine sehr weitgehende Zurückhaltung, so ist in den Monaten Oktober und November eine regere Tätigkeit zu beobachten, wennschon auch jetzt noch vielerorts ein recht mangelhaftes Verständnis für die Aufgaben der Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Arbeitslosenbekämpfung zum Ausdruck kommt. Fast überall geht man von der Erkenntnis aus, dass in erster Linie die Gemeinde zu dieser Aufgabe berufen ist, wie ja auch alle Massregeln der Arbeitslosenfürsorge ihr in erster Linie zu gute kommen. Auch auf der grossen Konferenz, die vom bayrischen Ministerium des Innern zur Beratung der Arbeitslosenfürsorge eingeladen war, und auf der ausser den Vertretern der Interessenorganisationen auch Vertreter von 7 Stadtgemeinden anwesend waren, kam diese Auffassung recht deutlich zum Ausdruck. Namentlich der Referent des Ministeriums des Innern vertrat diesen Standpunkt mit grosser Entschiedenheit. Die Arbeitslosenfürsorge muss zunächst bei den Gemeinden erprobt werden. Sie stehen den Verhältnissen viel näher als der Staat und sind ausserdem finanziell interessiert, da bei einer gut funktionierenden Arbeitslosenversicherung an Ausgaben für die Armenpflege und für Notstandsarbeiten gespart wird. Die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden ist durchaus möglich. Dabei hat sich als das zweckmässigste System das Genter System erwiesen. Ähnliche Gedanken wurden von den verschiedensten Seiten ausgesprochen: Die Vertreter der Städte zeigten sich

allerdings nicht sehr bereitwillig diese neue Aufgabe zu übernehmen. Auf jeden Fall verlangten sie vom Staat die Leistung von Zuschüssen und die Heranziehung der Unfall- und Invalidenversicherung, die alle das grösste Interesse hätten, dass der Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit unterstützt und seine Gesundheit nicht durch Not untergraben werde. Von einem Zwang zur Einrichtung von Arbeitslosenversicherungen wollten aber die Städtevertreter nichts wissen. Ebenso bestand bei der Mehrzahl der Konferenzteilnehmer Übereinstimmung darüber, dass die Ausgestaltung und Zentralisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung für eine jede zweckmässige und wirksame Arbeitslosenfürsorge sei. Gerade hieran fehle es aber noch in grossem Umfang. Mit nicht geringerem Nachdruck wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, wie sehr die Arbeitslosigkeit durch die Praxis der Fabriken mit Betriebskassen verschärft werde ältere Arbeiter, ja schon Arbeiter über 40 Jahre, überhaupt nicht mehr einzustellen. Im allgemeinen zeigten aber die Verhandlungen, dass sich die Mehrzahl der Teilnehmer nur herzlich wenig mit dem schwierigen Problem der Arbeitslosenfürsorge und den zahlreichen praktischen Versuchen zu seiner Lösung vertraut gemacht hatte. Unternehmer und Städtevertreter sahen in der Arbeitslosenfürsorge die einen eine Belastung der Industrie die anderen eine Belastung der städtischen Finanzen, und ihre Sympathien mit den Vorschlägen standen im umgekehrten Verhältnis zu den Kosten, die sie von ihnen erwarteten. Man einigte sich schliesslich dahin eine Kommission zur Vorberatung der Materie einzusetzen.

Mit welchen Schwierigkeiten die genaue Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit verbunden ist, haben die verschiedenen Arbeitslosenzählungen wiederum bewiesen. In grösserem Umfang hat man von dem System der Selbstzählung der Arbeitslosen Gebrauch gemacht, wie es in früheren Jahren schon in Stuttgart, Charlottenburg usw. zur Anwendung gekommen ist. Seine Ergebnisse sind aber genau so mangelhaft gewesen, wie bei seiner Anwendung in früheren Jahren. So ergab die Arbeitslosenzählung in Stuttgart als gänzlich arbeitslos 968 Personen, als verkürzte Arbeitszeit arbeitend 472. In Göppingen wurden 45 Zählkarten von Arbeitslosen abgegeben, von denen 19 gänzlich arbeitslos, 26 mit verkürzter

Arbeitszeit beschäftigt waren. Die Zahlen sind bei der letzten Kategorie durchaus unzutreffend. Wird doch zum Beispiel in der Textilbranche an diesem Ort schon seit Wochen in mehreren Betrieben nur 5 Tage pro Woche gearbeitet, und in der Metallindustrie ist die Dauer der täglichen Arbeitszeit verkürzt. Auch die Arbeitslosenzählung in Wiesbaden hat gleich unzulängliche Resultate ergeben. So haben sich nur 30 Schlosser als arbeitslos gemeldet, während der Metallarbeiterverband allein 64 Arbeitslose und 227 mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitende aufzuweisen hat. Auffällig ist ferner, dass von den 596 männlichen Personen, die sich gemeldet haben, 510 in Wiesbaden unterstützungsberechtigt sind und nur 86 ihren Unterstützungswohnsitz nicht dort haben. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, dass die Nichtortsansässigen sich überhaupt nicht melden, weil sie bei den Notstandsarbeiten nicht zugelassen werden. Für Berlin und 26 Vororte hat am 17. November gleichfalls eine Zählung nach dem Meldesystem stattgefunden. Es ergab sich, dass 41 468 Personen sich in die Listen eingetragen haben, darunter waren 1938 Rentempfänger. Auch diese gewaltige Zahl dürfte hinter dem wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit ziemlich stark zurückbleiben, obschon eine grosse Zahl von Arbeitern Berlin verlassen hat. Ich habe in früheren Jahrgängen der *Sozialistischen Monatshefte* das sogenannte *Stuttgarter System* der Arbeitslosenzählung eingehend besprochen und als durchaus unzulänglich bezeichnet. Solche Zählungen mögen einen gewissen Anhaltspunkt für das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit geben, mehr aber leisten sie nicht. Die diesjährigen Zählungen beweisen nur die Richtigkeit meiner Kritik. Auch Professor Silbergleit bezeichnet in seinem Gutachten *Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt* die Ergebnisse der Zählungen nach dem Stuttgarter System als völlig ungenügend. Das gleiche müsse auch von der Zählungsart gesagt werden, wobei die Meldungen der Arbeitslosen in besonderen Zählbüreaus erfolgen. Bei beiden Systemen wird von den Arbeitslosen die Selbstzählung verlangt; ob sie nun den Fragebogen selbst ausfüllen und in Urnen werfen oder in Zählbüreaus ihre Mitteilungen machen, ist nebensächlich. Der Unterschied besteht nur darin, dass die Ergebnisse im letzteren Fall zuverlässiger sein werden. Als die zuverlässigste Methode bezeichnet auch Silber

gleit mit Recht die Zählung von Haus zu Haus, bei der die Arbeitslosen aufgesucht werden und sich nicht selbst zu melden haben. Die Schwierigkeiten einer solchen Zählung sind natürlich gross. Die Beschaffung der Zähler, falls man mit freiwilligen Hilfskräften die Sache machen will, oder die hohen Kosten, falls man das Zählerpersonal besolden muss, sind wohl die beiden Haupteinwände, die gegen dieses sonst so vortreffliche System mit einem gewissen Recht erhoben werden können.

Die Massnahmen, die von den Städten getroffen worden sind, beschränken sich in der Hauptsache auf die Bereitstellung von Notstandsarbeiten oder auf die vorweggenommene Vergebung laufender Arbeiten. Dagegen ist es bisher noch in keiner Stadt zur Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nach Genter System und nach dem Vorbild Strassburgs gekommen. Die Bemühungen der badischen Regierung die Städte zur Vornahme von Versuchen mit Arbeitslosenversicherungen irgend welchen Systems zu veranlassen sind bisher ohne Erfolg geblieben. In Hamburg und ebenso in Kassel wurden die Anträge der sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften auf Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit abgelehnt. In Kassel motivierte man die Ablehnung den Gewerkschaften gegenüber damit, dass die Gewerkschaften nichts anderes seien als eine sozialdemokratische Parteiorganisation, einer solchen aber städtische Gelder auch zu einem an sich guten Zweck nicht anvertraut werden könnten. Nur in Frankfurt und Berlin ist es wenigstens zur Einsetzung gemischter Deputationen gekommen, die die Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung prüfen sollen.

Bei der Bereitstellung der Notstandsarbeiten werden in Köln auf Grund der Vorschläge der Deputation für sozialpolitische Angelegenheiten Notstandsarbeiten im engeren und solche im weiteren Sinne unterschieden. Unter den letzteren werden solche Arbeiten verstanden, die als ordentliche, laufende Arbeiten der Stadtverwaltung zu betrachten sind und nur in den Winter hinein verschoben oder vorweggenommen wurden. Für diese Klasse von Arbeiten gelten die normalen Löhne. Die Unternehmer werden verpflichtet die tarifmässigen und, wo keine Tarife bestehen, berufsüblichen Löhne zu zahlen. Als eigentliche Notstandsarbeiten gelten Holzerkleinern,

Basaltkleinschlag, Gartenarbeiten, Wegearbeiten, Schreibstubenarbeit usw. Für diese Art von Arbeiten wird ein geringerer als der ortsübliche Tagelohn angesetzt. Während der Lernfrist soll der Lohn für Arbeiter mit Familie 3,25 M., für alleinstehende Arbeiter über 20 Jahre 2,40 M., unter 20 Jahre 2 M. betragen. Im allgemeinen soll Akkordarbeit gelten, für die als Maximallöhne nach den 3 Gruppen 3,50, 3 und 2,80 M. festgesetzt wurden. In Frankfurt hofft der Magistrat sogar ohne Einrichtung eigentlicher Notstandsarbeiten auskommen zu können. Es sollen erhebliche Arbeiten von den verschiedenen Ämtern teils in eigener Regie teils durch Unternehmer vorgenommen werden, bei denen nur in Frankfurt ansässige oder regelmässig beschäftigte Arbeiter verwendet werden sollen. Nach der Nomenklatur der Stadt Köln würde es sich hier um Notstandsarbeiten im weiteren Sinne, richtiger: verschobene Winterarbeiten handeln. Diese Art der Beschäftigung der Arbeitslosen hat nach Ansicht des Magistrats die folgenden ausserordentlich grossen Vorteile: Die Arbeit erscheint nicht als Notstandsarbeit, behält vielmehr völlig die Eigenschaft freier Arbeit und gewährt deshalb auch den vollen üblichen Lohn. Zugleich behält der Arbeiter die Gewöhnung selbst für die Erlangung von Arbeit zu sorgen und sich nicht auf die Stadt zu verlassen. Schliesslich ist es der einzig gangbare Weg, um gelernten Arbeitern in ihrem Fach Arbeit zu verschaffen. Für solche Arbeiten sind vorgesehen beim Hochbauamt 800 000 M., beim Elektrizitäts- und Bahnamt 605 000 M., beim Tiefbauamt 2 242 100 M.; dazu kommt ausserdem noch Lieferung der Kleidungsstücke für städtische Bedienstete im Gesamtbetrag von 25 000 M. Neben diesen Arbeiten sollen die eigentlichen Notstandsarbeiten, Erdarbeiten und Steinschlag, möglichst beschränkt werden, da sie nach den Erfahrungen aller Städte sehr unwirtschaftlich seien.

Die Bedingungen der Zulassung zu den Notstandsarbeiten, der Entlohnung usw. sind häufig noch recht kleinlich und lassen die Arbeitslosenfürsorge als eine Abart der Armenpflege erscheinen. Namentlich wird in manchen Städten direkt am Tagelohn gespart; es werden Löhne gezahlt, die zur Beschaffung des Unterhalts unzureichend sind. So werden in Duisburg an die Verheirateten 2,25 M., an die Unverheirateten nur 1,50 M. bezahlt, während der ortsübliche Tagelohn

3,25 M. beträgt. In Fürth belief sich der Maximalwochenlohn bei den Steinschlagarbeiten auf 10,20 M.; auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wurde er auf 15 M. erhöht. Mainz gewährt einen Stundenlohn von 25 Pf. Höher sind die Sätze in Fürth bei den Strassenbauarbeiten, wo für eine 7stündige Arbeitszeit 2,50 M. gewährt werden, in Wiesbaden, wo der Tagelohn auf 2,70 bis 3,20 M., in Nürnberg, wo er 3,40 M. beträgt. In Weissensee wurde der Stundenlohn bei den Erdarbeiten für die erste Woche auf 35, für die zweite Woche auf 40 Pf. festgesetzt. In zahlreichen Städten wird die Zulassung zu den Notstandsarbeiten an den Besitz des Unterstützungswohnsitzes oder der Heimatberechtigung geknüpft. Häufig ist auch noch eine Altersgrenze oder die Eigenschaft des Familienvaters als weitere Bedingung hinzugefügt. Auswärts Beheimatete oder unterstützungswohnsitzberechtigte Arbeiter werden dann entweder überhaupt nicht zugelassen oder erst, wenn sie einen mehrjährigen Aufenthalt in der Stadt nachweisen können. Dabei sind eingehende Prüfungen der Verhältnisse der arbeitslosen Arbeiter, die Ausfüllung langer Fragebogen usw. vorgeschrieben, die alle das Ziel haben die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitslosen möglichst niedrig zu halten. Alles in allem lässt die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden auch diesmal noch manches zu wünschen übrig, wenschon zuzugeben ist, dass das Verständnis für diese Aufgaben gegenüber früheren Zeiten grösser geworden ist.

×
Kurze Chronik Der preussische Minister des Innern hat an die Provinzialbehörden eine Verfügung gerichtet, worin er darauf aufmerksam macht, dass Bestimmungen in Eingemeindungsverträgen, durch die einzelnen Beamten der einzugemeindenden Kommunen in vermögensrechtlicher Beziehung besondere, über das Mass billiger Rücksichtnahme auf ihre Lebensinteressen hinausgehende Vorteile zugesichert werden, oder durch die unverhältnismässig grosse, sachlich nicht gerechtfertigte Mehr- oder Minderbelastungen und ähnliche Durchbrechungen des Grundsatzes der gleichmässigen Gemeindebesteuerung für die Bewohner des Eingemeindungsbezirkes vorbehalten werden sollen, in Zukunft beanstandet werden müssten. Diese Verfügung ist durch einen Beschluss des Herrenhauses veran-

lasst, das die Eingemeindung der Gemeinde Hasse in die Stadt Kiel ablehnte, weil dem Gemeindevorsteher nicht nur ein Gehalt von 4600 bis 6000 M. sondern auch eine Summe von 40 000 M. zur Abfindung für die Aufgabe seiner Selbständigkeit zugesichert waren. × Die Stadt Stettin kaufte für 6,3 Mill. M. Gelände an den Stadtgrenzen, um es der Bodensekulation zu entziehen.

×
Literatur Das *Adressbuch der Stadt- und Gemeindevewaltungen Deutschlands* /Berlin, Berliner Union/ liegt nunmehr im 3. Jahrgang vor. Sein Umfang ist wieder beträchtlich vergrössert worden. Sämtliche Stadtgemeinden sind nunmehr ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl aufgenommen worden. Bei den Landgemeinden ist diese Vollständigkeit noch nicht erreicht; es sollen in dem nächsten Jahrgang alle Landgemeinden von 2000 Einwohnern aufwärts berücksichtigt werden. Eine weitere Verbesserung ist die Aufnahme der Mitglieder der Magistrate und der Gemeindevertretungen. Wie schon der Titel des Buches ausdrückt, liegt sein Hauptwert in der Zusammenstellung des gesamten Adressenmaterials der Gemeindeverwaltungen. Doch ist damit sein Inhalt nicht erschöpft. Es bringt auch weitere Daten über die in den Gemeinden vorhandenen Einrichtungen, insbesondere Angaben über das Vermögen und die Schulden der Gemeinden sowie den Steuersatz. Diese Angaben sind allerdings meist summarischer Natur. Ein Eindringen in die Einzelheiten ist nicht beabsichtigt. Wertvoll insbesondere für die Industrie sind die Angaben über die im Bau begriffenen oder projektierten Unternehmungen der Gemeinden. Auch private Unternehmungen, insbesondere private Betriebswerke, haben Aufnahme gefunden.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Lederindustrie Unter den Gewerkschaften der Lederindustrie machen sich seit längerer Zeit schon Bestrebungen sehr entschieden bemerkbar, die auf den Zusammenschluss aller dieser Organisationen zu einem Industrieverband hinzielen. Zum Teil ist diese Bewegung in dem gewerblichen Fortschritt begründet, durch den die Grenzen zwischen den verschiedenen Spezialberufen in der Lederindustrie immer mehr verwischt werden, zum Teil aber auch in organisatorischen und finanziellen

Schwierigkeiten, in die einige kleine Verbände nicht zuletzt gerade durch die industrielle Entwicklung gekommen sind. Für einen Industrieverband der Lederarbeiter kämen folgende Organisationen in betracht:

	Mitgliederstand Ende 1907	Kassenbestand Ende 1907 (in M.)
Handschuhmacher	3 534	77 930
Lederarbeiter	7 874	67 004
Portefeullier	3 895	146 564
Sattler	7 010	117 378
Schuhmacher	38 158	482 070
zusammen	60 471	891 855

Ein Zusammenschluss dieser 5 Gewerkschaften würde immerhin einen respektablen Industrieverband schaffen, der mit seinen rund 60000 Mitgliedern und seinem Fonds im Betrage von rund 900000 M. weit leistungsfähiger wäre als die jetzt bestehenden kleineren Berufsverbände. Das ist von den Anhängern der Industrieorganisation auch immer wieder geltend gemacht worden, doch hat der Gedanke des Zusammenschlusses über den Berufsverband hinaus noch nicht so viele Anhänger gewonnen, dass jetzt schon ein entscheidender Schritt nach der Richtung hin unternommen werden könnte. Das trat bei den Urabstimmungen in den einzelnen Organisationen über die Gründung eines Industrieverbandes recht deutlich zu tage. Im Schuhmacherverband stimmten beispielsweise 9411 Mitglieder für und nur 3156 gegen Gründung eines Lederindustriearbeiterverbandes, aber die geringe Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung zeigt doch, wie gering in Mitgliederkreisen das Interesse für diese Frage ist. Selbstverständlich lässt sich angesichts eines solchen Abstimmungsergebnisses die Industrieorganisation zurzeit nicht realisieren; voraussichtlich wird aber diese Bewegung immerhin zu Zusammenschlüssen der kleineren Organisationen führen. Im Lederarbeiterverband ist bei recht starker Beteiligung an der Abstimmung mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit für den Industrieverband votiert worden. Dieses Abstimmungsergebnis kann immerhin zu einem schon lange geplanten Zusammenschluss der Organisation mit dem Handschuhmacherverband führen. Im Portefeullierverband haben sich 2370 Mitglieder für den Anschluss dieser Organisation an den Sattlerverband ausgesprochen, der sicher demnächst erfolgen wird. Haben beide Organisationen doch bereits Einladungen zu einer gemeinsamen Generalversammlung am 13.

April 1909 in Köln ergehen lassen, auf der die Frage des Zusammenschlusses endgültig geregelt werden soll. Damit sind schon entscheidende Schritte zur Verwirklichung des Industrieverbandes getan. Die Lehrmeisterin Zeit wird schon dafür Sorge tragen, dass der Gedanke des Zusammenschlusses der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden auch unter den Arbeitern der Lederindustrie mehr und mehr an Boden gewinnt, so dass seine Realisierung in wenigen Jahren möglich wird.

× **Tarifbewegung** ×

Das auch in Österreich reich der Tarifgedanke immer fester Wurzel fasst, zeigt eine vorzügliche Arbeit Dr. Julius Deutsch' *Die Tarifverträge in Österreich*, die der unseren Lesern wohlbekannte Verfasser im Auftrag der österreichischen *Gewerkschaftskommission* verfasst hat (vergl. auch die Rubrik *Sozialpolitik* in diesem Band, pag. 1367). Die Materialien der österreichischen Gewerkschaften über das Tarifwesen bilden die Grundlage des Werkchens. Bemerkenswert ist eine steigende Tendenz auf Abschluss von Verträgen mit kürzerer Geltungsdauer. Auf weniger als 3 Jahre Geltungsdauer waren bemessen vor 1904 25 %, 1904 65,1 %, 1905 71,2 %, 1906 78,7 %, 1907 80 % aller abgeschlossenen Verträge; die Mehrzahl der Verträge ist auf 2 Jahre abgeschlossen. Auch ein ständiges Steigen der Löhne lässt sich aus den abgeschlossenen Verträgen feststellen sowie eine fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit. Die $\frac{9}{10}$ stündige Arbeitszeit wird immer mehr zur Tatsache. So war in den Jahren 1906 und 1907 die Arbeitszeit von 9 und weniger Stunden für 99 295, von $9\frac{1}{2}$ Stunden für 93 612, von 10 Stunden für 121 907 und von mehr als 10 Stunden für 33 577 Beteiligte vereinbart. Daneben setzt sich die kürzere Arbeitszeit am Sonnabend immer mehr durch; sie wurde im Jahre 1907 bereits in 34 % aller Tarifverträge vereinbart. Arbeitszeitverkürzungen wurden insgesamt in 883 Tarifverträgen für 335 622 Arbeiter festgelegt. In 64 % der Verträge wurden die Organisation und ihre Vertrauensmänner ausdrücklich anerkannt, und in 57 respektive 62 % der in den Jahren 1906 und 1907 abgeschlossenen Tarife wurde den Arbeitern die Arbeitsruhe am 1. Mai zugesichert. In der empfehlenswerten Schrift werden die Tarifverträge auch hinsichtlich ihrer rein organisatorischen Bedeutung für die Ge-

werkschaften in interessanter Weise gewürdigt.

× **Schweiz** Die Reorganisation des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*, die ich schon erwähnte (vergl. diese Rundschau in diesem Band, pag. 1302), ist nunmehr am 22. November auf dem ausserordentlichen Gewerkschaftskongress zu Olten durchgeführt worden. Diese Reorganisation bewegt sich ganz in den Grenzen, die ihr von der Vorständekonferenz gezogen worden waren. Bemerkenswert ist noch, dass der Sitz des Bundeskomitees in Bern verbleibt, dass den Sekretären des Bundes gekündigt worden ist, aber mit der Massgabe, dass sie ohne weiteres auf die Vorschlagsliste für die zu wählenden Beamten gesetzt werden, ferner dass das Arbeiterinnensekretariat nun endgültig vom *Gewerkschaftsbund* getrennt wird. Im übrigen ist die neue Organisation des Bundes ganz nach dem Vorbild der Organisation der deutschen Gewerkschaften gestaltet worden. Sicher werden die schweizerischen Gewerkschaften nach der Reorganisation ihres Bundes bessere Fortschritte machen als bisher. Eine der Gewerkschaften, die ausserhalb des Bundes stand, hat sich diesem schon angeschlossen, andere Verbände dürften bald folgen.

× **England** Von einem der höchsten Gerichtshöfe Grossbritanniens, dem Appellationsgerichtshof, ist wieder ein Urteil gefällt worden, durch das die Gewerkschaften in ihren Rechten empfindlich geschädigt werden. Es läuft auf nichts anderes als auf eine Perhorreszierung der politischen Rechte der Gewerkschaften hinaus. Noch niemals seit der Inaugurierung des Gewerkschaftsgesetzes von 1871 bis 1876 ist den Gewerkschaften die politische Betätigung verwehrt worden. Erst seit der Gründung des *Labour Representation Committee* kam man auf den Gedanken, dass diese Tätigkeit sich mit den rechtlichen Verhältnissen der Gewerkschaften nicht vereinbaren lasse. Im Jahre 1905 wurde denn auch die Frage den Gerichten zur Entscheidung vorgelegt. Organisierte Bergarbeiter verlangten vom Gericht einen Einhaltsbefehl gegen die obligatorische Erhebung einer Extrasteuer zu gunsten der parlamentarischen Vertretung der Gewerkschaften respektive der Arbeiter. Das Gericht wies die Klage ab. Eine ähnliche Klage ist nun aber gegen

den Eisenbahnverband durchgeführt worden. Zwar erfolgte auch hier in der ersten Instanz Abweisung der Klage, doch erkannte der Appellationsgerichtshof auf Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils, so dass, wenn nicht die Lordrichter kammer den Gewerkschaften zu ihrem Recht verhilft, die Gewerkschaften in ihrer politischen Betätigung, die in der *L. P.* ihren so kräftigen Ausdruck fand, stark beeinträchtigt werden dürften.

× **Kurze Chronik** Am 1. Oktober konnte der *Schneiderverband* sein 20jähriges Bestehen feiern. × Zwischen der Verbänden der Bäcker, Brauer und Müller ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der eine tatkräftige gegenseitige Unterstützung der genannten Organisationen bei der Agitation bezweckt. × Zur Kräftigung seiner Fonds erhebt der *Buchbinderverband* freiwillige Extraleistungen von seinen Mitgliedern. × Nach einer Aufstellung im *Zentralblatt* waren Anfang November 186 Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden. × In einer Sitzung des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker am 18. und 19. November wurde der *Gutenbergbund* für tarifneu erklärt. Das bedeutet in der Praxis nur so viel, dass die Mitglieder dieser Organisation, wo sie tarifneu sind, auch formell als solche angesehen werden; wo sie nach wie vor Tarifbruch treiben, sind sie selbstverständlich von der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ausgeschlossen. × Die Aussperrung in den Baumwollspinnereien *Lancashires*, die bekanntlich mit einer Niederlage der Arbeiter endete, wenn auch das Zugeständnis erreicht wurde, dass die Lohnreduktion von 5 % erst mit dem 1. März in Kraft tritt, hat den Gewerkschaften Ausgaben in Höhe von 8 Mill. M. verursacht. Der Lohnausfall der Arbeiter wird auf 24 Mill. M. beziffert. × Auch der Streik der englischen *Maschinenbauer* auf den Werften der Nordküste, der gegen den Rat der Gewerkschaftsführer unternommen wurde, brachte den Arbeitern eine Niederlage: sie mussten schliesslich in eine Lohnverkürzung einwilligen. Der Kampf dauerte 7 Monate und kostete 5 Mill. M.

× **Literatur** Mit besonderer Genugtuung können wir das umfangreiche und ausgezeichnete Werk Dr. August Erdmanns

Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland /Stuttgart, Dietz/ begrüßen. Einmal weil es eine empfindliche Lücke in unserer gewerkschaftlichen Literatur ausfüllt, dann weil der Verfasser das wichtige Thema mit so viel sachlicher Gründlichkeit behandelt hat. Er gibt nicht nur eine Geschichte und Charakteristik der christlichen Gewerkschaften sondern bietet uns in umfangreichen Kapiteln eine Schilderung sowohl der katholischen wie der evangelischen und der *christlichnationalen* Arbeiterbewegung. Das ist für den gewerkschaftlichen Leser nur ein Gewinn, weil er dadurch mit allen Strömungen, die sich in den Sammelbegriff *christliche Arbeiterbewegung* zusammenfassen lassen, bekannt gemacht wird. Gerade in diesen mit einem reichhaltigen Material ausgestatteten Kapiteln werden die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den bürgerlichen politischen Parteien, insonderheit dem Zentrum, aufgedeckt, und manches wissenswerte Moment über die Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften wird uns hier geboten. Interessant, auch für den Kenner der Verhältnisse, ist unter anderem auch die Schilderung des Entwicklungsganges der christlichen Gewerkschaften, der katholischen Fachabteilungsbewegung, der katholischen kaufmännischen und der christlichen Dienstbotenbewegung. Im Interesse der freien Gewerkschaften selbst möchte ich dem Erdmannschen Werk viele fleissige Leser wünschen.

KUNST

Bildende Kunst / Anna Plehn

Reichstagsbilder Angelo Janks Gemälde für den Sitzungssaal des Reichstages haben mehr *Erregung* hervorgerufen als durch ihre künstlerischen Eigenschaften begründet erscheint. Um nationale Empfindlichkeiten zu verletzen, oder um Erregungen zur Verteidigung von Künstlerrechten in Bewegung zu setzen, sollte ein Gemälde mehr malerische Potenz und mehr sprechenden Ausdruck besitzen, als diese dreiteilige Komposition, die in sehr konventioneller Weise drei Huldigungsaktionen von geschichtlicher Bedeutung neben einander stellt: die Gesandtschaft des Kalifen vor Karl dem Grossen, die Vertreter lombardischer Städte vor Barbarossa und grüssende deutsche Soldaten vor Wilhelm I. nach der Schlacht bei Sedan. Fast nur

das Ross des Rotbart mit seinem scheckigen Fell und seiner kräftigen Körpermasse ruft die Erinnerung an den Koloristen hervor, der Jank doch einmal war. Im übrigen sind die Kompositionen so wenig monumental gedacht, die Massen so wenig zu starken Silhouetten gesammelt, dass schon von der Mitte des Saales aus die Bedeutung der Vorgänge verwischt wird. Karl den Grossen, der als imponierende Gestalt vor den Boten einer hilfeschreitenden Nation aufragen sollte, verbirgt das Gestänge des Baldachins, das mit umständlicher Genauigkeit sich um ihn breitet. Es soll dem Lanzenwald des Barbarossabildes das Gegengewicht halten. Solcher Ausgleich ist wohl künstlerisch höchst berechtigt, nur bleibt die Menschengestalt wichtiger als der Prunk, und wo sie überhaupt eine Rolle im Bilde spielt, muss sie zum mindesten bequem sichtbar sein. Das Schwächste ist jedenfalls das Mittelbild, das man weiss nicht an wie viele andere Darstellungen von Ritten siegreicher Feldherren über ein Schlachtfeld erinnert. Als eine Verherrlichung der Geburtsstunde des deutschen Reiches wird man diese lahme Komposition nicht gelten lassen dürfen. Von den beiden Mächten, die in dekorativer Malerei wahrhaft wirksam sind: Farbe und Linie, ist keine in entschiedener Weise zum Führer der Augen gemacht. Man würde sich, wenn man nichts von diesem Maler kannte, fragen, ob er jemals eine entschiedene Stellung zur koloristischen Bewegung der letzten Jahrzehnte genommen hätte. Was der Malerei unserer Epoche in ihrer überwiegenden Masse noch heute fehlt: dekorativer Stil, fehlt auch diesen Gemälden. Man wird nicht durch blossen Entschluss Monumentalmaler. Und so dürfte in diesem Fall der Kunst kein Unrecht geschehen, wenn diese Bilder keine bleibende Stelle im Reichstagsaal fänden.

×

×

Belgier

In den Räumen der *Berliner Sezession* vermittelte eine belgische Ausstellung die Bekanntschaft zahlreicher Künstler. Namentlich die ältere Generation war in Berlin noch weniger bekannt. Der Interieurmaler Brakelaer sowohl wie der Landschaftler Verwee leiden an einer Überfülle von Detail, die kaum den Respekt vor solcher Geduld des Studiums aufkommen lässt. Aus der Blütezeit des sogenannten *Realismus* stammend, lassen

diese Bilder entschieden den Wunsch nach stärkerem Zusammenfassen der Erscheinung entstehen. Solche Objektivität musste notwendig eine Reaktion hervorrufen, die sich dann im Impressionismus einstellte, den man als die Probe auf das Exempel ansehen kann, wie viel sich in der Natur übersehen lässt. Freilich sind in Belgien auch heute noch die Vielseher in der Überzahl. Aber sie haben gelernt eine bessere Rangordnung des Details einzuführen, das dadurch je nach Verdienst mehr oder weniger sichtbar wird. Léon Frédéric mit dem Gewimmel von Kindergestalten in seinem bekannten Bilde *Der Bach* und Stobbaerts mit seinen Schilderungen aus Stall und Gehöft vertragen besser den Vergleich mit altmeisterlicher Ausführlichkeit.

× **Stillebenmaleri** ×
 Als Überblick über moderne Licht- und Farbenstudien diene eine Stillebensausstellung bei Cassirer. Von Franzosen waren besonders Manet, Monet, Renoir, Cézanne und von Deutschen Carl Schuch, Emil Rudolf Weiss und Slevogt zu erwähnen. Einseitigkeit der Stoffwahl war dabei besonders auffallend. Früchte und Blumen nebst einigen Vasen oder Krügen und eine weisse Unterlage — in der Regel ein faltig aufgedecktes Tischtuch, das heisst etwas, das künstlich zurechtgemacht wird, denn in Wirklichkeit kommt das gar nicht vor —, das bildet den sparsamen Bestand der beliebtesten Malvorwürfe. Zuweilen wird etwas Holzwerk mit hinzugenommen, um die Skala der roten Töne nach der Tiefe hinüberzuleiten. Für Manet trifft dies übrigens nicht zu. Sein Bild zeigte Fische, von denen mir die pikante dunkle Windung eines Aalrückens neben den Helligkeiten deutlich in Erinnerung geblieben ist. Man sollte es nicht besonders zu betonen brauchen, dass ein gut gemaltes Blumenstück mehr wert ist als ein ganzes Interieur, wenn die Malerei nichts taugt. Und so scheint vielleicht die Tatsache dieser Einseitigkeit höchst gleichgültig. Aber eins wird dadurch sehr deutlich bewiesen: nämlich die Entfernung der Malerei vom Leben. Es ist Atelierkunst, die sich an den Gegenständen ergötzt, mit denen sich am bequemsten das heisseste Begehren unserer Epoche nach starken, einfachen und hellen Farben erfüllen lässt. Die Dürftigkeit dieser Auswahl zeigt aber auch, wie ein grosser Teil des heutigen Malergeschlechts an unendlich vielen koloristi-

schen Schauspielen mit geschlossenen Augen vorübergeht. Bieten die wirkliche Umgebung der eigenen Wohnräume, die Tatsachen des täglichen Lebens nicht jedem Empfänglichen auf Schritt und Tritt malerische Probleme, die reicher, mindestens abwechslungsreicher, sind als die spärlichen Variationen, die sich mit zwei roten und drei grünen Äpfeln auf weissem Leinen hervorbringen lassen? Selbst eine Malerei, die betontermassen nur auf die Farbe ausgeht, verscherzt tausend Möglichkeiten durch die Einseitigkeit ihrer Vorwürfe. Blumen und Früchte, nur Blumen und Früchte beweisen aber auch dem, der es nicht sonst schon wüsste, dass Interesse für die Form bei den Malern dieser Richtung nur in geringem Grade vorhanden ist. Denn sie vermeiden eben alle Gegenstände, an denen eine prägnantere Gestaltung zu beobachten wäre.

× **Uhde** ×
 Ein festes Verhältnis zu den wirklich sichtbaren Dingen, das Herausholen malerischer Erfahrungen aus dem eigenen Erleben war hingegen stets der sichere Halt von Uhdes Kunst. Die Ausstellung Uhdescher Werke bei Schulte brachte manche wenig bekannten Dinge ans Licht. Zunächst die grade bei diesem Maler sonderbar berührenden Anfänge im Artistischen und Anempfundenen. Dass Makart, Böcklin und Munkacsy in seinem Leben etwas bedeuteten, sah man deutlich vor sich. Später kam er auf dem Umweg über Holland und Liebermann zu sich selbst. Dann folgten Naturstudien von prachtvoller Ernst. Die Beobachtung und das genaue Nachbilden von Szenen aus des Malers eigenem Heim — keine willkürliche Zusammenstellung farbig reizvoller Gegenstände — war es, das Rettung brachte, als die Christusbilder Ende der neunziger Jahre in eine unsympathische Überdeutlichkeit zu verfallen drohten. Es war damals vorübergehend etwas Unterstrichenes in Erscheinung und Ausdruck in Uhdes Malerei. Die sonnigen Interieurs und die Freilichtszenen mit den Töchtern verhalten zu der schlichten Wahrheit und einer vertieften Lichtauffassung, die Uhde heute zu einem unserer wenigen grossen Künstler machen.

× **Leistikow** ×
 Bei Cassirer wurde Leistikows Gedächtnis begangen. Auch er begann damit das einzelne zu sehen, sehr deutliche und

sehr ausführliche Wirklichkeitsbilder zu geben. Das ist auch das Normale und das, was Aussichten eröffnet. Es ist eine Gefahr, wenn der Künstler mit dem Übersehen und Zusammenfassen anfängt. Später gab dieser eigenartige Landschaftler sozusagen den Extrakt von Naturstimmungen. Er brachte nie mehr einzelne Bäume wie jene liegenden Stämme von 1890 mit jedem Ast und jedem Stückchen Rinde. Vielmehr malte er den Wald. Was sich am sichersten von seiner Auffassung einprägen wird, dürfte diese kernig erfasste Umrisslinie einer Baumgemeinschaft sein, über der ein lastend graues Wolkenfirmament brütet. Damit werden sich diese energischen trüben Farben unlöslich verbinden, bei denen der Maler als bei seinem Eigensten stehen blieb. Auch er war vorübergehend unter den Einfluss der Hellmalerei gekommen. Als er mit Liebermann und Ludwig von Hofmann die Vereinigung der *Elf* gründete, aus der später der Gedanke der *Sezession* hervorging, nahm sein Kolorit eine gewollte Schönfärbigkeit an, die deutlich unter dem Einfluss des Idyllenmalers Hofmann stand. Es war nur eine vorübergehende Anlehnung. Aufrecht und selbstverständlich trat dann Leistikow für die Dunkelheiten auch in der Landschaft ein. Sein Schwarzgrün ist lebendiger, farben gesättigter, doch es ist mindestens so dunkel wie Courbet es oft gemalt hat. Solch dunkelgrüne Waldwände spiegeln sich in Gewässern, die fast schwarz erscheinen, darüber läuft nur ein kleiner blanker Wellenschauer. Das Naturdurchtränkte dieser Farben macht ihre Stärke aus. In diesem Sinne kann Leistikows Vorbild, wenn es auch noch nicht zwei Jahrzehnte wirksam war, der deutschen Landschaftsmalerei für lange beherzigenswert bleiben.

×
Zügel Vor einigen Monaten sah man bei Cassirer ein einziges kleines Tierstück Zügels: violettschwarze, weissgefleckte Rinder im Dämmerlicht gegenüber einer dunkelgekleideten Frau. Die Vorzüge von verschiedenen Arten dem Schwarz nahe verwandter Töne waren da in einer meisterhaft beherrschten Koloristik einander gegenübergestellt. Von neuem ist zu bedauern, dass Zügels letzte grosse Ausstellung in Berlin bei Schulte, die alle überraschenden Werke der letzten Jahre neben manchen verschiedener Phasen seiner früheren Entwicklung vereinigte,

so ungünstig mit den grossen Sommerausstellungen zusammentraf, die dieser wahrhaft wichtigen Veranstaltung das Interesse schmälerten. Ich weiss keinen Maler, der heute so die Vorstellung von wirklichen Körpern in der Luft in einer weiten Landschaft gibt und ihnen doch alle Rechte der farbigen Erscheinung wahr. Liebermann entmaterialisiert seine Gestalten mehr durch die Atmosphäre, er nimmt ihnen mit Absicht viel von der Nähe und Deutlichkeit. Das ist ein ganz anderer Standpunkt. Es ist höchst wichtig, dass diese entgegengesetzten Auffassungen zu gleicher Zeit von zwei starken Persönlichkeiten im Gebiet der deutschen Malerei vertreten werden.

×
Hofmann Von den Künstlern, die zu einem dekorativen Stil streben, ist Ludwig von Hofmann kaum der bedeutendste. Aber eins ist von ihm zu sagen: Er zeigt sich völlig ungezwungen in seiner Wandmalerei. Die Ausstellung bei Gurliitt zeigte das, wie es bisher nicht so vollkommen deutlich geworden. Puvis de Chavannes hat eine beabsichtigte plakattmässige Einfachheit, Hodler einen gewaltsam archaischen Umriss; Fritz Erler bleibt in der Mitte zwischen Kalenderillustration und Wandschmuck stecken; Schmidt-Reute erinnert in seinen Kartons an unvollendete Plastik. Keinem von ihnen scheint die monumentale Vereinfachung zweite Natur zu sein. Bei Hofmann aber tritt die volle Unbefangenheit, das ganze Lebensgefühl und der gleiche Bewegungsrhythmus, der aus jeder flüchtigen Skizze des Künstlers spricht, auch in der Wandmalerei in Erscheinung. Die Linie ist seit der Ausführung jener Malereien für das Weimarer Museum stärker wirksam als in früheren Jahren. Sie ist es aber nicht mehr als in jeder Bleistiftstudie. Da ist keine absichtliche Verstärkung von Gebärde und Tonart, es ist nur ein etwas stärkeres Isolieren der Figur, ein Unterordnen, kein völliges Verbannen des Landschaftlichen. Im Stofflichen kann man das Gebiet des Künstlers eng nennen. Jugend, Schwung und Heiterkeit sind sein ausserkorener Teil. In der Linie aber ist er höchst wandlungsfähig und vielsagend. Geschmeidig, ausgelassen, getragen, ruhend verhält sie sich mit sicherer Gelassenheit auf der Fläche, die sie höchst glücklich ausfüllt. Einmal, in einem Entwurf für das Theater in Weimar, meldet sich auch

pathetischere Gegensätze. Geschick und Leiden zeigen sich an im drohenden Schreiten, im schreckensvollen Aufrichten und im hoffnungslosen Zusammensinken. Auch dies nur durch die Linie und den Bewegungsrhythmus ausgedrückt. Dass Weimar diesem Künstler ein ausgiebiges Arbeitsfeld bietet, ist eine im deutschen Kunstleben selten günstige Fügung.

× **Graphik** Die *Berliner Sezession* eröffnete am 5. Dezember ihre Schwarz-Weiss-Ausstellung. Die beiden umfassendsten Darbietungen sind die Sammlung Liebermann (eine Zusammenstellung seiner graphischen Arbeiten schuldete er uns noch vom vorigen Jahre her) und die umfangreiche Folge von Zeichnungen Franz Krügers. In ihm will man nun einen grossen Künstler finden. Doch scheint mir, dass diese beträchtliche Zahl von Arbeiten dieser Schätzung eher entgegenarbeiten und an der eindringlichen Hervorhebung des Berliner Biedermeierporträtisten im Ausstellungskatalog Zweifel wecken wird. Gewiss war er liebenswürdig und frisch. Am besten scheint mir bei ihm das Miniaturhafte. Aber kann man ihn anders als eintönig finden? Sah er die Menschen nicht meist schablonenhaft, nimmt nicht das Gleichgültige an Anzug die Aufmerksamkeit ungebührlich in Anspruch? Auch die *Simplexissimi*-Zeichner haben grössere Kollektionen: Thöny, Reznicek, Gulbransson und der verstorbene Rudolf Wilke. Von ihnen ist Gulbransson, der nie mit den Mitteln brutaler Verzerrung wirkte, der genialste und trotz aller Satire der diskreteste. Als eine Persönlichkeit von starker Eigenart zeigt sich in dieser Ausstellung von neuem Ernst Barlach. Seine starke Vereinfachung aller Formerscheinungen überzeugt freilich in den Plastiken noch mehr als in den Zeichnungen.

Im allgemeinen macht sich in der Graphik immer mehr ein Gegensatz zwischen der zum Malerischen strebenden Zeichnung und der, die Form und Linie betont, bemerkbar. Als energischer Ausdruck der Absage an malerisch impressionistische Auffassung berühren die lebensgrossen Zeichnungen, teilweise mit farbigen Kreiden, Gertrud von Kunowskis. Eingefangen in ein Netz von Linienführungen, durch die alle entscheidenden Punkte der Gestalt tastend festgestellt werden, erscheint das Körperliche deutlich aufgeklärt nach Umfang und Be-

wegung. Die Auffassung wirkt durch Schärfe des Erkennens, nicht durch Wärme des Offenbarens. Martin Brandenburg war durch den malerischen Impressionismus zeitweise in seinem Künstlertum — und besonders in der Zeichnung — unsicher gemacht. In seinen diesmaligen Kohlezeichnungen, besonders in dem wundervollen Schwung eines Rosses mit seiner Bürde, hat er sich zur Linie zurückgefunden. Käthe Kollwitz hat hauptsächlich auf den Umriss beschränkte Studienzeichnungen von Frauen und Kindern, mit tiefer psychogischer Liebe. Auch Slevogts Steinzeichnungen zu *Sindbad dem Seefahrer* zeigen präzisere Silhouetten als sonst und die gleiche höchst beredete Bewegungsschilderung wie früher. Wie ein sehr flüssiger Holzschnittstil muten die Zeichnungen Ubbelohdes zu Grimms Märchen an. Dagegen fallen als malerische Leistungen die saftigen Aquarelle der Hedwig Weiss auf und die weichen Pastelle Ernst Gablers aus Knocke und Sluis. Robert Sterl behandelt auch die Zeichenkohle als malendes Material und Clara Siewert gibt in Lithographie und Radierung weichtönige Formeindrücke. Auch die Pastelle Waldemar Röslers aus der Vorortgegend von Berlin gehören zu den malerisch apart wirkenden Leistungen.

× **Kurze Chronik** Im Kölner Dom sind bei den Restaurierungsarbeiten Malereien aus dem 14. Jahrhundert gefunden worden. × Gleichzeitig hat sich ein Streit um die Echtheit der *Madonna mit der Erbsenblüte*, des berühmten Bildes aus der Schule des Meisters Wilhelm erhoben. × In der *Eremitage* in Petersburg sind unter den byzantinischen Elfenbeinschnitzereien umfangreiche Fälschungen entdeckt worden. Auch ist ein Rembrandt dieser berühmten Galerie für unecht erklärt worden. × Erfreulicherweise bleibt Direktor von Tschudi der Berliner *Nationalgalerie* erhalten. Er wird nach Ablauf seines Urlaubs am 1. April in sein Amt zurückkehren. × Auf der Schwarz-Weiss-Ausstellung der *Berliner Sezession* sind auch Plastiken vorhanden. Darunter fielen die Porträtbüsten Walter Lohbachs, und zwar die Terrakottabüste der Käthe Kollwitz und der Gipskopf des Professors Simmel, durch geistvolle Lebendigkeit auf. × Die Statuetten des Holländers Mendes da Costa nähern sich immer mehr einer fast ornamentalen

Stilisierung und berühren sich in manchen Fällen mit dem Japonismus. X Auch die Holzschnitzerei Ernst Barlachs *Wanderer im Wind* gibt einen ungewöhnlich starken Bewegungseindruck.

Musik / Hugo Leichtentritt

Orchesterkonzerte Die Symphoniekonzerte der Berliner königlichen Kapelle leitet jetzt Richard

Strauss als Nachfolger Felix Weingartners. Zur allgemeinen Überraschung blieb er den Traditionen treu, die jahrzehntelang in diesen Konzerten massgebend waren, indem er die klassische Musik in den Programmen durchaus bevorzugt, neuere Werke, seine eigenen eingeschlossen, nur sehr spärlich bringt und auf Erstaufführungen neuer Kompositionen so gut wie ganz verzichtet. Nichtsdestoweniger hält er auch bei dieser konservativen Tendenz seine Zuhörer in ständiger Erregung durch die stark subjektive Art seiner Auslegung der Klassiker. Selbst die bekanntesten Werke gewinnen unter seiner Leitung einen Reiz der Neuheit. Ob die Mittel, mit denen diese Auffrischung erreicht wird, vom künstlerischen Standpunkt aus immer zu billigen seien, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Schon seit langer Zeit macht sich ein starkes Bedürfnis nach einem neuen Orchester ersten Ranges neben dem *Philharmonischen Orchester* geltend. Seit Jahr und Tag sind nach dieser Richtung hin erfolglose Versuche gemacht worden. Endlich scheint es, als ob in Oskar Fried die geeignete Persönlichkeit zur Lösung dieser ungemein schwierigen Aufgabe gefunden ist. Das neue *Blüthner-Orchester*, um dessen Zusammenstellung und Ausbildung Fried sich grosse Verdienste erworben hat, veranstaltet regelmässige Sonntagskonzerte, in denen die beste Kunst in vornehmer, vorzüglicher Ausführung dargeboten wird. Gute Solisten sind zur Mitwirkung herangezogen. Nach dem ausgezeichneten Anfang habe ich keinen Zweifel, dass es der ersten, hohen Künstlerschaft und der rastlosen Energie Frieds gelingen wird in verhältnismässig kurzer Zeit ein Orchester erster Güte zu schaffen und durch den scharfen Wettbewerb mit den älteren Orchestern einen frischen Zug in das Musikgetriebe zu bringen. Notwendige Vorbedingung ist dabei die Unterstützung durch das zahlende Publikum. Ich meine, dass wenige neue Gründun-

gen in den letzten Jahren diese Unterstützung gleichermaßen verdient haben, und empfehle die Sonntagskonzerte allen Kunstfreunden aufs wärmste.

Fried hat in diesem Herbst auch als musikalischer Leiter der *Gesellschaft der Musikfreunde* sich mit einer hervortragenden Aufführung von Berlioz' *Damnation de Faust* hervor getan, die aufs neue bewies, wie berufen er als Orchester- und auch als Chordirigent ist.

X **Instrumentalmusik** An Fülle der Produktion fehlt es in unserer musikächtigen Zeit durchaus

nicht; desto mehr lässt die Qualität zu wünschen übrig. Es ist kaum übertrieben, wenn man sagt, dass gegenwärtig mehr Echtes, Gehaltvolles in der deutschen Literatur, in den bildenden Künsten zum Vorschein kommt als in der Musik. Wir sind für wertvolle Novitäten stark auf das Ausland angewiesen. Die erste Hälfte der Konzertsaison bestätigte wiederum diese Meinung. Im Verhältnis zu der grossen Menge der aufgeführten neuen Werke von deutschen Tonsetzern ist die Anzahl derer, die eine tiefere Teilnahme beanspruchen dürfen, eine sehr geringe. An erster Stelle ist vielleicht das 4. Klavierkonzert in F-moll von Xaver Scharwenka zu nennen. Es ist zwar nicht modernen Geistes voll, nicht gar tiefgründig, aber so durch und durch musikalisch, so vollendet in allem Technischen, so ehrliche, aller Pose bare und doch so wirkungsvolle Musik, dass es ein würdiges Seitenstück zu Scharwenkas berühmtem B-moll-Konzert genannt werden kann, das ihm vor drei Jahrzehnten den Ruf begründete. Das gerade Gegenstück dazu ist Conrad Ansores neue Cellosone opus 24, ein sprödes, in sich veronesenes, schwieriges Stück, an dem nur Liebhaber verborgener, schwer ergründlicher Reize Vergnügen finden werden. Ähnlich gearartet ist Hans Pfitzners neues Klavierquintett in C-dur, nur viel geringwertiger: eine Musik, die tief und eigenartig sein möchte, in der Tat aber nur erkünstelt und ergrübelt wirkt, sogar rein technisch, im Formalen Mangel zeigt, die auch dem Laien einleuchtend sind. Von Pfitzner hätte ich bei so präventiöser Aufmachung wohl mehr Kern erwartet. In die selbe Gattung gehört Max Regers neues Trio opus 102; auch hier mehr Schale als Kern; dieser ist eingetrocknet und winzig, die Schale dagegen reich gewürzt. An Themen von

nur geringem Ausdruckswert wird eine recht verwickelte Ausarbeitung gewendet, die eines besseren Gegenstandes wert wäre.

×
Noren Sehr viel erfreulicher sind die *Kaleidoskop* betitelten Orchestervariationen Gottlieb Heinrich Norens, eines

nicht mehr jungen Komponisten, der in der Verborgenheit schuf, bis er auf dem Dresdner Tonkünstlerfest vor 2 Jahren mit dem genannten Werk plötzlich einen ausserordentlichen Erfolg hatte. Erst jetzt wurde das *Kaleidoskop* in Berlin gespielt; ein langwieriger Rechtsstreit hatte frühere Aufführungen verhindert. Eine der Variationen *An einen berühmten Zeitgenossen*, eine Huldigung an Richard Strauss, mit einer Phantasie über Motive aus Strauss' *Heldenleben*, hatte der Verleger des *Heldenlebens* als einen Eingriff in seine Rechte angesehen, als unerlaubte Verwendung fremder Melodien. Noren zeigt sich als ein hervorragend gestreicher Musiker, ein Künstler, dem eine Fülle von interessanten Einfällen zu Gebote steht, der jeden Gedanken klar, schlagend zum Ausdruck bringen kann, der nicht von den Ideen anderer zehrt. Seinen Namen verdient dies *Kaleidoskop*, weil die Musik hier wirklich in den verschiedensten Farben schillert, mit verblüffender Sicherheit von einem Farbenkomplex zum anderen springt, dabei nicht nur glatt geschliffen sondern auch scharf geschnitten, bestimmt in Konturen, charaktervoll ist. Freilich überwiegt das geistreich pointierte vor dem warm aus dem Gemüt Quellenden: Wie tief Noren aus eigentlich musikalischer Seele schöpfen kann wird er in zukünftigen Werken zu erweisen haben.

×
Oper Vor kurzem kam Debussys *Pelléas und Mélisande* in der Berliner Komischen

Oper zur Aufführung. Dieses merkwürdige Werk fand hier nur geringes Verständnis. Daran mag zum Teil die Aufführung schuld haben. Sie war hervorragend im Szenischen — die prachtvollen Bühnenbilder stammen von dem Wiener Lefler —, leidlich in Gesang und Darstellung, unzulänglich im Orchester. Die kleine Oper *Versiegelt* des Berliner Hofkapellmeisters Leo Blech, mit Text von Richard Batka, fand bei ihrer Erstaufführung in Hamburg ungewöhnlich warme Aufnahme. Wie es scheint

ist der Erfolg dem liebenswürdigen Werk auch bei den Aufführungen in der Berliner Hofoper treu geblieben. Über diese Opern Debussys und Blechs sollen in der nächsten Rundschau einige nähere Betrachtungen angestellt werden. Das neue Musikdrama Richard Strauss' *Elektra*, zur Dichtung des Hofmannsthal, wird amnächst im Dresdener Opernhaus seine Erstaufführung erleben.

×
Totenliste Im September starb in Dresden der Komponist Edmund Kretschmer im Alter von 76 Jahren. Sein Name war einst viel genannt besonders in den siebziger und achtziger Jahren, als seine Oper *Die Folkunger* über alle Bühnen ging. Er wirkte mehr als ein halbes Jahrhundert in Dresden als Organist und Kapellmeister an der katholischen Hofkirche. Von seinen sehr zahlreichen und zu ihrer Zeit geschätzten Kompositionen hat sich nicht viel lebendig erhalten.

Im gleichen Monat starb in Bartz der weltberühmte Geiger Pablo de Sarasate im Alter von 64 Jahren. Das Geheimnis seiner Erfolge lag in seiner faszinierenden Persönlichkeit, in seiner unfehlbaren, aufs glatteste geschliffenen Technik, besonders aber in seinem berückend süßen Ton, desgleichen man kaum je wieder gehört hat.

×
Kurze Chronik Einen ansehnlichen Erfolg hatte der süddeutsche Komponist Julius Weissmann mit Klavierstücken und Liedern. Feine formale Ausgestaltung und interessante Harmonik, natürliche, ungezwungene Haltung werden seinen Kompositionen nachgerühmt. × Auf den Programmen der Liederabende sieht man jetzt häufig Lieder des als Begleiter rasch zu grossem Ansehen gelangten jungen Wieners Erich J. Wolff, die überaus gewandt gesetzt sind, ausserdem aber meistens auch beträchtliche Qualitäten haben. × Von den Novitäten des diesjährigen Tonkünstlerorchesters in München ist nur eine einzige bis jetzt in Berlin aufgetaucht: Paul Juons *Triokaprice*, nach Selma Lagerlöfs *Gösta Berling*. Wie in München wurde das Werk auch hier mit warmem Beifall aufgenommen als eines der besten Kammermusikwerke der letzten Jahre. × In Prag wurde Gustav Mahlers 7. Sinfonie unter der Leitung des Komponisten aufgeführt. Es war ein musika-

liches Ereignis, das die Fachleute von weit und breit nach Prag lockte. Der allgemeine Eindruck war, dass die Symphonie eine der bedeutendsten Schöpfungen Mahlers sei.

Literatur

In einem kleineren Band von etwa 150 Seiten behandelt Franz Dietrich Kalkhoff die *Geschichte der Notenschrift* /Jauer, Hellmann/. Der Stoff ist wichtig und interessant genug, dass auch weniger fachmännisch gebildete Leser sich seiner Betrachtung zuwenden könnten. Leider hat der Verfasser meines Erachtens die Aufgabe nicht richtig angefasst. Fast die Hälfte des Buches ist

mit der Erörterung von neueren Versuchen zur Verbesserung der Tonschrift angefüllt. Da aber kein einziger dieser Versuche in der Praxis sich jemals im geringsten hat durchsetzen können, so ist gar kein Grund vorhanden den Leser mit all diesen Fehlschlägen so ausföhrlich zu beschäftigen. Viel wichtiger wäre dafür eine eingehendere Behandlung der wirklich geschichtlichen Entwicklung gewesen, desjenigen, das in früheren Zeiten wirkliche Geltung gehabt hatte.. Was nach dieser Richtung hin geboten wird, genügt nicht, um das Buch zu einem brauchbaren, zuverlässigen Führer beim Lesen alter, bisweilen sehr schwieriger Notenschriften zu machen.

AUTORENVERZEICHNIS 1908

Hope Bridges Adams Lehmann	Wilhelm Hausenstein	Sigbjörn Obstfelder
Maxim Anin	Johannes Heiden	Oda Olberg
Leo Arons	Wolfgang Heine	Fausto Pagliari
Herman Bang	Kurt Heinig	Edward Reynolds Pease
Bo Bergman	Adolf Hepner	Heinrich Peus
Eduard Bernstein	Marcus Hitch	Anna Plehn
Leonida Bissolati	Max Hochdorf	Gerhart Pusemann
Josef Bloch	Ricarda Huch	Markus Ratner
Wilhelm Bölsche	Otto Huc	Janko Sakasow
Bruno Borchardt	Paul Hug	Karl Severing
Jules Louis Breton	Emma Ihrer	Max Schippel
Paul Bröcker	Anatolij Kamenskij	Conrad Schmidt
Julius Bruhns	Paul Kampfmeyer	Karl Eugen Schmidt
Etienne Buisson	Michael Keiditsch	Robert Schmidt
Richard Calwer	Friedrich Kleeis	Wilhelm Schröder
Franz Clement	Wilhelm Kolb	Arthur Schulz
Robert Danneberg	Olav Kringen	Elisabeth Siewert
Eduard David	Rudolf Kurtz	Sigrid Siwertz
Gertrud David	Otto Lang	Hendrik Spiekman
Richard Dehmel	Franz Laufkötter	Franz Staudinger
Ernst Deinhardt	Carl Legien	Lisbeth Stern
Julius Deutsch	Helmut Lehmann	Roman Streltzw
Emil Döblin	Hugo Leichtentritt	Albert Südekum
Emmy von Egidy	Theodor Leipart	Johannes Timm
Franz Josef Ehrhart	Karl Leuthner	Claudio Treves
August Erdmann	Hugo Lindemann	Manuel Ugarte
Gustav Esmann	Franz Lindheimer	Paul Umbreit
Hans Fehlinger	Otto Lipmann	Emile Vandervelde
Edmund Fischer	Heinrich Lux	Emile Verhaeren
August Forel	Joseph August Lux	Der Verlag
Alfred Fröhlich	James Ramsay MacDonald	Willem Hubert Vliegen
Henriette Fürth	Margaret Ethel MacDonald	Helene Voigt-Diederichs
Emil Girbig	Hermann Mattutat	François Marie Voltaire
Paul Göhre	Max Maurenbrecher	Beatrice Webb
Georg Gradnauer	Rosa Mayreder	Gustav Wied
Heinrich Grün	Robert Michels	August Winnig
Friedrich Hahn	Edgard Milhaud	Rudolf Wissell
Ida Häny-Lux	Mathilde Mornay	Richard Wolter
James Kejr Hardie	Konrad Müller-Kaboth	Wally Zepler
Heinrich Harpuder	Wilhelm Nitschke	